



Geschäftsbericht 2014

Perfekt vernetzt



Vertrieb

80.000

Kunden werden von ZEAG versorgt

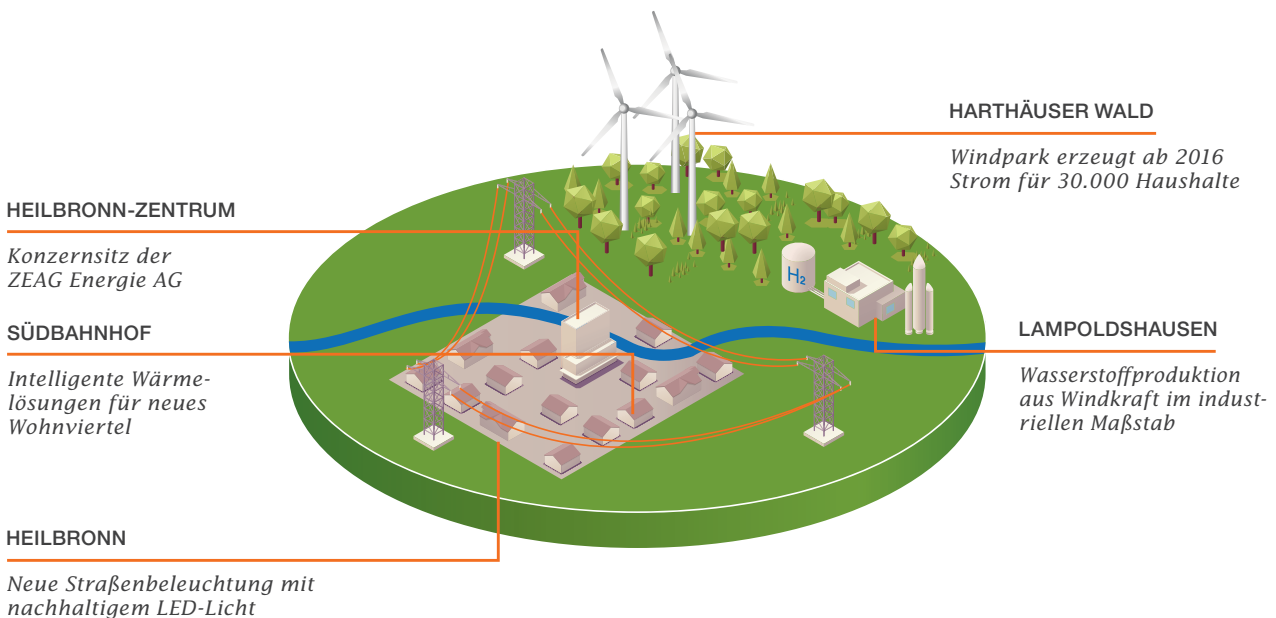
Die ZEAG wächst im Vertriebsgeschäft. Weit über die Grenzen des angestammten Netzgebietes rund um Heilbronn gewinnt ZEAG Kunden – sowohl für Strom als auch für Gas.

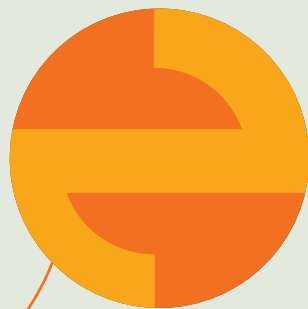
Netzgebiet



DIE ZEAG AUF EINEN BLICK

Die wichtigsten Zukunftsprojekte





Perfekt vernetzt

Die Energiewende ist auf gutem Weg. Tausende dezentrale Anlagen erzeugen immer mehr Strom aus Wind oder Sonne. Ob sie genug produzieren, hängt von Standort und Wetter ab. Diese neue Struktur beeinflusst unser gesamtes Erzeugungssystem. Damit es auch künftig immer ausreichend Energie gibt, müssen Märkte und Technologien vernetzt werden. Daran arbeitet die ZEAG Energie AG. Über unsere zukunftsweisenden Projekte lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Kennzahlen Mehrjahresübersicht

in Mio. €	2014	2013	2012	2011	2010
Ergebnis					
Umsatz	194	181*	157*	141	131
EBITDA	17	10	16	14	23
EBIT	7	3	8	7	16
EBT	12	8	15	4	25
Ergebnis nach Steuern	9	7	12	4	18
Ergebnis je Aktie (in €)	2,27	1,91	3,16*	0,99	4,80
Bilanz					
Langfristige Vermögenswerte	241	239	251	254	284
Kurzfristige Vermögenswerte	130	112	86	79	63
Bilanzsumme	374	351	337	333	347
Eigenkapital	213	224*	230*	228	240
ZEAG-Aktie					
Operating Cashflow je Aktie (in €)	4,49	6,95	0,37	1,93	3,31
Ausschüttung	11	11	11	6	10
Dividende je Aktie (in €)	2,90	3,00	3,00	1,80	2,55
Kennzahlen					
Eigenkapitalquote (in %)	57,1	63,7*	68,3*	68,5	69,2
EBIT-Marge (in %)	3,8	1,6	5,4	4,8	12,5
EBITDA-Marge (in %)	8,8	5,8	10,3	10,0	17,4
Finanzen und Investitionen					
Operating Cashflow	17	26	1	7	13
Abschreibungen	10	8	8	7	7
Investitionen	22	10	10	11	17
Energieabsatz					
Strom (in GWh)	1.121	1.190	1.131	780	864
Gas (in GWh)	303	231	223	238	255
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (Anzahl)	193	179	168	169	174

*Vorjahreszahlen angepasst

Der Konzern im Überblick



Erzeugung

Ökonomisch und ökologisch sinnvolle Energieerzeugung, vorrangig in der Region Heilbronn-Franken

Versorgungsnetze

Zuverlässige und 100% effiziente Energieversorgung in der Region Heilbronn-Franken

Vertrieb

Führender Energiedienstleister für Kunden in der Region Heilbronn-Franken

Fundamente

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Regionale Verwurzelung

Strategische Partnerschaften



Inhaltsverzeichnis

1. Brief des Vorstands	4
2. Vorstand und Aufsichtsrat	7
3. Bericht des Aufsichtsrats	8
4. Perfekt vernetzt	12
5. Zusammengefasster Lagebericht des ZEAG Konzerns und der ZEAG Energie AG	22
6. Erklärung zur Unternehmensführung	44
7. Konzernabschluss	50
8. Konzernanhang	58
9. Erklärung des gesetzlichen Vertreters	105
10. Jahresabschluss	106
11. Mandate	108
12. Impressum	110

① Brief des Vorstands

A handwritten note in blue ink on a light background. The text reads: "Sehr geehrte Aktionärinnen, Sehr geehrte Aktionäre,". The handwriting is cursive and appears to be from a personal or official letter.

wer hätte vor 20 Jahren darauf gewettet, dass ein Viertel der in Deutschland erzeugten Energie heute aus erneuerbaren Quellen kommt und das letzte Kernkraftwerk 2022 vom Netz gehen soll? Es ist faszinierend, wie schnell sich die Welt der Energie verändert hat und wie tiefgreifend sie sich noch ändern wird. Dieser Wandel hat sich auch in der Strategie der ZEAG Energie AG niedergeschlagen. Bis 2020 wollen wir in der Region Heilbronn-Franken unsere regenerative Erzeugung auf 100 Megawatt installierte Leistung ausbauen und zugleich der führende Energiedienstleister vor Ort bleiben. Besonders am Herzen liegt uns dabei die Versorgungssicherheit unserer Kunden. Ihnen wollen wir auch weiterhin nachhaltige und bezahlbare Energie liefern.

Diese Ziele erreichen wir zum einen durch den Bau neuer Windkraft- und Solaranlagen. Aber das genügt nicht. Es kommt auch darauf an, alle Bereiche des Energiesystems intelligent miteinander zu vernetzen und ihre Stärken zu bündeln. Die Märkte für Strom, Gas und Wärme müssen zusammenrücken und sich sinnvoll ergänzen. Zu dieser Entwicklung werden neue, intelligente Energiedienstleistungen beitragen. Dank ihres breiten Betätigungsfeldes und mit mehr als 125 Jahren Erfahrung gehört die ZEAG Energie AG zu den Schrittmachern dieser Vernetzung. Mit welchen Projekten wir sie vorantreiben, darüber wollen wir in diesem Bericht informieren.

Mit dem Ausbau der Windkraft etwa sind wir im vergangenen Jahr unseren strategischen Zielen ein großes Stück näher gekommen. Im September haben wir in Ilshofen-Ruppertshofen unsere erste Windenergieanlage eingeweiht. Mit einem jährlichen Ertrag von rund 6,8 Mio. kWh versorgt sie etwa 2.000 Haushalte mit Strom. Der Ausstoß von klimaschädlichem CO₂ verringert sich dadurch um 3.500 Tonnen.

Der nächste Entwicklungssprung in der Windenergie zeichnet sich bei uns schon ab. Im Dezember 2014 haben wir die Genehmigung zum Bau von 14 Windkraftanlagen im Harthäuser Wald erhalten. Die Inbetriebnahme ist bis Ende 2015 vorgesehen. Für weitere 65 Windenergieanlagen in Baden-Württemberg laufen derzeit die Genehmigungsverfahren.

Beim Thema Versorgungssicherheit konnten wir ebenfalls erneut Bestwerte erzielen. Im vergangenen Jahr lag die Ausfallzeit im ZEAG-Netzgebiet unter einer Minute. Über ganz Deutschland hinweg liegt sie im Verteilnetz bei rund 15 Minuten. Hier zahlt sich unsere über Jahrzehnte erworbene technische Expertise und die getätigten Investitionen aus, die wir im Sinne unserer Kunden einsetzen. Denn wir sind uns bewusst, dass die Versorgungssicherheit ein wichtiger Standortfaktor für Land und Region ist.

Unsere kommunalen Kunden wissen das. Die Gemeinden Flein, Talheim, Untergruppenbach und Leingarten vertrauen uns künftig ihre Stromversorgung an. Wir arbeiten nun mit Hochdruck daran, die lokalen Netze der neuen Partner in unseren Betrieb zu integrieren.

Das Vertrauen unserer Kunden war ein Grund dafür, weshalb sich unser Geschäft trotz eines harten Wettbewerbsumfelds im Geschäftsjahr 2014 erfreulich entwickelt hat. Der Stromabsatz hat sich



Eckard Veil, Vorstand der ZEAG Energie AG

insbesondere bei den Geschäftskunden positiv entwickelt. Er kletterte von 703 auf 720 Mio. kWh. Der Umsatz nahm um 5,2 auf 178,5 Mio. € zu.

Zuversichtlich stimmt uns auch das Geschäft unserer Tochtergesellschaft Gasversorgung Unterland GmbH. Der Gasabsatz stieg von 231 auf 303 Mio. kWh, die Erlöse wuchsen um 35 % auf 15,8 Mio. €.

In den nächsten Jahren kommt es darauf an, unsere Margen auf dem umkämpften Energiemarkt zu sichern. Dazu wird der Aufbau neuer Geschäftsfelder beitragen. Mit modernen Dienstleistungen wollen wir künftig noch mehr als bisher für unsere Kunden da sein. Denn auch sie gestalten den Wandel am Energiemarkt. Wir können sie dabei mit unserem Expertenwissen begleiten.

Mein Dank gilt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich auch 2014 wieder mit Tatkraft, Elan und Fachwissen den vor ihnen stehenden Herausforderungen gewidmet haben. Und ich danke Ihnen, unseren Kunden und Partnern, für Ihr Vertrauen. Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit Ihnen die Zukunft der Energiewirtschaft unserer Region zu gestalten.

Heilbronn im März 2015

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Eckard Veil'. The signature is fluid and cursive.

Eckard Veil



② Vorstand und Aufsichtsrat

Aufsichtsrat

Steffen Ringwald

Pfinztal
Geschäftsführer der
EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH
(ab 07.08.2014)
Vorsitzender
(ab 20.11.2014)

Dr. Dirk Mausbeck

Karlsruhe
Mitglied des Vorstands
der EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Vorsitzender
(bis 30.09.2014)

Walter Böhmerle

Esslingen
Mitglied der Geschäftsführung
und Arbeitsdirektor der Netze BW GmbH
1. stellv. Vorsitzender

Helmut Engelhardt

Lauffen am Neckar
Elektromeister
2. stellv. Vorsitzender

Tomislav Boras

Heilbronn
Elektrotechnikermeister

Klaus Brändle

Filderstadt
Leiter kaufm. Funktionen
der Netze BW GmbH

Dirk Güsewell

Tamm
Leiter der Geschäftseinheit Erzeugung/
Portfolioentwicklung der
EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Helmut Himmelsbach

Heilbronn
Oberbürgermeister a. D. der Stadt Heilbronn
(bis 30.04.2014)

Gerhard Kleih

Waiblingen
Leiter der Geschäftseinheit Privatkunden der
EnBW Energie Baden-Württemberg AG
(bis 30.06.2014)

Harry Mergel

Heilbronn
Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn
(ab 11.06.2014)

Steffen Pfisterer

Bretzfeld
Elektrotechnikermeister

Vorstand

Eckard Veil

Zirndorf

③ Bericht des Aufsichtsrats

Beratung und Überwachung des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2014 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben pflichtgemäß und umfassend wahrgenommen. Er überwachte kontinuierlich die Führung der Geschäfte und beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Dabei war der Aufsichtsrat in sämtliche Entscheidungen eingebunden, die für die Gesellschaft und den Konzern von grundlegender Bedeutung waren. Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat in mündlicher und schriftlicher Form regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der Geschäftsentwicklung und -politik. Er informierte ferner über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und des Konzerns, die Unternehmensstrategie und -planung, die Risikosituation, das Risikomanagement, das Interne Kontrollsystem und die Compliance. Darüber hinaus ging der Vorstand auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen ein und begründete diese.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Der Aufsichtsrat befasste sich im Rahmen von vier ordentlichen Sitzungen am 17. März, 13. Mai, 23. Juli und 20. November 2014 sowie einem schriftlichen Beschlussverfahren eingehend mit mündlichen und schriftlichen Berichten sowie Beschlussvorlagen des Vorstands. Die Geschäfte, zu denen die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, wurden vor der Genehmigung vom Aufsichtsrat geprüft und mit dem Vorstand ausführlich beraten.

Zu den besonderen Schwerpunkten der Beratungen und Beschlussfassungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr zählten:

- Regelmäßige und ausführliche Berichte des Vorstands über den Gang der Geschäfte sowie die Rentabilität der Gesellschaft und des Konzerns, insbesondere über die aktuelle Umsatz- und Ergebnisentwicklung sowie Vermögens- und Finanzlage, sowie Berichte über die Personalentwicklung und wesentliche Risiken des Konzerns und einzelner Konzernbereiche;
- Regelmäßige Berichte des Vorstands über die Marktentwicklungen, die Finanzanlagen und die Compliance;
- Verabschiedung von Beschlussvorschlägen, die der Hauptversammlung am 13. Mai 2014 unterbreitet wurden;

- Zustimmung zur Kooperation im Stromnetz zwischen der Stadt Heilbronn und der Heilbronner Versorgungs GmbH;
- Zustimmung zur Kooperation im Stromnetz mit der Gemeinde Kirchheim a. N.;
- Zustimmung zu den Konzessionsverträgen mit den Gemeinden Flein, Talheim und Untgruppenbach;
- Zustimmung zur Erteilung von Handlungsvollmachten;
- Vorinformation und Diskussion über das Projekt „Windpark Harthäuser Wald“ zur Errichtung von 14 Windenergieanlagen;
- Zustimmung zur Errichtung einer zweiten Windenergieanlage in Ilshofen-Ruppertshofen;
- Zustimmung zum Budget 2015 und Kenntnisnahme der Mittelfristplanung 2016–2017, bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz sowie Investitionsplan;

Außerhalb der Sitzungen informierte der Vorstand schriftlich über sämtliche Geschäftsvorgänge, die für die Gesellschaft oder den Konzern von besonderer Bedeutung waren. Darüber hinaus fand zu Fragen der strategischen Ausrichtung, der Geschäftsentwicklung, der Planung, des Risikomanagements, der Compliance sowie zu bedeutenden Einzelmaßnahmen und aktuell anstehenden Entscheidungen ein ständiger Austausch zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand statt.

Die Anwesenheitsquote war bei den einzelnen Aufsichtsratssitzungen durchgängig hoch. Im Geschäftsjahr 2014 hat kein Mitglied des Aufsichtsrats an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Im Berichtszeitraum hat sich der Aufsichtsrat mit der angestrebten Kooperation im Stromnetz zwischen der ZEAG Energie AG einerseits und der Stadt Heilbronn sowie der Heilbronner Versorgungs GmbH andererseits befasst. Vor dem Hintergrund, dass das Aufsichtsratsmitglied Helmut Himmelsbach zum Zeitpunkt der Beratungen Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn war, hat dieser zur Vermeidung eines Interessenkonflikts an den Beratungen und der Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen. Andere mögliche Interessenkonflikte von Mitgliedern des Aufsichtsrats waren im Berichtszeitraum nicht zu verzeichnen.

Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die vom Aufsichtsrat eingerichteten Ausschüsse haben im Geschäftsjahr 2014 regelmäßig getagt. Sie haben mit ihrer Arbeit zur effizienten Wahrnehmung der Aufgaben des Aufsichtsrats beigetragen. Die Mitglieder der Ausschüsse sind auf Seite 109 des Geschäftsberichts dargestellt. In den jeweils folgenden Aufsichtsratssitzungen berichteten die Ausschussvorsitzenden ausführlich über die Beratungen und Beschlussfassungen der Ausschüsse.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr tagte der Personalausschuss einmal. Dabei erarbeitete der Personalausschuss Vorschläge für die Festlegung der variablen Vergütung des Vorstands und der für die variable Vergütung des Vorstands maßgeblichen Ziele sowie die Vergütung des Vorstands und bereitete insbesondere die diesbezüglichen Beschlussfassungen des Aufsichtsrats vor.

Der Prüfungsausschuss befasste sich eingehend mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, der Compliance, der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Abschlussprüfung, der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen, der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems. Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden zwei ordentliche Sitzungen statt. Er holte die nach Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex geforderte Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers ein, erteilte dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag, traf mit dem Abschlussprüfer die Honorarvereinbarung und legte die Prüfungsschwerpunkte fest. Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats befasste sich der Prüfungsausschuss in seiner Sitzung am 6. März 2015 in Gegenwart des Abschlussprüfers ausführlich mit dem Jahres- und dem Konzernabschluss sowie dem zusammengefassten Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern jeweils für das Geschäftsjahr 2014, die er jeweils intensiv prüfte. Ferner erörterte der Prüfungsausschuss mit dem Vorstand eingehend den Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2014. Der Nominierungsausschuss tagte im Berichtszeitraum nicht.

Corporate Governance

Auch im Geschäftsjahr 2014 befasste sich der Aufsichtsrat eingehend mit Fragen der Corporate Governance und informiert hierüber im Corporate Governance Bericht ausführlich. Der Corporate Governance Bericht ist Teil der Erklärung zur Unternehmensführung, die die Gesellschaft gemäß § 289a Abs. 1 S. 2 HGB auf ihrer Internetseite (www.zeag-energie.de) im Bereich „Unternehmen“ unter der Rubrik „Investoren“, unter dem Schlagwort „Corporate Governance“, öffentlich zugänglich macht.



Steffen Ringwald, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich ausführlich mit den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 24. Juni 2014 und der Umsetzung der Kodexregelungen für die Gesellschaft.

In seiner Sitzung am 24. März 2015 hat der Aufsichtsrat die jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG verabschiedet. Gleichzeitig hat der Vorstand eine wortgleiche Erklärung abgegeben. Danach hat die ZEAG Energie AG den Empfehlungen des Kodex in der jeweils geltenden Fassung seit der letzten Entsprechenserklärung vom 17. März 2014 mit Ausnahme von sechs Empfehlungen entsprochen. In der Entsprechenserklärung werden diese Abweichungen genannt und näher begründet. Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG haben die Absicht, den Empfehlungen des Kodex in der am 24. Juni 2014 geänderten Fassung auch künftig, von diesen offen gelegten unternehmensspezifischen Ausnahmen abgesehen, vollständig zu entsprechen.

Die aktuelle Entsprechenserklärung steht den Aktionären ebenso wie die der Vorjahre auf den Internetseiten der ZEAG Energie AG dauerhaft zur Verfügung. Die aktuelle Entsprechenserklärung wird im Corporate Governance Bericht vollständig wiedergegeben.

Jahres- und Konzernabschluss

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), Berlin, wurde von der Hauptversammlung am 13. Mai 2014 zum Jahres- und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 gewählt. Der Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses wurde durch den Prüfungsausschuss erteilt. Vorab legte der Prüfungsausschussvorsitzende die Prüfungsschwerpunkte fest, die durch den Prüfungsausschuss bestätigt wurden. Der durch den Vorstand nach den Regeln des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellte Jahresabschluss der ZEAG Energie AG sowie der nach den internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellte Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2014 und der zusammengefasste Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2014 wurden auf der Grundlage des erteilten Prüfungsauftrags unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Die Prüfungen führten zu keinen Einwendungen, so dass jeweils ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Abschlussprüfer stellte ferner fest, dass der Vorstand gemäß §91 Abs. 2 AktG ein angemessenes, den Anforderungen des Unternehmens entsprechendes Informations- und Überwachungssystem zur Risikofrüherkennung eingerichtet hat und dieses nach dessen Konzeption und tatsächlicher Handhabung geeignet erscheint, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Die Entwürfe der Berichte des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses (einschließlich des zusammengefassten Lageberichts) sowie die Entwürfe der Abschlüsse und der Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands wurden den Mitgliedern des Prüfungsausschusses rechtzeitig vor dessen Sitzung am 6. März 2015 übermittelt. In dieser Sitzung informierte der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung. Er berichtete dem Prüfungsausschuss ferner darüber, dass hinsichtlich des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess keine wesentlichen Schwächen festgestellt wurden. Der Abschlussprüfer informierte die Ausschussmitglieder ferner über von ihm zusätzlich erbrachte Leistungen und erklärte, dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen lassen. Der Prüfungsausschuss befasste sich eingehend mit den Entwürfen der Prüfungsberichte und den übersandten Abschlussunterlagen. Nach Abschluss seiner Prüfungen erhob der Prüfungsausschuss keine Einwendungen gegen den Jahres- und Konzernabschluss nebst dem zusammengefassten Lagebericht. Er fasste hierzu den Beschluss, dem Aufsichtsrat zu empfehlen, die vom

Vorstand aufgestellten Abschlüsse einschließlich des zusammengefassten Lageberichts zu billigen. Der Prüfungsausschuss prüfte in seiner Sitzung am 6. März 2015 auch den Vorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung. Nach eingehender Prüfung schloss er sich dem Vorschlag des Vorstands an, der Hauptversammlung die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 2,90 € je Stückaktie für das Geschäftsjahr 2014 vorzuschlagen und empfahl dem Aufsichtsrat, der Hauptversammlung ebenfalls die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 2,90 € je Stückaktie vorzuschlagen.

Nach der ausführlichen Vorprüfung durch den Prüfungsausschuss wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Jahres- und Konzernabschluss mit dem zusammengefassten Lagebericht, der Gewinnverwendungsvorschlag und die ausgefertigten Prüfungsberichte rechtzeitig vor der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 24. März 2015 übersandt. Der Abschlussprüfer berichtete in dieser Sitzung über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Gremienmitglieder zur Verfügung. Er stellte ferner fest, dass hinsichtlich des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess keine wesentlichen Schwächen identifiziert wurden und informierte den Aufsichtsrat über von ihm neben der Abschlussprüfung erbrachten Leistungen. Er führte ferner aus, dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen ließen. In der Bilanzsitzung berichtete ferner der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ausführlich über die Beratungen und Ergebnisse der Sitzung des Prüfungsausschusses und stand für Fragen der übrigen Aufsichtsratsmitglieder zur Verfügung. Der Aufsichtsrat bezog die Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses in seine weiteren Beratungen ein.

Nach dem der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2014, den zusammengefassten Lagebericht über das Geschäftsjahr 2014 sowie den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahrs 2014 einer eingehenden Prüfung unterzogen hatte, ergaben sich nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen keinerlei Einwendungen. Er schloss sich den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers an und stellte mit seiner Billigung in seiner Bilanzsitzung am 24. März 2015 den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2014 fest. Gleichzeitig billigte der Aufsichtsrat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahrs 2014 an.

Der Vorstand hat wie in den Vorjahren einen Bericht gemäß § 312 AktG über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) für das Geschäftsjahr 2014 aufgestellt, der ebenfalls durch den Abschlussprüfer geprüft wurde. Der Abschlussprüfer erteilte nach seiner Prüfung am 6. März 2015 folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Auch der Entwurf des Abhängigkeitsberichts wurde den Mitgliedern des Prüfungsausschusses rechtzeitig vor deren Sitzung am 6. März 2015 zugesandt. In dieser Sitzung berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und stand den Ausschussmitgliedern für Fragen zur Verfügung. Nach Abschluss seiner eingehenden eigenen Prüfungen erhob der Prüfungsausschuss keine Einwendungen gegen den Abhängigkeitsbericht.

Im Anschluss an die Sitzung des Prüfungsausschusses wurde der vom Vorstand ausgefertigte Abhängigkeitsbericht den Mitgliedern des Aufsichtsrats zur Prüfung übersandt. Der Abschlussprüfer nahm auch an den Beratungen des Aufsichtsrats über diesen Bericht in der Bilanzsitzung am 24. März 2015 teil und informierte über seine wesentlichen Prüfungsergebnisse. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses berichtete darüber hinaus über die Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Prüfungsausschuss.

Nach seiner eingehenden eigenen Prüfung im Hinblick auf dessen Vollständigkeit und Richtigkeit und unter Einbeziehung der Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses schloss sich der Aufsichtsrat dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers an. Im Ergebnis seiner Prüfung beschloss er, dass keine Einwendungen gegen die vom Vorstand am Schluss des Berichts abgegebene Erklärung über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind.

Personelle Veränderungen im Aufsichtsrat

Herr Helmut Himmelsbach, der dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft seit 2000 angehörte und in den Jahren 2000–2003 den Vorsitz in diesem Gremium führte, hat sein Mandat zum 30. April 2014 niedergelegt.

Herr Gerhard Kleih, der dem Gremium seit 2006 angehörte, hat sein Mandat zum 30. Juni 2014 niedergelegt.

Herr Dr. Dirk Mausbeck, der als Vorsitzender des Aufsichtsrats unserer Gesellschaft seit 2012 amtierte, legte sein Mandat zum 30. September 2014 nieder.

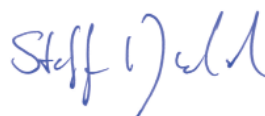
Der Aufsichtsrat bedankt sich bei den ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsrats für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit sowie deren mehrjähriges erfolgreiches Engagement im Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG.

Auf Vorschlag des Mehrheitsaktionärs EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH wurde beim zuständigen Registergericht beantragt, den Aufsichtsrat wieder auf die durch die Satzung festgesetzte Mitgliederzahl zu ergänzen. Entsprechend Ziffer 5.4.3 Satz 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex wurden mit Beschlüssen des Amtsgerichts Stuttgart vom 11. Juni 2014 und 7. August 2014 Herr Harry Mergel und Herr Steffen Ringwald bis zur nächsten ordentlichen Hauptversammlung als Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat bestellt. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 20. November 2014 wurde Herr Steffen Ringwald als Vorsitzender des Aufsichtsrats gewählt. Zudem wurde mit Beschluss des Amtsgerichts Stuttgart vom 27. Februar 2015 entsprechend Ziffer 5.4.3 Satz 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex Frau Carina Verlohr als Vertreterin der Anteilseigner im Aufsichtsrat bestellt.

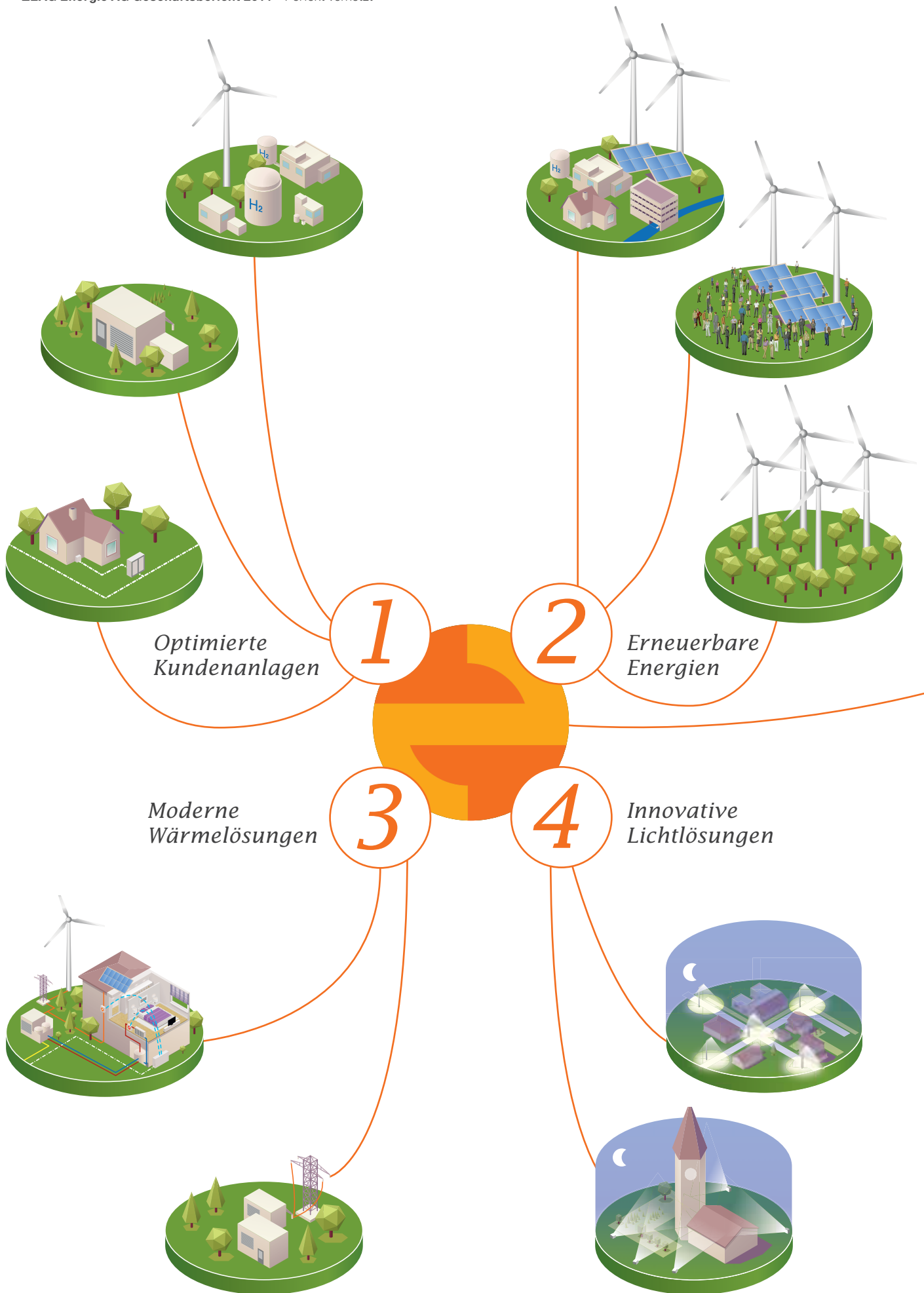
Der Aufsichtsrat bedankt sich bei dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ZEAG-Konzerns für die erbrachten Leistungen, ihren engagierten Einsatz und die geleistete Arbeit zur Erreichung der für das Geschäftsjahr 2014 gesetzten Ziele.

Heilbronn, 24. März 2015

Der Aufsichtsrat



Steffen Ringwald
Vorsitzender





Energie- Dichte

Die Vernetzung von Technologien und Märkten vollzieht sich in unterschiedlichen Bereichen.

Windräder, Wasserstofftanks, Straßenlaternen und Blockheizkraftwerke haben mehr gemeinsam, als sie auf den ersten Blick vermuten lassen. Richtig kombiniert können sie die Energiewende beschleunigen. In ganz unterschiedlichen Bereichen will die ZEAG Energie AG deshalb verschiedene Technologien und Märkte optimieren und vernetzen. Sie hilft ihren Kunden zum Beispiel beim Bau und der Instandhaltung eigener Trafostationen oder gut regelbarer Blockheizkraftwerke, wichtige Bausteine um die Stromversorgung weiter zu optimieren. Außerdem ist geplant, Wasserstoff auf regenerative Weise zu erzeugen – zum Nutzen der Kunden und zum Schutze des Klimas. Intelligente Straßenlampen können darüber hinaus die Energiekosten von Gemeinden senken. Sparsame Lichttechnik macht das nächtliche Anstrahlen von Gebäuden ökologisch vertretbar. Modernes Energiemanagement der ZEAG erleichtert zudem die Nutzung von Wärme aus zentralen Gaskraftwerken in Wohnvierteln. Das wiederum geht nur mit modernen Kommunikationsverbindungen – die zum Beispiel über Glasfaserkabel der ZEAG laufen. Alle diese Bereiche sind Teile eines dichten Netzes, das die Energieversorgung der Zukunft sichert.

Optimierte Kundenanlagen

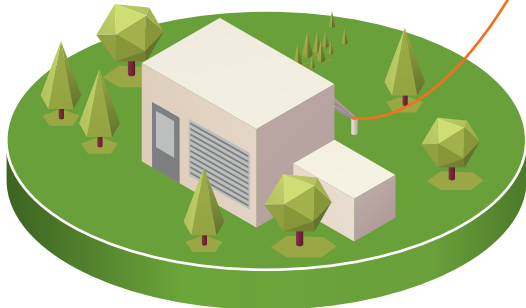
Unternehmen wollen Energie effizient einsetzen. Dabei sind sie meist auf die Zusammenarbeit mit Fachleuten angewiesen.



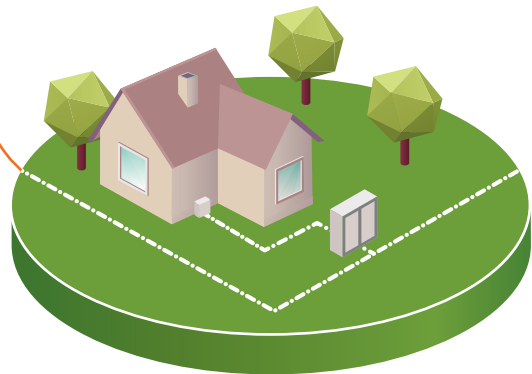
Industriebetriebe stehen unter Druck. Sie müssen sich gegen Wettbewerber durchsetzen und zugleich rentabel und nachhaltig arbeiten. Die Energieversorgung spielt dabei eine Schlüsselrolle – sie muss bezahlbar und vor allem sicher sein. Betriebe unterhalten deshalb oft eigene Stromnetze, die mit dem öffentlichen Netz verbunden sind. Den Übergang regeln oft kundeneigene Trafostationen. Sie müssen regelmäßig gewartet werden, denn ein Ausfall würde großen Schaden anrichten. Die ZEAG Energie AG bietet maßgeschneiderte Lösungen an und begleitet ihre Kunden von Anfang an bei der Planung von Trafostationen und anderen technischen Großprojekten. Dazu zählt auch der Aufbau eines leistungsfähigen Glasfasernetzes. Von den Kommunikationsleitungen profitieren kommunale Kunden, aber auch Unternehmen, die sich in neu erschlossenen Gebieten ansiedeln.

Optimale Planung

Eine leistungsfähige Energieinfrastruktur ist für Unternehmen lebenswichtig. Die ZEAG Energie AG plant und baut sie nach den Wünschen der Kunden – zum Beispiel, wenn ein Betrieb seine Fertigung erweitern will.



1



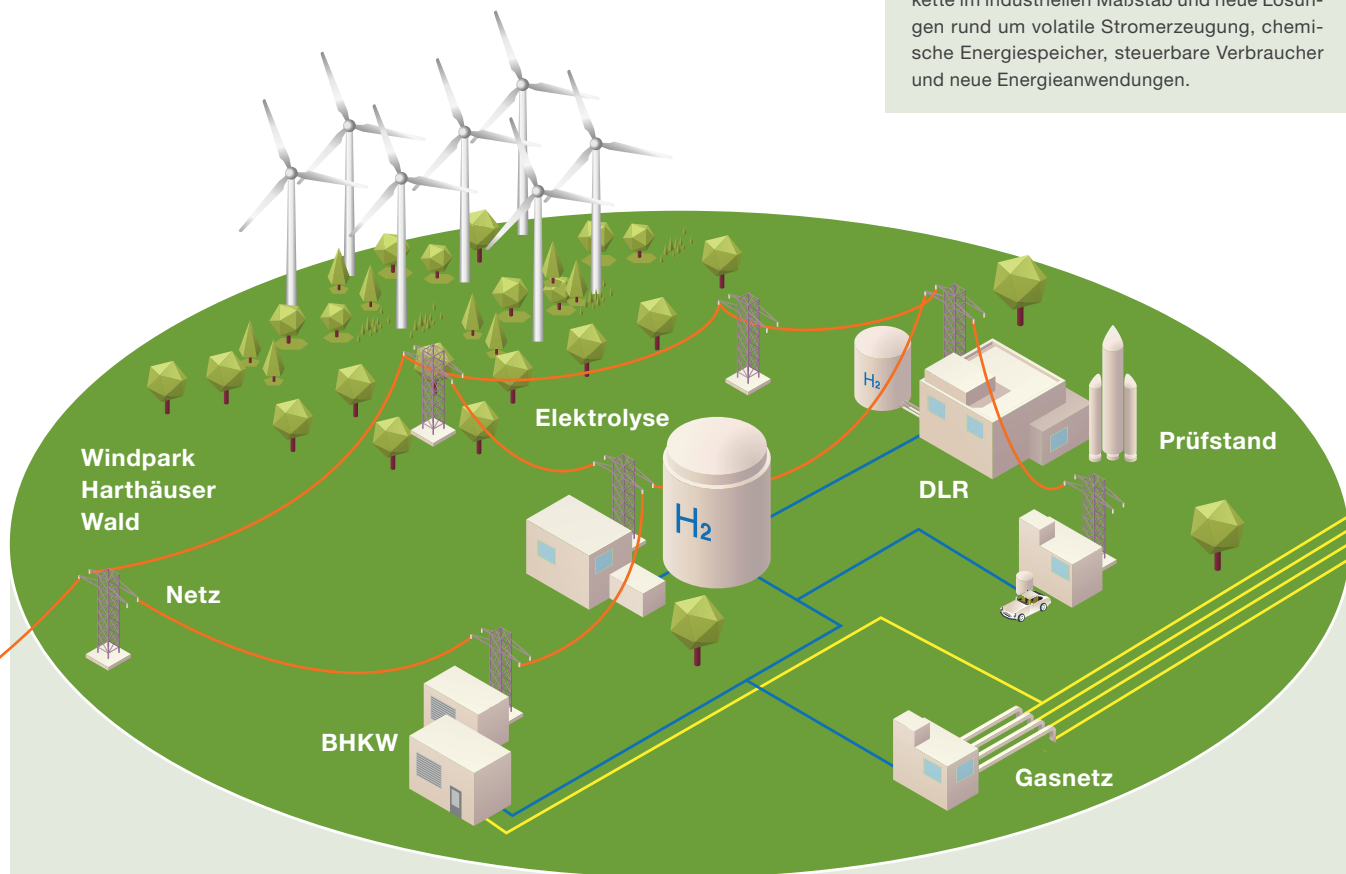
Gute Verständigung

Leistungsfähige Kommunikationsverbindungen sind in Neubaugebieten selbstverständlich. Aber auch für Unternehmen und öffentliche Institutionen werden sichere Datenverbindungen immer wichtiger. ZEAG konzipiert und realisiert die gesamte Infrastruktur für den Datenverkehr.

Schnell erklärt
Vernetzte Zukunft

Windkraft, Strom, Gas, Speicher, Wärme, Datenverkehr und Raumfahrt – das Projekt von ZEAG und DLR vernetzt ganz verschiedene Bereiche der Energiewelt.

Das Ziel: der Aufbau einer Wasserstoff-Prozesskette im industriellen Maßstab und neue Lösungen rund um volatile Stromerzeugung, chemische Energiespeicher, steuerbare Verbraucher und neue Energieanwendungen.



*Mit Wind-
energie in den Orbit*

Die ZEAG Energie AG plant gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) das Projekt H₂ORIZON. Es sieht vor, dass der DLR-Standort Lampoldshausen Strom direkt vom Windpark Harthäuser Wald erhält. Auf dem Gelände würde über Elektrolyse daraus Wasserstoff hergestellt. Das Element käme für zahlreiche Anwendungen infrage. Es könnte direkt vor Ort für Triebwerkstests verwendet werden oder den Treibstoff für Wasserstofftankstellen in Süddeutschland bereitstellen. Der Wasserstoff kann aber auch flüssig oder in Gasform gespeichert und bei Bedarf rückverstromt oder für die Wärmeversorgung des DLR-Standorts genutzt werden. Es besteht zudem die Möglichkeit, Wasserstoff in das öffentliche Gasnetz direkt einzuspeisen.

4 Mio.

PS entwickelt das Hauptstufentriebwerk Vulcain der Ariane 5. Hierzu werden in 10 Minuten 40 Tonnen flüssiger Wasserstoff verbraucht.

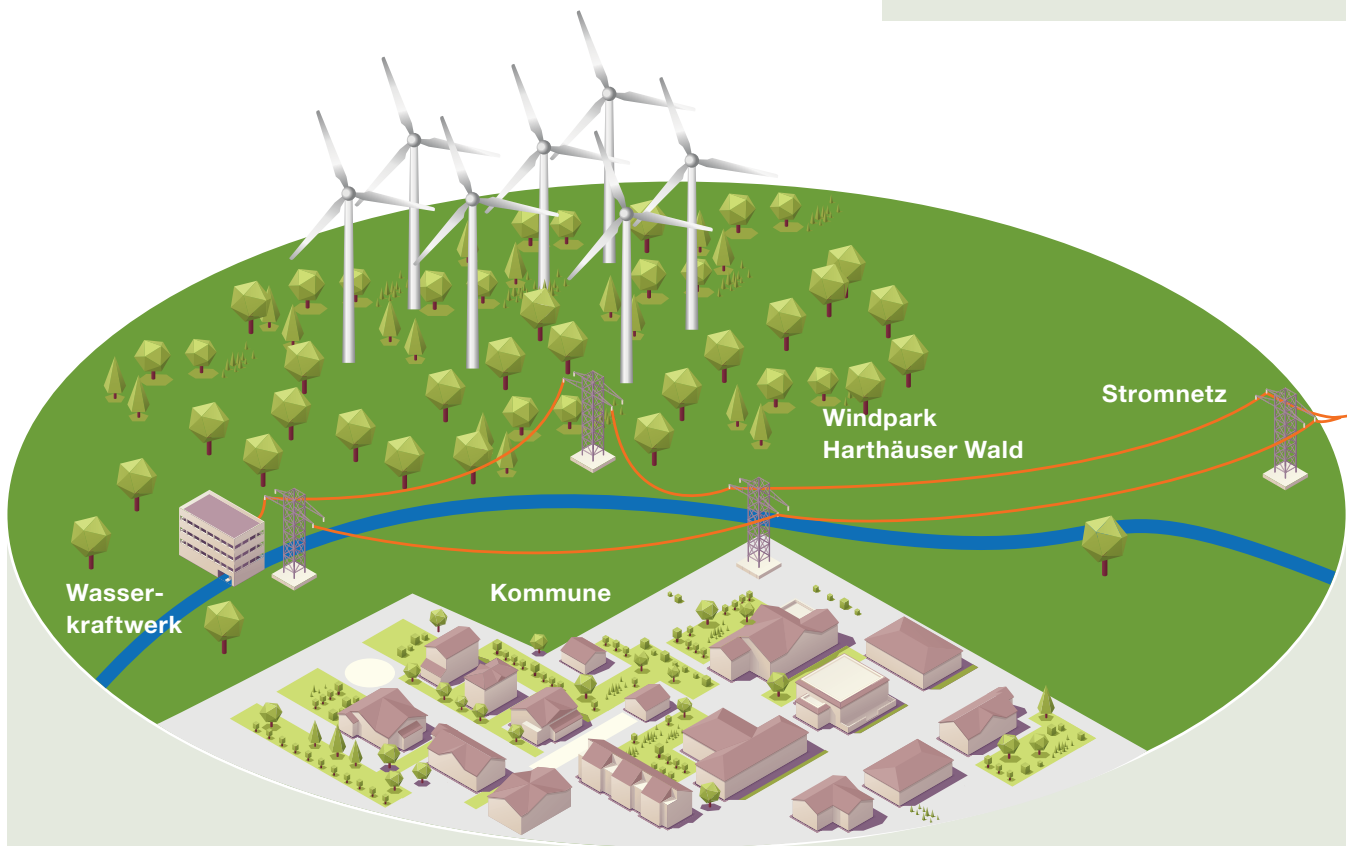
Erneuerbare Energien

Sie sind das Rückgrat des Wandels – die erneuerbaren Energien. Rund um Solaranlagen, Windräder und Biomasse gibt es zahlreiche neue Technologien, die den Erfolg nachhaltiger Erzeugung begünstigen.

Schnell erklärt

Größtes Windprojekt in Baden-Württemberg

Im Harthäuser Wald werden bis Ende 2015 14 Windkraftanlagen stehen. Die von ihnen erzeugte Energie kann entweder ins Stromnetz eingespeist oder in Wasserstoff umgewandelt und gespeichert werden.



Windpark Harthäuser Wald

Der Höhenzug bei Heilbronn eignet sich gut zur Erzeugung von Windstrom. Deshalb werden sich hier ab nächstem Jahr 14 Windräder drehen. Sie können theoretisch 30.000 Haushalte versorgen. In der Praxis ist es jedoch möglich, dass bei Flaute nicht genug Strom erzeugt wird, an windigen Tagen hingegen umso mehr. Über Elektrolyse soll deshalb Windenergie vom Harthäuser Wald in Wasserstoff umgewandelt werden. Er lässt sich speichern, bei Bedarf wieder verstromen und ins Netz einspeisen, kann aber auch sofort in technischen Anlagen oder im Mobilitätssektor verwendet werden.

24.867

*Windkraftanlagen
gibt es in Deutschland
(Ende 2014)*

2



Strom zu Gas

Bislang lässt sich Strom aus Sonne, Wind oder Biomasse kaum speichern. Die ZEAG Energie AG will das über die Umwandlung zu Wasserstoff (H₂) ermöglichen. Ein erster Schritt um mittelfristig Strom- und Gasmarkt enger zu verbinden.

Mitmachen erwünscht

An Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien können sich Bürger aus der Nachbarschaft beteiligen. Schon ab einer Einlage von wenigen 100 Euro können sie mitmachen.



Kraft aus Wind und Sonne

Den verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen sieht die ZEAG Energie AG als Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen. Deshalb nutzt sie erneuerbare Energieträger, die ihr vor Ort zur Verfügung stehen. Die Region Heilbronn-Franken ist zum Beispiel vom Wind mehr begünstigt als andere Gegenden Baden-Württembergs. Den Energieprojekten der ZEAG kommt das zu Gute. Im Harthäuser Wald ist der Bau von 14 Windrädern gestartet. Für rund 65 weitere Anlagen in Baden-Württemberg laufen die Genehmigungsverfahren. Aber natürlich nutzt die ZEAG auch die Potenziale von Laufwasserkraftwerken an Neckar und Jagst sowie Photovoltaikanlagen in der gesamten Region.

Mehr erneuerbare Energien sehen auch die Ausbauziele der Regierung Baden-Württembergs vor. Der Anteil im Land soll bis 2020 auf fast 40 Prozent steigen. Gleichzeitig muss die Versorgung sicher bleiben. Denn Sonnen- und Windenergie ist nicht immer dann vorhanden, wenn Strom verbraucht wird. Das lässt sich nur mit moderner Technik ändern. Belastungsfähige Stromleitungen, aber auch innovative Speicher gehören dazu. Strom lässt sich zum Beispiel in Gas



umwandeln. So kann die Energie gespeichert und später genutzt werden. Der ZEAG Energie AG ist allerdings klar, dass sich viele dieser Projekte nur im Schulterschluss mit den Menschen vor Ort umsetzen lassen. Über Bürgergenossenschaften sollen die Bewohner deshalb am Erfolg der Energiewende beteiligt werden.

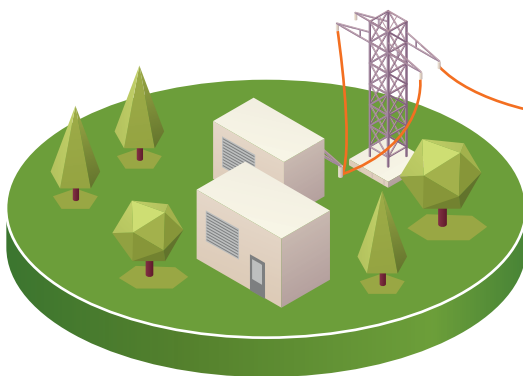
○ Moderne Wärmelösungen

Früher und teilweise bis heute erzeugen große Kohle- oder Ölf Feuerungsanlagen die Wärme oder den Dampf, um Güter aller Art herzustellen. Heute erzeugen intelligente Kraftwerke gleichzeitig Wärme und Strom.



Heiße Geräte

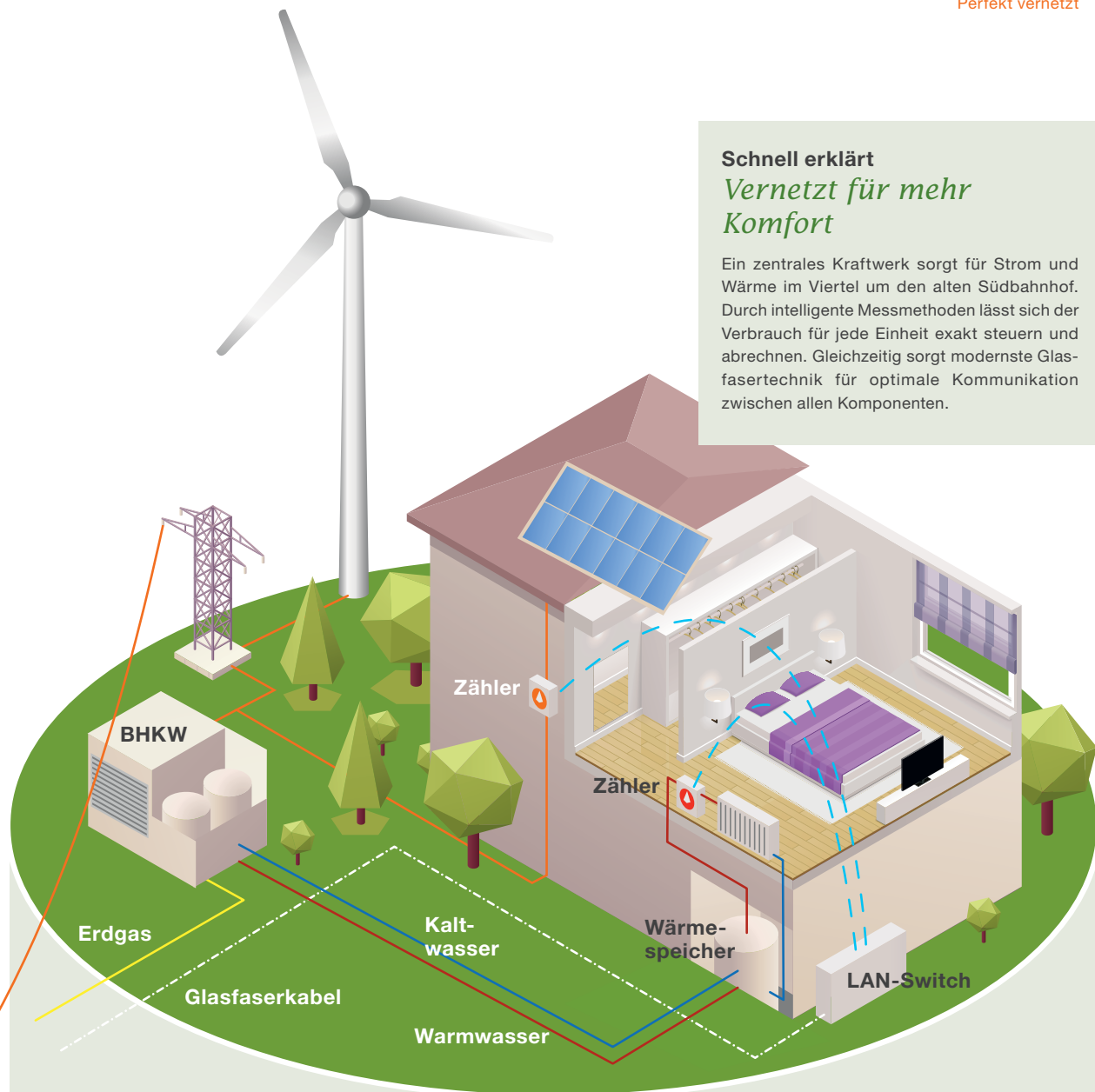
Brennstoffzellen, Gasturbinen und Blockheizkraftwerke stellen neue Konzepte dar, um auf moderne und nachhaltige Weise Wärme zu erzeugen. Manche Anlagen koppeln die Stromproduktion an die Wärmeerzeugung. Die technischen Möglichkeiten sind für Fachfremde schwer zu durchschauen. Aber nicht nur das. Auch die Einflüsse des Gesetzgebers und des Energiemarktes können über die Wirtschaftlichkeit und den Nutzen einer Lösung entscheiden. Die ZEAG Energie AG bietet deshalb Kunden ihre technische Kompetenz bei Planung, Bau und Betrieb solcher Anlagen an. Ein zukunftssträchtiges Konzept ist das Blockheizkraftwerk. Es kann über nachhaltig erzeugtes Gas angetrieben werden. Beim Verbrennen wird Strom und Wärme erzeugt. Eine intelligente Art den Energiebedarf zu decken.



3

Multitalente

Blockheizkraftwerke erzeugen Wärme und Strom. Sie zeichnen sich durch einen hohen Wirkungsgrad aus. Die Betriebskosten sind vergleichsweise gering und die Umweltbilanz fällt meistens sehr gut aus. Zum Antrieb ist herkömmliches Heizöl geeignet oder Pflanzenöl, und natürlich Gas – je nach technischer Ausrichtung.



Schnell erklärt
*Vernetzt für mehr
 Komfort*

Ein zentrales Kraftwerk sorgt für Strom und Wärme im Viertel um den alten Südbahnhof. Durch intelligente Messmethoden lässt sich der Verbrauch für jede Einheit exakt steuern und abrechnen. Gleichzeitig sorgt modernste Glasfasertechnik für optimale Kommunikation zwischen allen Komponenten.

Alter Bahnhof – neues Viertel

Das Areal um den ehemaligen Südbahnhof ist so groß wie zehn Fußballfelder. Hier entstehen 350 Wohnungen, Kita, Ärztehaus und Studentenwohnheim. Nach den Plänen der ZEAG Energie AG, die das Viertel energetisch und kommunikationstechnisch erschließt, soll das Quartier neue Maßstäbe setzen, was die effiziente Nutzung von Energie angeht. Das Herz ist ein Blockheizkraftwerk, dessen Strom und Wärme das Viertel versorgt. Durch intelligente Technik lässt sich in jeder Wohnung der Energiekonsum genau ablesen. Messinstrumente sollen in jeder Wohnung den Verbrauch aller elektrischen Geräte erfassen. Eine Software würde die Waschmaschine und andere Großgeräte steuern. Damit wären Tarife vorstellbar, die Strom bei geringer Netzauslastung günstiger anbieten. Durch die Kombination des Blockheizkraftwerks mit Solaranlagen oder Windrädern, die volatil Strom erzeugen, könnte ein supervernetztes Energiesystem entstehen.

72.000

*Quadratmeter umfasst
 das Areal des alten Heilbronner
 Südbahnhofs*

Innovative Lichtlösungen

Stromkosten quälen nicht nur Haushalte, sondern auch manchen öffentlichen Haushalt. Oft lohnt sich deshalb die Installation einer modernen Straßenbeleuchtung.

Schnell erklärt

Es werde Licht

Neue LED-Laternen verringern den Energieverbrauch und den Wartungsaufwand. Außerdem halten sie länger und machen die Straßen sicherer.



Umbau vollzogen

In der Leingartener Straße und in der Ludwigsburger Straße in Heilbronn hat die ZEAG alte Straßenlampen durch neue Beleuchtung ersetzt. Laternen mit LED-Technik sparen Strom und senken die Energiekosten deutlich. Und sie halten dreimal so lange wie herkömmliche Leuchtmittel. Es gibt einen weiteren Vorteil: LED-Lampen müssen weniger gewartet werden als ihre Vorgänger. Vieles spricht dafür, dass sie die Straße auch sicherer machen. Denn das weiße LED-Licht und die gute Farbwiedergabe führen dazu, dass Gegenstände, Fahrzeuge und Personen für das menschliche Auge besser wahrnehmbar sind. Eine intelligente Steuerung kann diesen Effekt verstärken. Sie lenkt das Licht gezielt auf bestimmte Flächen, die erhellt werden sollen.

80 %

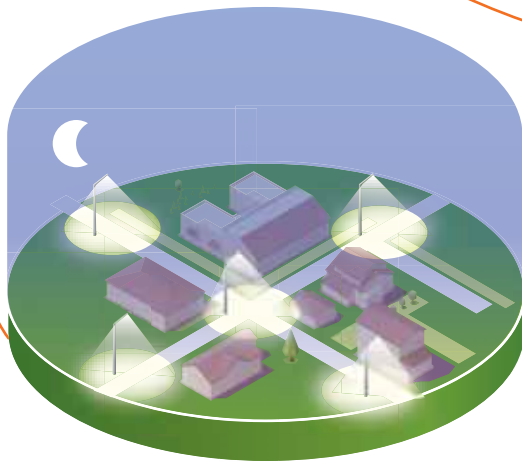
der Energie lässt sich durch Straßenlampen mit LED-Technik einsparen.

Lichtblick für kommunale Finanzen

Straßenlaternen sind heute mehr als schöne Lichtspender. In den Abend- und Nachtstunden können sie das Erscheinungsbild und die Stimmung im Ortszentrum entscheidend prägen. Licht verleiht einer Kommune Schönheit und gibt ihren Einwohnern ein sicheres Gefühl. Die öffentliche Beleuchtung soll darüber hinaus natürliche Ressourcen und kommunale Kassen schonen. Mit modernen Straßenlampen ist beides möglich. Durch LED-Technik lässt sich bis zu 80 Prozent der Energie sparen. Viele Kommunen denken derzeit über neue Beleuchtungslösungen nach. Denn Leuchtstoff- und Quecksilberdampflampen, die bislang im Einsatz waren, müssen dringend getauscht werden. Ab diesem Jahr dürfen sie in der EU nicht mehr eingesetzt werden – ihre Energieeffizienz ist zu schlecht. LED-Lampen haben einen weiteren Vorteil. Die Lebensdauer ist wesentlich höher. Das Beleuchtungscontracting der ZEAG hilft zudem den Investitionsbedarf unserer Kunden zu minimieren.



4



Wie finde ich die Richtige?

Es gibt unzählige Möglichkeiten, eine Beleuchtung zu planen. Die ZEAG Energie AG hilft ihren Kunden dabei, ein sinnvolles, sparsames und nachhaltiges Konzept zu erarbeiten.



Nächtlicher Glanz

Fassaden von Kirche, Burg und Rathaus kommen besonders zur Geltung, wenn sie nachts angestrahlt werden. Sonderlösungen der ZEAG Energie AG sorgen dafür, dass Verbrauch und Kosten im Rahmen bleiben.

Zusammengefasster Lagebericht

des ZEAG-Konzerns und der ZEAG Energie AG für das Geschäftsjahr 2014

1. Grundlagen des Konzerns	23
1.1. Geschäftsmodell des Konzerns	23
1.2. Beteiligungsstruktur und Segmente	24
1.3. Strategie und Ziele	24
1.4. Steuerungssystem	25
1.5. Forschung und Innovation	26
2. Wirtschaftsbericht	26
2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	26
2.2. Geschäftsverlauf	28
2.3. Unternehmenssituation des ZEAG-Konzerns: Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	29
2.4. Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG: Finanzlage, Vermögenslage, Ergebnis und Dividendenvorschlag	33
3. Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	35
4. Nachtragsbericht	35
5. Risiko- und Chancenbericht	35
5.1. Grundsätze und Struktur des Risiko- und Chancenmanagements	35
5.2. Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems	36
5.3. Risiko- und Chancenlage	36
6. Prognosebericht	39
7. Übernahmerelevante Angaben	41
8. Vergütungsbericht	41
9. Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB	43

1. Grundlagen des Konzerns

1.1. Geschäftsmodell des Konzerns

Der ZEAG-Konzern ist im Kerngeschäft Energie tätig. Mit der Marke „ZEAG Energie“ betreiben wir in den Städten Heilbronn und Lauffen a. N. sowie in den Gemeinden Neckarwestheim und Kirchheim a. N. die Stromversorgung. Aufgrund neuer Konzessionsverträge werden wir künftig auch die Stromverteilung in den an unser Versorgungsnetz angrenzenden Kommunen Leingarten, Flein, Talheim und Untergruppenbach übernehmen. Über unsere Tochtergesellschaft Gasversorgung Unterland GmbH (GU) werden weitere zehn Kommunen überwiegend im nördlichen Landkreis Heilbronn durch uns mit Erdgas versorgt. Die NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH (NHF) nimmt innerhalb des ZEAG-Konzerns die Netzbetreiberfunktion wahr. Die NHF ist, über die Versorgungsgebiete der ZEAG Energie AG (ZEAG) und der GU hinaus, in der Gasverteilung auch in zwei Kommunen des Landkreises Schwäbisch Hall aktiv. Dies gilt auch für die Stadt Heilbronn, in der die NHF als Pächterin des Stromverteilungsnetzes der Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG weiterhin für einen weit überdurchschnittlich störungsfreien Netzbetrieb sorgt. Die Stromnetzgesellschaft Heilbronn wurde als jüngste Tochtergesellschaft des ZEAG-Konzerns 2014 gemeinsam von ZEAG und der Heilbronner Versorgungs GmbH gegründet. Sie ist seit dem 1. Juni 2014 Inhaberin der Stromkonzession der Stadt Heilbronn und ist seit diesem Zeitpunkt auch Eigentümerin des Stromversorgungsnetzes in Heilbronn.

Als regionales, vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen bieten wir unseren Kunden die Lieferung von Energie und Netzdienstleistungen an. Unsere in der Region verankerte Marke „ZEAG Energie“ steht für kundenorientierten Service, regionale Kompetenz und langfristig erworbenes Betreiber-Know-how. Dies spiegelt sich in einer überdurchschnittlichen Kundenbindung wider und ist Grundlage für unseren Markterfolg. Dieser Ansatz wird auch im Wettbewerb des unabhängigen Internetportals „www.energieverbraucherportal.de“ sichtbar: Sowohl der ZEAG im Bereich der Stromversorgung als auch der GU als unserem Gasversorger wurde aktuell erneut – und zwar zum sechsten Mal in Folge auch für das Jahr 2015 – das Siegel „Top-Lokalversorger“ verliehen. Um dem intensiver werdenden Wettbewerb wirkungsvoll begegnen zu können, haben wir unser Geschäftsmodell in den vergangenen Jahren angepasst. Dies ermöglicht es uns, unsere Produkte auf die Bedürfnisse unserer Kunden auszurichten und auch außerhalb unserer Konzessionsgebiete erfolgreich zu vermarkten.

Ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Aktivitäten ist die Energieerzeugung, die eine zunehmende Bedeutung gewinnt. Gegenwärtig ist diese vor allem von unserem Erzeugungsanteil am Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar (GKN), Neckarwestheim, geprägt. Einer der Eckpunkte unseres Geschäftsmodells ist eine, bezogen auf unseren Absatz an Endkunden, maßgebliche Eigenerzeugung, die nach unseren Planungen künftig im Wesentlichen durch erneuerbare Energien gedeckt werden soll. Neben den von uns genutzten und betriebenen Wasserkraftwerken am Neckar und den bereits realisierten Fotovoltaikanlagen soll hierzu insbesondere die Erzeugung aus Windkraft beitragen. Im Berichtsjahr haben wir in der Umsetzung dieser Pläne wichtige Meilensteine erreichen können: Zusätzlich zur Inbetriebnahme der ersten Windenergieanlage konnten Ende 2014 bzw. Anfang 2015 die erforderlichen Genehmigungen für weitere 15 Windenergieanlagen erreicht werden, deren Bau bereits begonnen hat bzw. unmittelbar bevorsteht. Die Realisierung dieser Projekte erfolgt weitgehend über Projektgesellschaften, an denen sich die regional ansässigen Bürger über Bürgerenergiegenossenschaften beteiligen können.

Mit unserem Heizwerk am ehemaligen Firmensitz in der Badstraße erbringen wir für dort ansässige, benachbarte Kunden Dienstleistungen, indem wir diese mit Wärme, Prozessdampf und Kälte für deren Produktion beliefern. Die erforderliche Erneuerung des Heizwerks befindet sich derzeit in Umsetzung und kann voraussichtlich noch im Jahr 2015 abgeschlossen werden.

Die bewährte und erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren lokalen und regionalen Marktpartnern, der Heilbronner Versorgungs GmbH (HVG) und der Netze BW GmbH, setzen wir auch weiterhin konsequent fort. Diese Zusammenarbeit wurde mit der Gründung der gemeinsamen Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG, die zum 1. Juni 2014 den Geschäftsbetrieb aufgenommen hat, weiter intensiviert.

Die gesamte Energiebranche unterliegt aufgrund permanent wechselnder politischer und regulatorischer Rahmenbedingungen einer hohen Veränderungsdynamik. Dies erfordert es, dass wir unser Geschäftsmodell und unsere Organisationsstrukturen laufend hinterfragen und ggf. anpassen. Nachdem im Vorjahr noch die optimierte Organisation im Bereich der Stromverteilung im Fokus stand, haben wir zur Jahresmitte 2014 die Organisation und die Aufgabenzuordnung in den Bereichen Markt und Produktion im Hinblick auf unsere ambitionierte Wachstumsstrategie neu aufgestellt.

1.2. Beteiligungsstruktur und Segmente

Die ZEAG Energie AG ist die börsennotierte Muttergesellschaft des ZEAG-Konzerns und übt unmittelbar oder mittelbar die Leitungsfunktion im ZEAG-Konzern aus. Mit der 100%igen Tochtergesellschaft NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH (NHF) besteht dabei ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. An der 2014 gegründeten Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG ist die ZEAG mit 49,9% beteiligt. Mittels vertraglicher Regelungen wird die Kontrollfunktion durch die ZEAG sichergestellt und damit eine vollkonsolidierte Einbindung in den ZEAG-Konzern ermöglicht.

Darüber hinaus ist die ZEAG Energie AG operativ im Geschäftsfeld Energie tätig. Schwerpunkte dieser Tätigkeiten betreffen die Stromerzeugung, die Belieferung von Endkunden mit Strom, Wärme und Prozesskälte sowie die Erbringung von netznahen Dienstleistungen. Als Eigentümerin von Stromverteilungsanlagen, welche an die NHF verpachtet sind, ist die ZEAG Energie AG zudem in der Elektrizitätsverteilung tätig.

Die Entwicklung, der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen werden weit überwiegend durch 13 Projektgesellschaften betrieben. An diesen Gesellschaften sind neben der ZEAG die jeweiligen örtlichen Kommunen beteiligt. Nach erfolgreicher Realisierung der Windenergieprojekte können sich an diesen Gesellschaften Bürgerenergiegenossenschaften beteiligen. Damit wird die für ein Gelingen der Energiewende erforderliche Einbindung der Bevölkerung ermöglicht.

Segmente

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit des ZEAG-Konzerns stehen mit der Stromerzeugung, der Stromverteilung und dem Stromvertrieb wesentliche Teile der Wertschöpfungskette der Stromversorgung. Sowohl das vertikal integrierte Mutterunternehmen ZEAG Energie AG als auch der überwiegende Teil der Konzerngesellschaften sind operativ in diesen Bereichen tätig. Wärmelieferungen sowie netznahe Dienstleistungen runden das Segment Strom ab.

Unsere Tätigkeiten in der Gasversorgung umfassen die Wertschöpfungsstufen Gasverteilung sowie Gasvertrieb, die dem Segment Gas zugeordnet sind. Unsere Tochtergesellschaft GU ist in ihrer Funktion als Eigentümerin bzw. Verpächterin von Gasverteilernetzen in der Gasverteilung und in dem leitungsgebundenen Vertrieb von Gas an B2B- und B2C-Kunden tätig. Als einziges Unternehmen im ZEAG-Konzern ist unsere Netzgesellschaft NHF als Betreiberin von Strom- und Gasverteilernetzen in beiden Segmenten aktiv, wobei – wie im gesamten ZEAG-Konzern – der Schwerpunkt überwiegend im Segment Strom liegt.

Eine Übersicht zu den vollkonsolidiert in den ZEAG-Konzern einbezogenen Gesellschaften ist im Anhang auf Seite 101 aufgeführt.

1.3. Strategie und Ziele

Die ZEAG ist aufgrund ihrer Historie der erste Drehstromversorger der Welt und eines der traditionsreichsten Energieunternehmen Deutschlands. Als vertikal integriertes und regional verwurzelttes Unternehmen agieren wir in einem Umfeld mit vielfältigen Anforderungen bzw. Herausforderungen und Entwicklungen:

- **Markt und Kunden:** Erhöhte Wettbewerbsintensität, steigende Wechselbereitschaft der Kunden, Wettbewerb um Konzessionen und Standorte für regenerative Erzeugungsanlagen
- **Aktionäre:** Gesteigerte Ansprüche an die Entwicklung von Unternehmensgewinnen und Dividendenausschüttungen
- **Technischer Fortschritt:** Intelligente Netze, dezentrale Energieerzeugung, Elektromobilität etc.
- **Politik & Medien:** Förderung des Wettbewerbs, Gestaltung der Energiewende, Anreizregulierung, Branchen- und Firmenimage etc.

In diesem Spannungsfeld ergeben sich für die ZEAG eingeschränkte Handlungsspielräume sowie ein Erlös- und Kostendruck, denen wir mit Zielen und Maßnahmen begegnen, welche auf den in der folgenden Grafik dargestellten drei strategischen Stoßrichtungen der segmentübergreifenden Strategie „ZEAG 2020“ basieren.



Unter dem Motto bzw. dem strategischen Dreieck „**Regionalität — Wachstum — Effizienz**“ wurde aus den strategischen Planungen eine Vielzahl von Maßnahmen und Zielen abgeleitet. Dabei sind sowohl konkrete Ziele mit Bezug auf den Zeithorizont der strategischen Planung bis zum Jahr 2020 als auch Ziele ohne quantifizierte Zielvorgaben zu nennen, die als Leitplanken für unser künftiges Handeln dienen. Die Ziele und Strategien haben sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert.

Die wesentlichen Ziele sowie deren aktueller Stand der Zielerreichung werden nachstehend näher beschrieben:

- **Steigerung des Anteils regenerativer Eigenzeugung** durch Umsetzung von Onshore-Windenergieprojekten in der Region Heilbronn-Franken (Motto: „Ökostrom aus der Region für die Region“). Zielwert 2020: 100 MW installierte Leistung.

Stand der Zielerreichung: Wir sind der Überzeugung, dass die Realisierung von Windenergieprojekten in unserer Heimatregion Heilbronn-Franken nur im Konsens und unter Einbindung der Bevölkerung realisiert werden kann. Zu diesem Zweck wurden zusammen mit den betreffenden Kommunen 13 Projektgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG gegründet, an denen sich auch die Bürger über Bürgerenergiegenossenschaften beteiligen können. Die untersuchten Standorte innerhalb dieser Projekte sind für weit über 200 MW installierter Leistung geeignet. 2014 konnten wichtige Meilensteine erreicht werden: Nachdem wir Mitte Januar 2014 die Baugenehmigung für eine Windenergieanlage (WEA) in Ilshofen-Ruppertshofen (3 MW) erhalten hatten, konnte diese bereits im Sommer 2014 nach den Regelungen des EEG 2012 in Betrieb genommen werden. Eine weitere WEA an diesem Standort befindet sich bereits im Bau. Im Zeitraum zwischen Mitte Dezember 2014 und Anfang Januar 2015 haben wir die Genehmigungen für den Bau von 14 WEA im interkommunalen Windpark „Harthäuser Wald“ erreicht, die im Herbst 2015 in Betrieb gehen sollen. Als bislang größtes Windenergieprojekt in der Region Heilbronn-Franken realisieren wir hier ein Leuchtturmprojekt, das nach unserer Überzeugung für den weiteren Ausbau der Windenergie in der Region Maßstäbe setzt. Die Realisierung der weiteren in Planung bzw. im Genehmigungsverfahren befindlichen Anlagen hängt vor allem davon ab, wie sich ab 2016 die Vergütung für die eingespeiste Energie entwickelt, deren Degression gemäß den Regelungen des EEG 2014 maßgeblich vom Volumen der neu installierten Leistung beeinflusst wird. Auch kann noch nicht abgeschätzt werden, ob die für 2017 vorgesehene Umstellung der Förderung auf ein Ausschreibungsverfahren künftig einen wirtschaftlichen Betrieb von Windenergieanlagen in Baden-Württemberg zulässt.

- **Sicherung unserer Konzessionswerte** durch Neuausschluss der bestehenden Konzessionsverträge sowie Neugewinnung zusätzlicher Konzessionen mit dem Ziel einer Arrondierung des Netzgebiets um Heilbronn.

Stand der Zielerreichung: Nach der Grundsatzentscheidung des Heilbronner Gemeinderats vom Dezember 2013, die Stromkonzession an eine gemeinsame Gesellschaft von ZEAG und HVG zu vergeben, konnten im Berichtsjahr die vertragliche Ausgestaltung sowie die Überführung der Netzanlagen in die neu gegründete Gesellschaft erfolgreich umgesetzt werden. Darüber hinaus konnte auch der Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Kirchheim a. N. als letzter Bestandskonzession neu abgeschlossen werden. Zusätzliche Konzessionen konnten nach dem Abschluss eines Konzessionsvertrags mit der Gemeinde Leingarten in 2012 auch durch Konzessionsverträge mit den Kommunen Flein, Talheim und Untergruppenbach gewonnen werden. Einen Wertbeitrag können die neuen Konzessionsgebiete jedoch erst nach dem Übergang der Netzanlagen auf die ZEAG leisten. Mit der vorherigen Konzessionsinhaberin konnte noch kein Einvernehmen zu den Modalitäten des Netzübergangs erzielt werden. Ein konkreter Termin hierfür kann noch nicht genannt werden.

- **Ausbau des Energievertriebs über unser Stammgebiet** hinaus durch profitables, nachhaltiges Wachstum. Ziel 2020: > 1.000 GWh Strom und > 500 GWh Gas.

Stand der Zielerreichung: In den vergangenen Jahren wurden die Voraussetzungen geschaffen, um unsere an den Kundenbedürfnissen ausgerichtete Produktpalette effizient auch außerhalb unseres Konzessionsgebiets vertreiben zu können. Dafür wurden — und werden auch weiterhin — u. a. entsprechend modifizierte Plattformen und Prozesse implementiert und neue Produkte entwickelt. Im Geschäftsjahr 2014 konnte dadurch im Segment Gas trotz der verbrauchsdämpfenden Witterungseinflüsse der Absatz an Endkunden auf 303 GWh (Vorjahr 231 GWh) gesteigert werden. Auch im Segment Strom konnten wechsel- und verbrauchsbedingte Minderabsätze durch eine weiterhin erfolgreiche Neukundenakquise überkompensiert und der Absatz auf 720 GWh (Vorjahr 703 GWh) gesteigert werden.

1.4. Steuerungssystem

Wirtschaftlicher Erfolg ist das Ergebnis von zielorientiertem, unternehmerischem Handeln. Die auf eine nachhaltige Wertsteigerung des Unternehmens ausgerichtete langfristige Unternehmenssteuerung orientiert sich am erwirtschafteten Wertbeitrag. Dieser ergibt sich nach Abzug der Kosten des eingesetzten Kapitals aus der erzielten Rendite. Zur Sicherstellung dieser Zielsetzung legen wir unseren

beeinflussbaren Investitionsentscheidungen differenzierte, am jeweiligen Risiko orientierte Kapitalkostensätze zugrunde. Für die kurzfristige Steuerung des ZEAG-Konzerns werden insbesondere die finanziellen Leistungsindikatoren Umsatzerlöse, EBIT, Finanzergebnis, EBT und Investitionen sowie als nicht finanzielle Leistungsindikatoren Absatzmengen sowie die Anzahl der Mitarbeiter verwendet. Für die ZEAG Energie AG ist der Jahresüberschuss, als Basis der Dividendenfähigkeit, wesentlicher Leistungsfaktor.

1.5. Forschung und Innovation

Für ein regional tätiges Versorgungsunternehmen wie die ZEAG Energie AG sind marktfähige Lösungen eine wichtige Voraussetzung für den nachhaltigen Geschäftserfolg. Die ZEAG sieht sich in der Rolle eines Systembetreibers, d. h., durch die intelligente Verbindung und Verknüpfung marktfähiger Einzelbausteine sollen innovative Systemlösungen für unsere Kunden entstehen. F&E-Initiativen, im eigentlichen Sinne der Forschung, unternimmt die ZEAG bewusst nicht. Vielmehr betreibt die ZEAG ein Technologiemarketing in dem Sinne, dass relevante Technologien auf deren Marktfähigkeit bewertet und bei Eignung eingesetzt werden. Beispiel hierfür ist das Projekt H₂ORIZON – ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR) in Lampoldshausen. Im Rahmen dieses Projektes werden verschiedene Versorgungsmedien (Strom, Gas, Wärme, Wasserstoff) zu einem sinnvollen Gesamtsystem kombiniert. Das Projekt wird vom Land Baden-Württemberg gefördert. Ein weiteres innovatives Projekt entsteht in Heilbronn im Rahmen einer Quartiersplanung. In diesem Projekt wird die ZEAG neben Versorgungslösungen auch „smarte“ Kommunikations- und Steuerungslösungen realisieren. Wir sehen in der intelligenten Vernetzung unserer Energieanwendungen wichtige Schritte für die Energiewelt von morgen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Situation

Die Weltwirtschaft konnte im Jahr 2014 gemäß der Projektion des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 19. Januar 2015 mit +3,3% exakt dasselbe Wirtschaftswachstum wie im Vorjahr erreichen. Für die Eurozone prognostiziert der IWF im gleichen Zeitraum eine Wachstumsrate von +0,8% und damit ein Ende der rezessiven Entwicklung (Vorjahr -0,5%).

In ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2015 konstatiert die Bundesregierung der deutschen Wirtschaft eine gute Verfassung. Nach einer schwächeren Phase konnte sich die wirtschaftliche Entwicklung, getrieben von einem starken Arbeitsmarkt und einem starken Konsum, in den letzten Monaten des Jahres 2014 wieder erholen. Im

preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP) manifestiert sich dies mit einem Anstieg um 1,5% (Vorjahr +0,1%).

Versorgungsgebiet ZEAG

Die IHK Heilbronn-Franken berichtet in ihrem Wirtschafts-lagebericht für das 3. Quartal 2014, dass die Lagebeurteilung der regionalen Wirtschaft auf hohem Niveau wieder gestiegen ist. Die Beurteilung durch die Industrie, die maßgeblich die regionale Wirtschaftsentwicklung bestimmt, ist auf den höchsten Stand seit Frühjahr 2012 gestiegen. Bereinigt um wechselbedingte Veränderungen hat sich bei unseren B2B-Kunden die tendenziell verbrauchssteigernde Wirkung der positiven konjunkturellen Entwicklung nicht in einem gesteigerten Absatz bemerkbar gemacht; dieser war sogar aufgrund eines effizienteren Abnahmeverhaltens rückläufig.

Europäische Energiepolitik

Energiebinnenmarkt / Erneuerbare Energien

Anfang April 2014 veröffentlichte die EU-Kommission Beihilfeleitlinien. Für Deutschland bestanden über die avisierte Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hinaus keine Anpassungserfordernisse. Den Bedenken der Kommission wegen der Belastung importierten Grünstroms mit der EEG-Umlage ohne gleichzeitige Einbeziehung in die EEG-Förderung wurde Rechnung getragen. Im Gegenzug hat die Kommission das EEG 2014 genehmigt. Auch das im Dezember 2013 eröffnete Beihilfverfahren gegen das EEG 2012 hat die Kommission inzwischen beendet. Sie sieht es als Beihilfe an, die aber genehmigt wurde.

Nukleare Haftung und Versicherung

Im ersten Quartal 2015 wird eine nicht legislative Mitteilung zur Haftung sowie externen Notfallvorsorge im Nuklearbereich erwartet. Ziel ist die Einführung europaweiter Standards in beiden Feldern. Je nach verabschiedetem Standard können sich Haftungs- und Versicherungsaufwendungen für Betreibergesellschaften der Kernkraftwerke ändern.

Energiepolitik in Deutschland

Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Das reformierte EEG ist am 1. August 2014 in Kraft getreten. Gemäß dem Eckpunktepapier des Bundeswirtschaftsministers vom 21. Januar 2014 war ein wesentliches Ziel, die Kostendynamik des EEG zu durchbrechen und so die Steigerungen der Stromkosten für die Stromverbraucher zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde u. a. ein bisher nur für die Fotovoltaik geltender Ausbaukorridor auch auf Windenergie Onshore und Biomasse ausgeweitet, das Grünstromprivileg abgeschafft und eine EEG-Umlage auf den Eigenverbrauch eingeführt. Ab 2017 soll zudem die Förderung von erneuerbaren Energien auf ein Ausschreibungsmodell umgestellt werden. Erste Erfahrungen hierzu sollen durch einen Ausschreibungspiloten für

Fotovoltaik-Freiflächenanlagen gesammelt werden. Positiv für unsere aktuell im Bau befindlichen Anlagen ist, dass für die bis zum 31. Dezember 2015 in Betrieb gehenden WEA die Einspeisevergütung fest fixiert ist und somit hohe Planungssicherheit besteht. Für ab 2016 in Betrieb gehende WEA ist eine Basisdegression auf die Einspeisevergütung von 0,4 % je Quartal definiert. Bei einer Überschreitung des Ausbaukorridors („atmender Deckel“) kann die vierteljährliche Degression jedoch auf bis zu 1,2 % steigen. Eine weitere Verminderung der Planungssicherheit resultiert daraus, dass für ab 2016 in Betrieb gehende WEA die Vergütung komplett entfällt, wenn am Spotmarkt die Preise an mehr als sechs aufeinander folgenden Stunden negativ sind.

Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz

Die Bundesregierung hat am 3. Dezember 2014 einen nationalen Aktionsplan Energieeffizienz verabschiedet. Er dient der Umsetzung zentraler Anforderungen der EU-Energieeffizienzrichtlinie zur Verbesserung der Energieeffizienz in Deutschland sowie der Erreichung des deutschen Effizienzziels (20 % weniger Primärenergieverbrauch bis 2020 gegenüber 2008). Der Schwerpunkt dieses Aktionsplans liegt bei der Senkung des Endenergieverbrauchs, insbesondere im Wärmesektor. Die Bundesregierung plant zudem weitere Initiativen, um den Energiedienstleistungsmarkt anzukurbeln. Zu den Kernmaßnahmen des Aktionsprogramms gehören die steuerliche Förderung von energetischen Gebäudesanierungen, die Aufstockung des Gebäudesanierungsprogramms, die Einführung eines Energieeffizienzausschreibungsmodells (Schwerpunkt Strom) sowie die Ausweitung des Bürgerschaftsrahmens für Contractingverträge. Da wir im Energiedienstleistungsmarkt künftige Wachstumschancen sehen, verfolgen wir die Entwicklung hier weiterhin aufmerksam.

Grundversorgungsverordnungen Strom und Gas (StromGVV, GasGVV)

Am 30. Oktober 2014 sind die Grundversorgungsverordnungen Strom und Gas in Kraft getreten. Aufgrund der neuen und erweiterten Transparenzanforderungen führen die Novellen in der Praxis zu einem deutlichen Mehraufwand für die Vertriebe.

EEG-Umlage

Am 15. Oktober 2014 haben die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) die EEG-Umlage für das Jahr 2015 veröffentlicht. Nach dem starken Anstieg der Vorjahre wurde diese erstmals geringfügig von 6,24 ct/kWh in 2014 auf 6,17 ct/kWh in 2015 reduziert.

Energiepolitik in Baden-Württemberg

Erneuerbare-Wärme-Gesetz Baden-Württemberg (EWärmeG)

Am 9. Dezember 2014 hat der Ministerrat die Novelle des EWärmeG im Kabinett beschlossen. Das parlamentarische Verfahren zum EWärmeG soll dann im Laufe des ersten Halbjahres 2015 abgeschlossen werden. Das Gesetz soll zum 1. Juli 2015 in Kraft treten. Von der Aufnahme von Nichtwohngebäuden, der erweiterten Technologieoffenheit und der Einbeziehung eines individuellen Sanierungsfahrplans in das Gesetz könnten unsere netznahen Dienstleistungen, die auch Wärmelieferungen beinhalten, profitieren.

Windenergieausbau in Baden-Württemberg

Das Umweltministerium Baden-Württemberg berichtete in einer Pressemitteilung vom 23. Januar 2015 von einem kräftigen Anstieg der Genehmigungen für WEA in 2014. Gleichzeitig wurden in 2014 Bauanträge für 150 Anlagen gestellt, so dass den Behörden im Land zu diesem Zeitpunkt Anträge für 263 WEA mit einer Leistung von 700 MW vorlagen. Der Landesumweltminister sieht darin einen Beleg, dass die in den Vorjahren durch die Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen greifen. Der für unsere Vorhaben maßgebliche Regionalverband Heilbronn-Franken hat inzwischen seine Windplanungen im Wege von Teilfortschreibungen des Regionalplans als Satzung beschlossen. Nun bleibt zu hoffen, dass die jeweils zuständigen Genehmigungsbehörden unsere eingereichten Anträge zeitnah bescheiden.

Regulierung der Strom- und Gasmärkte

Netzentgelte Strom

Bereits im Jahr 2012 wurden im Bereich der Stromverteilung gemäß der Festlegung der Landesregulierungsbehörde Baden-Württemberg alle erforderlichen Unterlagen für die Ermittlung des Ausgangsniveaus der für die zweite Periode der Anreizregulierung anererkennungsfähigen Kosten zur Bestimmung der Erlösobergrenze fristgerecht durch uns eingereicht. Die Kostenprüfung auf Basis der Zahlen des Geschäftsjahres 2011 bildet die Grundlage für den Bescheid über die Erlösobergrenze für den Zeitraum der zweiten Periode der Anreizregulierung von 2014 bis 2018. Bislang steht der Bescheid allerdings noch aus. Gegenüber der vorläufigen Erlösobergrenze, die als Basis für die in 2014 vereinnahmten Netznutzungsentgelte verwendet wurde, können sich daher nach Vorliegen der endgültigen Erlösobergrenze noch Differenzen zugunsten bzw. zulasten des Regulierungskontos ergeben.

Intelligente Messsysteme (Smart-Meter-Systeme)

Die Einführung intelligenter Messsysteme ist in Deutschland gesetzlich verankert. Eine Kosten-Nutzen-Analyse (KNA) des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) spricht sich für einen Einbau der Smart-Meter-Systeme in definierten Fällen aus. Details sollen im Rahmen eines

Verordnungspaketes festgelegt werden. Als Teil dieses Verordnungspaketes wurde im Herbst 2013 das EU-Notifizierungsverfahren für die Messsystemverordnung abgeschlossen. Seitdem sind seitens des BMWi keine weiteren Verordnungsentwürfe zur Diskussion gestellt worden. Der aktuelle Vorhabenplan des BMWi sieht die Kabinettsvorlage für April 2015 und die Behandlung im Bundesrat für Juni 2015 vor.

Marktsituation Strom

Verbrauch

Der Brutto-Inlandsstromverbrauch in Deutschland ist 2014 gemäß den Schätzungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) vom Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahr um rund 3,8% auf 576 Terawattstunden (TWh) zurückgegangen. Nach Einschätzung der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V. (AGEB) vom 17. Dezember 2014 ist der Energieverbrauch in Deutschland insgesamt insbesondere aufgrund der milden Witterung um 4,8% zurückgegangen und erreichte damit den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Wie die AGEB berechnete, hätte der Energieverbrauch ohne Berücksichtigung des Witterungseinflusses um ca. 1% unter dem Vorjahresniveau gelegen. Vor dem Hintergrund des um 1,5% gestiegenen BIP zeigt dies die zunehmende Wirksamkeit der Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Eine bemerkenswerte, historisch zu nennende Entwicklung hat sich 2014 in der deutschen Stromerzeugung vollzogen: Erneuerbare Energien waren mit einem Anteil von 25,8% an der Bruttostromerzeugung zum ersten Mal wichtigster Energieträger im Strommix.

Strompreise für Privat- und Industriekunden

Der BDEW ermittelte in seiner Strompreisanalyse vom 2. Dezember 2014 für einen Drei-Personen-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh in 2014 monatliche Stromkosten von 84,99 € nach 84,13 € im Vorjahr. Davon entfallen 44,13 € (Vorjahr 41,69 €) auf staatlich induzierte Kosten. Die Preisbestandteile Strombeschaffung, Netzentgelte und Vertrieb reduzierten sich von 42,44 € in 2013 auf 40,86 € in 2014, wurden jedoch von den Aufwendungen für Steuern, Abgaben und Umlagen überkompensiert. Mit einem Anteil von rund 52% sind die staatlich induzierten Kosten der mit Abstand dominierende Preisbestandteil.

Auch bei den Industriekunden ermittelte der BDEW einen weiteren Anstieg der Strompreise. Wie im Vorjahr wurden die rückläufigen Beschaffungskosten an den Strommärkten durch weiter gestiegene Umlagen überkompensiert. Per Saldo ergaben sich durchschnittliche Strompreise inklusive Stromsteuer von 15,28 ct/kWh (Vorjahr 15,11 ct/kWh).

Marktsituation Gas

Verbrauch

Nach vorläufigen Schätzungen der AGEB reduzierte sich der Erdgasverbrauch in Deutschland im Zeitraum von Januar bis Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahr um etwa 14% und damit erheblich stärker als der Energieverbrauch insgesamt. Die Verbrauchsentwicklung wurde im Wesentlichen durch die milde Witterung geprägt. Zusätzlich reduzierte sich der Erdgaseinsatz in der Stromerzeugung sowie — durch Produktionsrückgänge bedingt — in der chemischen Grundstoffindustrie.

Gaspreise für Privat- und Industriekunden

Die Preise für Erdgas lagen nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahr 2014 für private Haushalte um 2,6% über dem Wert des Vorjahres; für Industriekunden verringerte sich der Preis für den Gasbezug dagegen um 4,6%.

2.2. Geschäftsverlauf

Gesamtbeurteilung zum Geschäftsverlauf des ZEAG-Konzerns

Im Geschäftsjahr 2014 konnten wichtige Weichenstellungen für die weitere Entwicklung des Konzerns erreicht werden. Mit der Vergabe der Heilbronner Stromkonzession an unsere Tochtergesellschaft Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG sowie die zwischenzeitlich vorliegenden Genehmigungen für den Bau von 15 weiteren WEA wurden wichtige Meilensteine in der Umsetzung unserer strategischen Ziele erreicht bzw. auf den Weg gebracht. Auch konnten in den stagnierenden bzw. rückläufigen Märkten der Endkundenbelieferung mit Strom und Gas weitere Absatzsteigerungen erreicht und damit Marktanteile hinzugewonnen werden. Dies hat neben Preiseffekten maßgeblich zu der deutlichen Steigerung der Umsatzerlöse auf 194,3 Mio. € (Vorjahr 181,3 Mio. €) beigetragen.

Die Ergebnisentwicklung war dagegen von gegensätzlichen Entwicklungen gekennzeichnet. Die operative Ertragskraft konnte sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber unseren Prognosen gesteigert werden. Insbesondere wegen Sondereffekten im Zusammenhang mit dem Strombezug vom GKN verlief die Ergebnisentwicklung jedoch weniger zufriedenstellend. Wie im Vorjahr war die Kostenverrechnung für den Strombezug vom GKN durch über Plan liegende Rückstellungen belastet. Während im Vorjahr insbesondere die Auswirkungen des Standortauswahlgesetzes hierfür maßgeblich waren, führten in 2014 im Wesentlichen die rückläufigen Diskontierungszinssätze zu Mehraufwendungen. Eine weitere außerordentliche Belastung resultierte aus einer Wertberichtigung auf ein Strombezugsrecht an einer sogenannten „virtuellen Kraftwerksscheibe“ auf Steinkohlebasis. Für deren Werthaltigkeit ist neben der

Kostenentwicklung insbesondere der künftige Marktwert des bezogenen Stroms maßgeblich. Die erforderliche Abschreibung zeigt, dass es im derzeitigen Marktumfeld kaum mehr möglich ist, konventionelle Kraftwerke wirtschaftlich zu betreiben.

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) erreichte 7,4 Mio. € und konnte damit das außergewöhnlich geringe Vorjahresergebnis in Höhe von 3,0 Mio. € erheblich übertreffen. Während das Beteiligungsergebnis aufgrund von Zuschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert über dem Vorjahresergebnis schließen konnte (2,2 Mio. €, Vorjahr 0,9 Mio. €), trug das Finanzergebnis mit 2,1 Mio. € (Vorjahr 4,5 Mio. €) in geringerem Umfang zum Konzernergebnis bei. Ursächlich waren hierfür geringere Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren sowie das auf die nicht beherrschten Anteile entfallende Ergebnis, das bei Personengesellschaften gemäß den Regelungen der IFRS im Finanzergebnis zu erfassen ist. Das Konzernergebnis vor Steuern (EBT) erreichte 11,8 Mio. € und schließt damit um 3,5 Mio. € über dem des Vorjahres (8,3 Mio. €).

Erkenntnisse nach dem Geschäftsjahresende, die eine abweichende Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Geschäftslage erfordern würden, liegen uns nicht vor.

Prognoseabweichungen im ZEAG-Konzern

☺ Prognose-Ist-Vergleich 2014

in Mio. €	Prognose	Ist	Abweichung
Finanzielle Leistungsindikatoren			
Umsatzerlöse	ca. 187	194,3	ca. 7,3
Operatives Ergebnis (EBIT)	ca. 12	7,4	ca. -4,6
Finanzergebnis	ca. 3,8	2,1	ca. -1,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	ca. 17	11,8	ca. -5,2
Investitionen*	ca. 35	21,8	ca. -13,2
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren			
Absatz an Endkunden im Segment Strom (GWh)	ca. 710	720	ca. 10,0
Absatz an Endkunden im Segment Gas (GWh)	ca. 263	303	ca. 40,0
Mitarbeiterkapazitäten (ohne Auszubildende) (Anzahl)	ca. 157	164	ca. 7,0

*inkl. zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte (5,1 Mio. €)

Die Prognoseabweichungen beim Umsatz, Absatz, EBIT, Finanzergebnis und EBT sind auf die in der Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs erläuterten Effekte zurückzuführen. Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen konnten nicht im vorgesehenen Umfang

realisiert werden. Ursächlich sind zum einen Verzögerungen bei dem Erwerb des Stromverteilungsnetzes unserer neuen Konzession in Leingarten. Des Weiteren kann die Erneuerung unseres Heizwerks voraussichtlich günstiger und mit Schwerpunkt in 2015 realisiert werden. Wir bieten unseren Auszubildenden eine befristete Weiterbeschäftigung an, die im vergangenen Jahr vermehrt in Anspruch genommen wurde. Darüber hinaus ist der erhöhte Personalstand auf zusätzlich geschaffene Planstellen zur Umsetzung unserer Wachstumsstrategie zurückzuführen.

2.3. Unternehmenssituation des ZEAG-Konzerns: Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

☺ Absatz und Umsatz

	2014	2013	Veränderung in %
Absatz Konzern			
in Mio. kWh			
Strom	1.121	1.191	-5,9
Gas	303	231	31,2
Umsatz Konzern			
in Mio. €			
Strom	178,5	169,6	5,2
Gas	15,8	11,7	35,0
	194,3	181,3	7,2

Der Stromabsatz verminderte sich im Berichtsjahr aufgrund rückläufiger sonstiger Lieferungen um 5,9% auf 1.121 Mio. kWh (Vorjahr 1.191 Mio. kWh). Der Stromverkauf an unsere Endkunden konnte hingegen trotz rückläufigen individuellen Verbrauchs um 2,4% auf 720 Mio. kWh gesteigert werden. Dieser Anstieg resultiert aus vermehrten Lieferungen an Industrie- und Gewerbekunden (B2B), die durch weitere Akquisitionen um 5,4% auf 471 Mio. kWh (Vorjahr 447 Mio. kWh) gesteigert werden konnten. Der Absatz an Privatkunden (B2C) erreichte mit 249 Mio. kWh trotz einer gesteigerten Kundenanzahl nicht ganz das Vorjahresniveau von 256 Mio. kWh. In diesem Kundensegment wirkte sich die sehr milde Witterung deutlich verbrauchsdämpfender aus als im B2B-Segment.

Eine besonders positive Entwicklung war im Segment Gas zu verzeichnen. Obwohl sich in diesem Segment die milde Witterung deutlich stärker verbrauchsdämpfend auswirkte als im Segment Strom, konnte der Absatz von Erdgas um 31,2% auf 303 Mio. kWh (Vorjahr 231 Mio. kWh) gesteigert werden. Diese erfreuliche Absatzsteigerung resultierte

weitestgehend aus erfolgreicher Neukundenakquise außerhalb unseres Stammgebiets. Die Mengensteigerungen konnten dabei im B2B-, insbesondere aber im B2C-Segment erreicht werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte damit der Konzernumsatz nach Abzug von Strom- und Energiesteuer um 7,2 % auf 194,3 Mio. € (Vorjahr 181,3 Mio. €) gesteigert werden. Aufgrund der überproportionalen Absatzsteigerung im Segment Gas reduzierte sich der Anteil des Außenumsatzes des Geschäftsfelds Strom am Konzernumsatz auf 91,9 % (Vorjahr 93,1 %).

Die Umsatzerlöse im Segment Strom erreichten 178,5 Mio. € (Vorjahr 169,6 Mio. €) und übersteigen damit den Vorjahreswert um 5,2 %. Maßgeblich hierfür waren die gesteigerten Erlöse aus den Stromlieferungen an die B2B- und B2C-Kunden. Neben den per Saldo höheren Mengen haben hierzu insbesondere auch die erforderlichen Preismaßnahmen zur Weitergabe der höheren staatlich induzierten Umlagen beigetragen.

Im Segment Gas konnten die Umsatzerlöse aus Gaslieferungen trotz geringfügig geringerer spezifischer Preise infolge der erheblichen Mengensteigerungen deutlich ausgeweitet werden. Zusätzlich trugen auch die Netzentgelte für die Nutzung unserer Gasnetze, die im Vorjahr durch periodenfremde Erlösschmälerungen beeinflusst wurden, zu den gesteigerten Umsatzerlösen bei. Insgesamt erhöhten sich im Bereich Gas die Umsatzerlöse um 35,0 % auf 15,8 Mio. € (Vorjahr 11,7 Mio. €). Die dabei verrechneten intrasegmentären Umsatzerlöse aus der Belieferung des Heizwerks der ZEAG durch die GU reduzierten sich im Berichtsjahr mengenbedingt auf 1,2 Mio. € (Vorjahr 1,4 Mio. €).

Kostenentwicklung

Sowohl die Strombezugs- als auch die Gasbezugskosten prägten als die wesentlichen Kostentreiber im Berichtsjahr die Entwicklung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wiederum maßgeblich.

Die Aufwendungen für den Strombezug haben sich im Berichtsjahr gegenläufig entwickelt. Insbesondere geringere Bezugsmengen aufgrund rückläufiger sonstiger Lieferungen und in geringerem Umfang die rückläufigen Notierungen an den Strommärkten führten zu Kostenminderungen. Die weiter gestiegene EEG-Umlage sowie vermehrte Strom einspeisung nach dem EEG in unser Stromverteilungsnetz überkompensierten diese Kostenminderungen jedoch, so dass sich die Strombezugsaufwendungen per Saldo auf 120,7 Mio. € (Vorjahr 118,7 Mio. €) erhöhten. Wie bereits erläutert, war die Kostenverrechnung für unseren Erzeugungsanteil am GKN außerordentlich belastet. Dies war maßgeblich für die Prognoseabweichungen im Berichtsjahr. Aufgrund ähnlicher außerordentlicher Effekte im Vorjahr reduzierten sich die Bezugskosten im Vorjahresvergleich jedoch geringfügig.

Die Entwicklung der Gasbezugskosten wurde bei geringfügig rückläufigen Bezugspreisen maßgeblich durch die deutlich gestiegene Bezugsmenge bestimmt; die diesbezüglichen Aufwendungen erhöhten sich um rund 1,8 Mio. € auf 8,7 Mio. € (Vorjahr 6,9 Mio. €).

Die weiteren Materialaufwendungen wurden insbesondere von den Aufwendungen für die Netznutzung geprägt. Diese sind sowohl gegenüber den vorgelagerten Netzbetreibern als auch wegen der vermehrten Inanspruchnahme fremder Netze aufgrund der Ausweitung unserer vertrieblichen Aktivitäten insgesamt um 4,1 Mio. € auf 17,0 Mio. € (Vorjahr 12,9 Mio. €) gestiegen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr auf 14,7 Mio. € (Vorjahr 14,1 Mio. €). Bei einer moderaten Erhöhung der Vergütungstarife zum 1. Januar 2014 um 0,8 % waren für diesen Anstieg insbesondere die im Jahresdurchschnitt höhere Anzahl von Mitarbeitern sowie erhöhte Aufwendungen für die Altersversorgung ursächlich.

Bei den Abschreibungen ist der Anstieg um 2,0 Mio. € auf 9,6 Mio. € (Vorjahr 7,6 Mio. €) ausschließlich auf die außerplanmäßige Abschreibung auf ein konventionelles Strombezugsrecht („virtuelle Kraftwerksscheibe“) zurückzuführen. Maßgeblich für die Werthaltigkeit ist vor allem der künftige Marktwert der diesbezüglichen Strombezüge, der aufgrund der rückläufigen Terminmarktpreise zu einem Wertberichtigungsbedarf führte. Per 30. Juni 2014 ergab sich noch ein Wertberichtigungsbedarf von 3,1 Mio. €. Nach finaler Bewertung zum 31. Dezember 2014 und unter Berücksichtigung der aktuellen Diskontierungszinssätze reduzierte sich der Wertberichtigungsbedarf auf 2,0 Mio. €.

Die Entwicklung der übrigen Aufwendungen und Erträge trug ebenfalls zur Ergebnisverbesserung bei. Die um 1,1 Mio. € auf 5,7 Mio. € (Vorjahr 4,6 Mio. €) erhöhten sonstigen Erträge waren insbesondere durch Erträge aus Anlagenabgängen begünstigt. Die sonstigen Aufwendungen konnten mit 8,8 Mio. € (Vorjahr 8,8 Mio. €) auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis konnte im Berichtsjahr einen erheblich gesteigerten Beitrag zum Konzernergebnis leisten und mit 2,2 Mio. € den Vorjahreswert von 0,9 Mio. € um 1,3 Mio. € übertreffen. Neben einer höheren Ausschüttung aus unserer Beteiligung am Offshore-Windpark Baltic 1 war hierfür im Wesentlichen eine Zuschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der at equity in den Konzernabschluss einbezogenen Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG ursächlich. Aufgrund des rückläufigen Diskontierungszinssatzes konnten hier die Wertminderungen der Vorjahre aufgeholt werden.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis ging im Berichtsjahr um 2,4 Mio. € auf 2,1 Mio. € (Vorjahr 4,5 Mio. €) zurück. Dieser Rückgang ist vor allem auf geringere Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren zurückzuführen. Daneben führten die Ergebnisanteile der nicht beherrschten Anteile bei Personengesellschaften zu entsprechend erhöhten Finanzaufwendungen. Durch den diesbezüglichen Ergebnisanteil an der Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG waren 0,6 Mio. € Zinsaufwand zu erfassen.

Finanzlage

Investitionen

Die Investitionen des ZEAG-Konzerns werden in „Muss-Investitionen“ und „Kann-Investitionen“ unterteilt. Dabei stellen grundsätzlich alle Investitionen im Bereich der Strom- und Gasverteilernetze „Muss-Investitionen“ dar. Die Verpflichtungen aus dem EnWG und den diesbezüglichen Verordnungen sowie die Regelungen der Konzessionsverträge sind dabei ursächlich für die Investitionsentscheidungen. Interne Regelungen im Rahmen der wertorientierten Unternehmensführung, wie z. B. die Abhängigkeit der Investitionsfreigabe vom Ergebnis einer Wirtschaftlichkeitsrechnung, greifen hier nicht. Gleichwohl werden anstehende Maßnahmen intensiv auf deren Notwendigkeit geprüft und nach den Gesichtspunkten Personensicherheit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und unter Berücksichtigung der Vorgaben der Regulierungsbehörde optimiert.

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen sowie zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte des Konzerns konnten im Geschäftsjahr 2014 um 12,1 Mio. € auf 21,8 Mio. € (Vorjahr 9,7 Mio. €) gesteigert werden.

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen einschl. der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte im Geschäftsfeld Strom konnten mit 21,1 Mio. € (Vorjahr 8,8 Mio. €) mehr als verdoppelt werden. Im Bereich der Stromverteilung wurden dabei in die Erneuerung und den Ausbau der Anlagen 11,2 Mio. € (Vorjahr 6,9 Mio. €) investiert. Die größte Einzelmaßnahme stellte dabei der Neubau des Umspannwerks Salzwerkplatz einschließlich der 110 kV-Kabellegungen mit 5,7 Mio. € dar. Im Berichtsjahr konnten die Investitionen in den zukunftsgerichteten Ausbau unserer Erzeugungskapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien mit 7,7 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €) über unsere Planungen hinaus forciert werden. Davon sind 5,1 Mio. € für die WEA in Ilshofen-Ruppertshofen angefallen, die aufgrund der beabsichtigten Einbringung in eine gemeinsame Gesellschaft mit der Stadt Heilbronn als „zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ auszuweisen war. Weiterer

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit stellte ferner der Neubau unseres Heizwerks in der Badstraße, Heilbronn, dar, in das 1,6 Mio. € investiert wurden.

In den weiteren Ausbau und die Verdichtung des Gasverteilernetzes der GU investierten wir 0,7 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €). Investitionsschwerpunkt war wie im Vorjahr die Herstellung von Hausanschlüssen.

Die um außerplanmäßige Effekte korrigierten Abschreibungen lagen im Berichtsjahr mit 7,6 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Die Investitionen konnten somit zu 34,9 % (Vorjahr 78,3 %) aus den bereinigten Abschreibungen finanziert werden.

Kapitalflussrechnung

Trotz des verbesserten Ergebnisses verminderte sich im Berichtsjahr der Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit von 26,3 Mio. € auf 16,9 Mio. €. Im Vorjahr war der Anstieg des Cashflows insbesondere auf eine starke Ausweitung (19,4 Mio. €) des Working Capital zurückzuführen, das im Berichtsjahr nur in moderatem Umfang (2,4 Mio. €) zum Cashflow beitrug.

Im Berichtsjahr konnte aus dem Cashflow der Investitionstätigkeit ein Mittelzufluss in Höhe von 3,8 Mio. € (Vorjahr 10,7 Mio. €) generiert werden. Die Mittelabflüsse für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen einschließlich der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte erhöhten sich auf 21,8 Mio. € (Vorjahr 9,7 Mio. €). Gegenläufig hierzu führten der Saldo aus den Ein- und Auszahlungen für Finanzinvestitionen und die Rückzahlungen von Finanzmittelanlagen aus der kurzfristigen Finanzmitteldisposition zu entsprechenden Mittelzuflüssen.

Auch der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit führte im Berichtsjahr zu einem Mittelzufluss. Dem Mittelabfluss für die unveränderte Dividende von 3,00 € je Aktie stand insbesondere ein Mittelzufluss aus nicht beherrschenden Minderheitenanteilen bei der Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG in Höhe von 17,4 Mio. € gegenüber. Per Saldo ergab sich unter Berücksichtigung von Ausgaben für Zinsen ein Mittelzufluss von 5,7 Mio. € (Vorjahr Mittelabfluss 11,4 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2014 finanzierte sich der Konzern überwiegend aus seiner betrieblichen Tätigkeit. Er war jederzeit ausreichend finanziert und damit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt nachzukommen. Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich der Finanzmittel bestehen nicht. Von der freien Kreditlinie über insgesamt 5,0 Mio. €, die insbesondere zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen vereinbart ist, waren zum Bilanzstichtag 1,0 Mio. € für Avalkredite in Anspruch genommen.

Vermögenslage

Per 31.12.2014 beträgt die Bilanzsumme des Konzerns 373,7 Mio. € und hat sich damit gegenüber der des Vorjahres von 351,4 Mio. € um 6,3 % erhöht.

Auf der Aktivseite erhöhten sich im Wesentlichen die kurzfristigen Vermögenswerte. Bei den langfristigen Vermögenswerten stehen den investitionsbedingt gestiegenen Sachanlagen insbesondere rückläufige Finanzanlagen und abschreibungsbedingt geringere immaterielle Vermögenswerte gegenüber. Bei den kurzfristigen Vermögenswerten, die sich weiter um 18,1 Mio. € auf 130,4 Mio. € (Vorjahr 112,3 Mio. €) erhöhten, ist hierfür vor allem der auf 87,9 Mio. € (Vorjahr 61,4 Mio. €) erhöhte Bestand an Zahlungsmitteln ursächlich.

Rückläufige Gewinnrücklagen, aber auch die kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen führten auf der Passivseite zu einem auf 213,2 Mio. € (Vorjahr 223,8 Mio. €) reduzierten Eigenkapital. Neben der unveränderten Ausschüttung von 11,3 Mio. €, die wiederum über dem Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres lag, führte insbesondere die erhöhte Rückstellungszuführung aufgrund der weiteren Absenkung des Diskontierungssatzes bei den Rückstellungen für Altersversorgung zu einer entsprechenden Aufstockung der kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen. Sowohl bei den langfristigen wie auch den kurzfristigen Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ist dagegen ein Anstieg zu verzeichnen. Bei den langfristigen Schulden ist dies auf die bereits erläuterte Zuführung zu den Rückstellungen für Altersversorgung, aber auch die erhöhten finanziellen Verbindlichkeiten zurückzuführen. Die kurzfristigen Schulden erhöhten sich vor allem aufgrund erhöhter Ertragsteuerschulden auf 50,8 Mio. € (Vorjahr 43,6 Mio. €). Ursächlich hierfür ist vor allem das stark verbesserte handelsrechtliche Ergebnis im ZEAG-Einzelabschluss, das zu entsprechenden Ertragsteueraufwendungen geführt hat. Das bilanzielle Fremdkapital erreichte insgesamt 160,5 Mio. € (Vorjahr 127,6 Mio. €) und überschreitet damit den entsprechenden Stand des Vorjahres um 25,8 %.

Die Eigenkapitalquote verringerte sich zum 31.12.2014 auf 57,1 % (Vorjahr 63,7 %). Der Kapitaldeckungsgrad des langfristig gebundenen Vermögens ging im Verhältnis zum Eigenkapital auf 87,6 % (Vorjahr 93,6 %) zurück. Der auf das langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehende Kapital bezogene Deckungsgrad erhöhte sich hingegen auf 132,7 % (Vorjahr 128,7 %). Die gegenläufigen Veränderungen der vorgenannten Kapitalquoten im Berichtsjahr sind insbesondere den bilanziellen Auswirkungen der neu gegründeten und in den Konzern einbezogenen Stromnetzgesellschaft Heilbronn geschuldet. Als Personengesellschaft sind die nicht beherrschten Anteile als langfristige Fremdmittel auszuweisen. Insgesamt sind durch die diesbezüglich erfolgten Transaktionen dem Konzern Mittel zugeflossen, so dass die finanziellen Möglichkeiten für die

Finanzierung der geplanten Wachstumsinvestitionen, insbesondere für Windenergieanlagen in der Region Heilbronn-Franken, zusätzlich gesteigert wurden.

Die außerbilanziellen Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen, die als Bestellobligos erfasst wurden, erhöhten sich im Berichtsjahr weiter von 6,6 Mio. € auf 17,1 Mio. € und reflektieren die deutlich zunehmende Investitionstätigkeit. Die Finanzierung der diesbezüglichen Projekte ist aus den vorhandenen liquiden Mitteln vorgesehen.

Die Eventualverbindlichkeiten aus personalwirtschaftlichen Verpflichtungen (7,8 Mio. €, Vorjahr 9,7 Mio. €) betreffen ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ZEAG, die überwiegend zum 1. Januar 2013 zur NHF überführt wurden. Nach den im Berichtsjahr erfolgten vertraglichen Regelungen zur Stromkonzession in Heilbronn bleibt die NHF weiterhin Netzbetreiber auch für das Verteilnetz in der Stadt Heilbronn, so dass eine Inanspruchnahme aus heutiger Sicht nicht abzusehen ist.

Mitarbeiter

Die Zahl der im Konzern am 31.12.2014 Beschäftigten lag einschließlich der Auszubildenden mit 201 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr 187) deutlich über dem Vorjahresstand. Zum Jahresende standen 25 junge Menschen im ZEAG-Konzern in einem Ausbildungsverhältnis, davon zwei Studenten, die in Kooperation mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) ein duales Studium absolvieren. Damit halten wir unsere Ausbildungsaktivitäten weiterhin auf einem sehr hohen und deutlich über unserem betrieblichen Bedarf liegenden Niveau. Der Anstieg des Personalstands resultierte zum einen aus der zugesicherten, befristeten Weiterbeschäftigung ehemaliger Auszubildender. Dies führte unter anderem zu einem Anstieg der befristeten Arbeitsverhältnisse auf 9 (Vorjahr 3). Daneben wurden zur Umsetzung unserer ambitionierten Wachstumsstrategie neue Planstellen geschaffen. Dass diese problemlos mit qualifiziertem Personal besetzt werden konnten, zeigt, dass wir im Wettbewerb um qualifiziertes Personal als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werden.

Personalstand 31.12.

	2014	2013
Mitarbeiter / -innen	176	165
Auszubildende (inkl. DHBW-Studenten)	25	22
	201	187

Unsere innerbetrieblichen und externen Weiterbildungsmöglichkeiten orientieren sich sowohl an den Erfordernissen der Entwicklung des jeweiligen Berufsfeldes als auch

an den gesetzlichen Vorgaben und dem individuellen Fortbildungsbedarf unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang räumen wir auch der Arbeitssicherheit und dem Umweltschutz, der als fester Bestandteil in die Berufsausbildung integriert ist, eine hohe Priorität ein.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,3 % auf 14,7 Mio. € (Vorjahr 14,1 Mio. €). Dieser Anstieg resultierte insbesondere aus der im Jahresdurchschnitt erhöhten Anzahl von Mitarbeitern. Zusätzlich haben zu diesem Anstieg auch die von den Tarifpartnern vereinbarte Erhöhung der Vergütungen zum 1. Januar 2014 um 0,8 % sowie erhöhte Aufwendungen für die Altersversorgung beigetragen.

Der Rechnungszinsfuß zur Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde auch im Geschäftsjahr 2014 der allgemeinen Zinsentwicklung angepasst und von 3,75 % auf 2,2 % gesenkt.

Umwelt- und Energiemanagement

Als bedeutendes regionales Wirtschaftsunternehmen bekennen wir uns zu unserer besonderen Mitverantwortung für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Es ist unser Bestreben, die Wünsche der Menschen, die Belange der Umwelt und die Interessen unseres Unternehmens in Einklang zu bringen. Damit sind der Umweltschutz und der ressourcenschonende Energieeinsatz zum verbindlichen Bestandteil unserer unternehmerischen Aktivitäten geworden. Wirtschaftlicher Erfolg und ökologische Verantwortung sind für uns kein Widerspruch.

Wir binden unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv in das Energie- und Umweltmanagement unseres Unternehmens ein. Jährliche Pflichtschulungen stellen sicher, dass die Sensibilität für das Thema Energie und Umwelt erhalten bleibt. Nur wenn die energie- und umweltbewusste Einstellung von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verinnerlicht wird, können Maßnahmen ihr volles Potenzial entfalten. Das Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt auf allen Ebenen auszubauen und zu fördern, ist eine ständige Führungsaufgabe.

Es ist uns eine Verpflichtung, alle relevanten Energie- und Umweltgesetze einzuhalten. Mit Kunden, Behörden und der Öffentlichkeit führen wir einen offenen Dialog. Wir wirken auf unsere Vertragspartner ein, nach gleichwertigen Umweltleitlinien zu verfahren. Den Stand des Umweltschutzes und die hierzu notwendigen technischen und organisatorischen Verfahren im ZEAG-Konzern bewerten wir kontinuierlich. Regelmäßige interne und externe Audits lassen uns Schwachstellen frühzeitig erkennen, die wir durch geeignete Maßnahmen umgehend beheben. Damit praktizieren wir eine kontinuierliche Verbesserung unserer Prozesse. Das jährlich durchgeführte externe Audit durch GUTcert bescheinigt uns seit Jahren, dass wir die

Elemente der Norm ISO 14001 umsetzen. Mit der Einführung eines Energiemanagements entsprechend der ISO 50001 werden wir zukünftig auch ein effizientes Instrument zur energetischen Ressourcenschonung im Unternehmen etablieren.

2.4. Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG: Finanzlage, Vermögenslage, Ergebnis und Dividendenvorschlag

Tätigkeitsabschlüsse gem. § 6b EnWG

Gemäß dem Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) haben vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen in ihrer internen Rechnungslegung jeweils getrennte Konten zu führen und für jede ihrer Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG einen gesonderten Tätigkeitsabschluss aufzustellen. Die ZEAG Energie AG ist dabei in den Tätigkeitsbereichen „Elektrizitätsverteilung“ sowie „Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“ tätig. Der Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ umfasst die wirtschaftliche Nutzung des Eigentumsrechts an dem Elektrizitätsversorgungsnetz der ZEAG Energie AG durch dessen Verpachtung an die 100 %ige Tochtergesellschaft NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH (NHF). Die Erzeugung und der Vertrieb von elektrischer Energie sowie die Erbringung von Netz- und netznahen Dienstleistungen werden in den „Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“ erfasst. Vermögen und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen werden den Tätigkeiten auf Basis von Konten und Geschäftsbereichen direkt zugeordnet. Nur in Fällen, in denen dies nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, werden sachgerechte Schlüsselungen oder Kostenumlagen vorgenommen. Die im Anhang der Gesellschaft genannten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden finden auch bei den Tätigkeitsabschlüssen entsprechende Anwendung. Die Tätigkeitsabschlüsse werden gemeinsam mit dem geprüften Jahresabschluss beim Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht.

Zusammengefasster Lagebericht

Der Lagebericht der ZEAG Energie AG wird mit dem des ZEAG-Konzerns gem. §§ 315 Abs. 3 und 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst. Der Geschäftsverlauf, die wirtschaftliche Lage sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des ZEAG-Konzerns weichen nicht wesentlich vom Geschäftsverlauf, der wirtschaftlichen Lage sowie den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der ZEAG Energie AG ab.

Unternehmenssituation

Die Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG wurde im Geschäftsjahr 2014 überwiegend durch das Geschäftssegment Strom geprägt. Die vorstehenden Erläuterungen zum ZEAG-Konzern beschreiben deshalb, soweit diese

den Strombereich darstellen, auch die Geschäftsentwicklung der ZEAG Energie AG.

Investitionen

Nach 7,1 Mio. € im Vorjahr wurden im Berichtsjahr 10,1 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert.

Die Investitionstätigkeit für den Ausbau und die Erneuerung unseres Stromverteilungsnetzes (1,3 Mio. €, Vorjahr 6,2 Mio. €) reduzierte sich erheblich. Aufgrund der Einbringung der Heilbronner Stromverteilungsanlagen in die Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG fallen in diesem Bereich nur noch geringere Investitionen an. Den Schwerpunkt im Berichtsjahr bildeten neben den Investitionen zur Erneuerung des Heizwerks insbesondere die Investitionen in Erzeugungskapazitäten im Bereich der Erneuerbaren Energien (6,6 Mio. €, Vorjahr 0,1 Mio. €). Das Bestellobligo für Sachanlagen zum 31. Dezember 2014 betrug 11,0 Mio. € (Vorjahr 4,9 Mio. €) und wird wie bei den Erläuterungen zum Konzern ausgeführt finanziert.

Finanzlage

Die Finanzlage im Konzern wird maßgeblich durch die Finanzierungskraft der ZEAG Energie AG beeinflusst.

Die Gesellschaft finanzierte sich im Geschäftsjahr 2014 überwiegend aus der betrieblichen Tätigkeit. Sie war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, und war damit ausreichend finanziert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft erhöhte sich zum 31. Dezember 2014 um 0,3 % auf 275,8 Mio. € (Vorjahr 275,0 Mio. €). Auf der Aktivseite reduzierte sich das Sachanlagevermögen aufgrund der Einbringung bzw. Veräußerung der Heilbronner Netzanlagen auf 25,4 Mio. € (Vorjahr 62,9 Mio. €). Dieser Rückgang konnte durch höhere Finanzanlagen, insbesondere Anteile an verbundenen Unternehmen, Forderungen sowie Guthaben bei Kreditinstituten überkompensiert werden. Das Eigenkapital erhöhte sich von 166,5 Mio. € auf 176,7 Mio. € und erreichte damit eine Eigenkapitalquote von 64,1 % (Vorjahr 60,5 %).

Ertragslage

⊖ Absatz und Umsatz

	2014	2013	Veränderung in %
Absatz in Mio. kWh			
Strom	1.091	1.170	-6,8
Umsatz in Mio. €			
Strom	142,9	139,5	2,4
Pacht und Dienstleistungen	17,2	26,6	-35,3
	160,1	166,1	-3,6

Die Entwicklungen bei Stromabsatz und Stromumsatz entsprechen bezüglich der Lieferungen an unsere B2B- und B2C-Kunden denen des ZEAG-Konzerns. Ursächlich für den gegenüber dem Konzern geringeren Stromabsatz sind insbesondere die im Konzernabsatz enthaltenen Lieferungen von EEG-Strom unserer Tochtergesellschaft NHF an den Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW GmbH. Die Erlöse aus Pacht und Dienstleistungen werden im Wesentlichen durch die der NHF überlassenen Pachtgegenstände und den entsprechenden Beauftragungen unserer Netzgesellschaft NHF beeinflusst. Aufgrund der erläuterten Einbringung bzw. Veräußerung der Heilbronner Stromverteilungsanlagen an die Stromnetzgesellschaft Heilbronn sind diesbezügliche Erlöse ab dem 1. Juni 2014 nur noch in deutlich vermindertem Umfang angefallen.

Das EBIT (Ergebnis vor Beteiligungs- und Finanzergebnis und Steuern) konnte im Berichtsjahr um 5,2 Mio. € auf 15,0 Mio. € (Vorjahr 9,8 Mio. €) gesteigert werden. Maßgeblich für diesen deutlichen Anstieg waren insbesondere Erträge aus Anlagenabgängen, die im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Veräußerung von Netzanlagen an die Stromnetzgesellschaft Heilbronn generiert wurden. Gegenläufig waren hingegen der wiederum erhöhte Aufwand für den Strombezug aus dem GKN sowie Wertberichtigungen auf das Strombezugsrecht an einer virtuellen Kraftwerksscheibe.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) erreichte 27,5 Mio. € und liegt damit um 13,4 Mio. € über dem entsprechenden Vorjahreswert von 14,1 Mio. €. Ursächlich für die gegenüber dem EBIT überproportionale Steigerung war ein verbessertes Beteiligungsergebnis, das insbesondere durch die Veräußerung von Anteilen an der Stromnetzgesellschaft Heilbronn außerordentlich begünstigt war. Nach Verrechnung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag wird ein um 8,7 Mio. € erhöhter Jahresüberschuss von 21,6 Mio. € (Vorjahr 12,9 Mio. €) ausgewiesen.

Prognoseabweichungen Einzelabschluss

Im Geschäftsbericht 2013 haben wir für das Berichtsjahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von rund 179 Mio. € sowie ein Ergebnis vor Steuern von rund 17 Mio. € prognostiziert. Der Geschäftsverlauf 2014 entsprach bezüglich der operativen Entwicklung sowie außerordentlichen Belastungen aus dem Strombezug GKN sowie Wertberichtigungen für ein konventionelles Strombezugsrecht weitgehend dem des Konzerns. Im Einzelabschluss wurden diese durch Effekte aus der Gründung der Stromnetzgesellschaft Heilbronn und der Einbringung der Heilbronner Netzanlagen überlagert. Hierdurch wurden nur noch in geringerem Umfang Umsatzerlöse aus Pacht und Dienstleistungen realisiert, so dass sich diese gegenüber der Prognose um 16,9 Mio. € auf 160,1 Mio. € verminderten. Das erwartete Ergebnis vor Steuern wurde hingegen mit 27,5 Mio. € um rund 10,5 Mio. € übertroffen. Die erläuterten außerordentlichen Belastungen konnten dabei durch die im Zusammenhang mit dem Netzübergang gehobenen stillen Reserven überkompensiert werden.

Dividendenvorschlag

Vorstand und Aufsichtsrat werden den Aktionären auf der am 12. Mai 2015 stattfindenden Hauptversammlung vorschlagen, für das Geschäftsjahr 2014 eine Dividende in Höhe von 2,90 € (Vorjahr 3,00 €) je Inhaber-Stückaktie auszuschütten. Mit diesem Dividendenvorschlag möchten wir unsere Aktionäre an der erfreulichen Entwicklung des Jahresüberschusses nach den Bestimmungen des HGB (handelsrechtlicher Einzelabschluss der ZEAG Energie AG) partizipieren lassen. Dies ist vor allem auf die Aufdeckung stiller Reserven durch den teilweisen Verkauf der Heilbronner Netzanlagen an die im Berichtsjahr gegründete Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG zurückzuführen.

3. Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand der ZEAG Energie AG hat für das Geschäftsjahr 2014 gemäß § 312 AktG wiederum einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) erstellt, der mit folgender Erklärung schließt:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Es wurden keine Maßnahmen auf Veranlassung der unmittelbar oder mittelbar herrschenden Unternehmen getroffen oder unterlassen, durch die die ZEAG Energie AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen benachteiligt wurden.“

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns bzw. der Gesellschaft sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2014 nicht eingetreten.

5. Risiko- und Chancenbericht

5.1. Grundsätze und Struktur des Risiko- und Chancenmanagements

Unternehmerisches Handeln ist in einem durch zunehmenden Wettbewerb und politische Einflüsse sowie technischen Wandel geprägten Marktumfeld untrennbar mit Risiken verbunden. Wir definieren den Begriff Risiko bzw. Chance als Ereignis oder Mehrzahl von Ereignissen, die künftig negative oder positive Abweichungen auf unsere gesetzten Ziele entfalten können. Risiken können entweder aus grundsätzlich kalkulierbaren, aber dennoch der Zufälligkeit unterliegenden oder aus nicht vorhersehbaren Ereignissen entstehen. Chancen können aus Änderungen der Rahmenbedingungen oder innerhalb der einzelnen Geschäftstätigkeit entstehen. Chancen sind oftmals auch die Gegenpositionen der entsprechenden Risiken.

Die Bewertung von Risiken und Chancen erfolgt in der Regel anhand von drei Szenarien — Kleinst-, Mittel- und Höchstschaden bzw. Chance — wobei für jedes Szenario eine Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und der jeweilige Risiko- bzw. Chancenwert ermittelt wird. Die ermittelten Werte stellen dabei Nettowerte dar, da bei der Wertermittlung risikobegrenzende Maßnahmen berücksichtigt werden. Ein Ziel der Unternehmensführung bzw. -steuerung ist dabei, bestandsgefährdende Risiken von vorne herein zu vermeiden.

Wir begegnen den Risiken mit einem umfassenden Risikomanagementansatz als festem Bestandteil unseres Unternehmenssteuerungsmodells. Der ZEAG-Konzern orientiert sich dabei an dem Risikomanagementsystem des EnBW-Konzerns und nutzt für seine Zwecke die diesbezüglichen Instrumente wie z. B. die IT-Tools. Die an unsere Verhältnisse angepassten Regelungen des EnBW-Konzerns und unser Risikomanagementhandbuch sind als verbindliche Richtlinie für den ZEAG-Konzern implementiert. Der Risikomanagementprozess ermöglicht unter Nutzung des internen Kontrollsystems (IKS) die regelmäßige Identifizierung, Bewertung und Dokumentation von Risiken und versetzt die Unternehmensleitung in die Lage, bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen. Die Wirksamkeit unseres Risikofrüherkennungssystems wird durch jährliche Risikoinventuren überprüft und laufend aktualisiert bzw. an sich verändernde Risikopositionen angepasst. Das Risikofrüherkennungssystem wird auch im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung

beurteilt. Der grundsätzliche Betrachtungshorizont des Risikomanagements erstreckt sich dabei über den mittel- bis langfristigen Planungszeitraum von 2015 bis 2017.

Aufgrund inhaltlicher Nähe der Themen Risikomanagement und internes Kontrollsystem (IKS) hat die ZEAG ein vollständig verzahntes System, das integrierte Risiko- und Chancenmanagement (iRM), eingerichtet. Das iRM orientiert sich an dem international etablierten COSO-II-Rahmenwerk als Standard für unternehmensweites Risikomanagement. Das iRM hat zum Ziel, in einem ganzheitlichen und integrierten Ansatz eine wirksame und effiziente Identifikation, Bewertung, Steuerung der Risiken und Chancen (inklusive Überwachung) und Berichterstattung über die Risiko-/Chancenlage sowie über die Angemessenheit und Funktionsfähigkeit der Prozesse zu gewährleisten.

5.2. Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems

Neben dem in den Geschäftsprozessen verankerten IKS ist bei der ZEAG ein rechnungslegungsbezogenes IKS etabliert, das eine ordnungsgemäße und verlässliche Finanzberichterstattung sicherstellen soll. Das rechnungslegungsbezogene IKS der ZEAG orientiert sich prozessual und systemseitig wie die übrigen Risikomanagementsysteme an der diesbezüglichen Infrastruktur des EnBW-Konzerns. Die Wirksamkeit dieses IKS wird durch eine regelmäßige Prüfung der Eignung und Funktionsfähigkeit der konzernweiten Kontrollmechanismen auf Einzelgesellschafts- sowie Konzernebene gewährleistet. Sind bestehende Kontrollschwächen identifiziert und ist ihre Relevanz für den Jahresabschluss erörtert, werden sie zeitnah behoben. Basis der rechnungslegungsbezogenen IKS-Methodik ist der COSO-Standard, ein international etablierter Rahmen für interne Kontrollsysteme.

Sofern die Kontrollmechanismen einen standardisierten und überwachten Reifegrad erreichen und keine wesentlichen Kontrollschwächen vorhanden sind, wird das rechnungslegungsbezogene IKS als wirksam eingestuft. Der Reifegrad ergibt sich aus dem unternehmensinternen Verständnis von diesem IKS als sinnvollem Instrument der Risikovorsorge und dem Umsetzungsgrad der konzernweiten Methodik in den Konzerngesellschaften. Die Wesentlichkeit von Kontrollschwächen bemisst sich an der Eintrittswahrscheinlichkeit und dem Umfang einer möglichen Falschaussage im Verhältnis zu den betroffenen Jahresabschlussposten. Als ein Teil des rechnungslegungsbezogenen IKS definiert das rechnungslegungsbezogene Risikomanagementsystem Maßnahmen zur Identifizierung und Bewertung von Risiken, die das Ziel eines regelkonformen Jahresabschlusses gefährden. Trotz dieses etablierten IKS besteht keine absolute Sicherheit in Bezug auf die Zielerreichung sowie die Vollständigkeit. Die Leistungsfähigkeit dieses IKS kann in Einzelfällen durch unvorhergesehene

Veränderungen im Kontrollumfeld, kriminelle Handlungen oder menschliche Fehler beeinträchtigt werden.

Der ZEAG-Konzern verfügt über einen IKS-Verantwortlichen. Dieser überwacht die Wirksamkeit des IKS und bewertet aufgetretene Kontrollschwächen. Ein risikoorientiertes Auswahlverfahren definiert dabei die wesentlichen Jahresabschlussposten und Prozesse einschließlich erforderlicher Kontrollen. Grundlage dieses Auswahlverfahrens sind quantitative und qualitative Risikoindikatoren. Jährlich wird ein Wirksamkeitsbericht erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird.

Die Vollständigkeit und Konsistenz der Jahresabschluss-erstellung und -offenlegung wird durch standardisierte Prozesse sichergestellt. Das rechnungslegungsbezogene IKS definiert die Kontrollen zur Einhaltung der Konzernbilanzierungsrichtlinien sowie der Verfahrensanweisungen und Zeitpläne der einzelnen Rechnungslegungsprozesse. Ein jährlicher Regelkreislauf überwacht die Aktualität der Dokumentation, die Eignung sowie die Funktionalität der Kontrollen; zudem identifiziert und bewertet er auftretende Kontrollschwächen. Ein risikoorientiertes Auswahlverfahren definiert die wesentlichen Jahresabschlussposten und Prozesse einschließlich Kontrollen. Grundlagen für dieses Auswahlverfahren sind quantitative und qualitative Risikoindikatoren. Ein zentrales Dokumentationssystem erfasst die definierten Prozesse und Kontrollen. Im Anschluss wird die Wirksamkeit dieser Kontrollaktivitäten beurteilt. Hierbei wird analysiert, ob die Kontrollaktivitäten grundsätzlich geeignet sind, die Risiken einer fehlerhaften Finanzberichterstattung zu reduzieren. Zudem wird durch eine regelmäßige Überwachung der Kontrolldurchführung und deren Dokumentation die Funktionsfähigkeit der festgelegten Kontrollen überprüft. Werden Kontrollschwächen festgestellt, schließt sich eine Bewertung der Auswirkungen auf den Jahresabschluss an. Die Ergebnisse fließen in die Risikoberichterstattung ein.

5.3. Risiko- und Chancenlage

Wie bereits erläutert, beziehen sich der grundsätzliche Betrachtungs- und insbesondere der Bewertungshorizont der Risiken und Chancen auf den dreijährigen Zeitraum der jeweiligen Mittelfristplanung. Bei der Beurteilung der nachfolgend aufgeführten Risiken bzw. deren Chancen wird, sofern eine monetäre Bewertung möglich ist oder durchgeführt wurde, insbesondere deren mögliche Auswirkung auf die Zielerreichung im Prognosejahr 2015 analysiert. Sofern nicht explizit auf den Gasvertrieb oder die Gasverteilung verwiesen wird, sind alle nachfolgend aufgeführten Risiken dem Segment Strom zuzuordnen. Falls sich unsere Einschätzung zur Chancen- und Risikenausprägung gegenüber dem Vorjahr geändert hat, wird darauf jeweils verwiesen.

Zins- und Inflationsentwicklung

Im Berichtsjahr erforderte die rückläufige Zinsentwicklung eine weitere Reduzierung des Diskontierungszinssatzes für Pensionsverpflichtungen. Die daraus resultierende Erhöhung des Barwerts der Pensionsrückstellungen war u. a. für die rückläufige Eigenkapitalquote ursächlich. Auch bei der Bestimmung der Kernenergierückstellungen bei der Betreibergesellschaft des GKN führte im Geschäftsjahr 2014 die weitere Reduzierung des Diskontierungszinssatzes zu erheblichen Mehraufwendungen. In der aktuellen Planung haben wir bereits für das Budgetjahr 2015 eine weitere Reduzierung des Diskontierungszinssatzes unterstellt und entsprechende Mehraufwendungen berücksichtigt. Aufgrund der weiteren Fortführung der Niedrigzinspolitik durch die EZB kann eine über diese Ansätze hinausgehende Reduzierung der Diskontierungszinssätze erforderlich werden. Im Vorjahr war unsere Einschätzung, dass diesbezüglich gleichermaßen Risiken und Chancen bestehen. Aufgrund der aktuellen Entwicklung sehen wir hier eine deutlich höhere Risiken- als Chancenausprägung.

Preis- und Mengenentwicklung im Energiebereich

Preisänderungsrisiken aus längerfristigen Lieferverpflichtungen werden grundsätzlich durch kongruente Einkaufsgeschäfte gedeckt. Durch unser Energiebeschaffungsmodell werden Mengenrisiken weitgehend abgedeckt. Risiken bestehen auch hinsichtlich der Verfügbarkeit von Erzeugungskapazitäten, die bei ungeplanten Ausfällen für die vorgesehene Vermarktung nicht zur Verfügung stehen und dadurch die geplante Eigenerzeugungsmarge schmälern. Das mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit bewertete Risiko für 2015 beträgt rund 6,5 Mio. €. Aus den rückläufigen Großhandelspreisen, welche sich nach unserer Einschätzung mittelfristig nicht nachhaltig erholen werden, hat sich im Berichtsjahr eine zunehmende Risikoausprägung ergeben, die eine außerplanmäßige Abschreibung auf ein konventionelles Strombezugsrecht („virtuelle Kraftwerkscheibe“) erforderte. Bei weiteren Preisrückgängen an den Terminmärkten besteht hier das Risiko für zusätzliche Wertminderungen. Langfristige Chancen auf eine wieder erhöhte Eigenerzeugungsmarge können sich durch wieder steigende Großhandelspreise ergeben, welche jedoch erst außerhalb des Prognosezeitraums Wirkung entfalten können. Kurzfristig im Budgetjahr wirksame Chancen bestehen in geringem Maße bei einer über den Prognosen liegenden Stromproduktion der uns zur Verfügung stehenden Erzeugungskapazitäten.

Markt und Wettbewerb

Sowohl der Strom- wie auch der Gasmarkt sind von einer anhaltend hohen Wettbewerbsintensität geprägt. Daraus ergeben sich sowohl im B2B- wie auch im B2C-Kunden-segment erhöhte Preis- und Margenrisiken. Zusätzlich sehen wir uns dem Risiko ausgesetzt, dass sich Preismaßnahmen, selbst wenn diese nur die gestiegenen Umlagen wälzen, zu einer steigenden Wechselbereitschaft der Kunden führen können. Diese Risiken bilden wir zum einen über

eine angemessene Wechselquote in unserer Planung ab, zum anderen begegnen wir diesen durch unsere Wachstumsstrategie außerhalb des Stammgebiets, welche die Chance auf über Plan liegende Neukundenakquisitionen bietet. Die starke Position der ZEAG in ihrem Versorgungsgebiet bietet zudem Chancen, über die klassische Rolle als Versorger hinaus Energieberater und Energiedienstleister zu sein. Neben den bisher bereits vermarkteten Dienstleistungen kann hier künftig z. B. auch das Thema Energieeffizienz von wachsender Bedeutung sein und neue Wachstumspotenziale eröffnen.

Wiederabschluss und Neuabschluss von Konzessionsverträgen

Der Betrieb unserer Verteilnetze basiert auf Konzessionsverträgen, die die Bedingungen regeln, zu welchen einem Energieversorgungsunternehmen (EVU) von einer Kommune die erforderlichen Rechte zur leitungsgebundenen Energieversorgung gewährt werden. Hierfür ist an die Kommune eine Konzessionsabgabe zu entrichten. Nach Ablauf der Vertragsdauer von maximal zwanzig Jahren hat die Kommune die Möglichkeit, anstelle eines Neuabschlusses mit dem bisherigen Konzessionsnehmer die Konzession an ein anderes EVU zu vergeben oder die Energieversorgung in Eigenregie zu übernehmen.

Im Berichtsjahr 2014 konnten, nachdem die Stadt Heilbronn die Stromkonzession an eine gemeinsame Gesellschaft von ZEAG und HVG zu vergeben hatte, die vertragliche Ausgestaltung sowie die Überführung der Netzanlagen auf die neu gegründete Gesellschaft erfolgreich umgesetzt werden. Darüber hinaus konnte auch der Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Kirchheim a. N. als letzter Bestandskonzession neu abgeschlossen werden. Bezüglich der Bestandskonzessionen haben wir seitdem eine hohe Planungssicherheit; die bisherigen Risiken bezüglich des Wiederabschlusses von Konzessionen bestehen zumindest mittelfristig nicht mehr.

Zusätzliche Konzessionen konnten nach dem Abschluss eines Konzessionsvertrags mit der Gemeinde Leingarten in 2012 auch durch Konzessionsverträge mit den Kommunen Flein, Talheim und Untergruppenbach gewonnen werden. Einen Wertbeitrag können die neuen Konzessionsgebiete jedoch erst nach dem Übergang der Netzanlagen auf die ZEAG leisten. Mit der vorherigen Konzessionsinhaberin konnte noch kein Einvernehmen zu den Modalitäten des Netzübergangs erzielt werden. Ein konkreter Termin hierfür kann noch nicht genannt werden, grundsätzlich ergeben sich aus den neuen Konzessionen in künftigen Jahren, d. h. frühestens ab 2016, Chancen auf zusätzliche Erträge.

Kernbrennstoffsteuer

Am 1. Januar 2011 ist das Kernbrennstoffsteuergesetz in Kraft getreten. Es sieht eine Steuer von 145 € pro eingesetztem Gramm Kernbrennstoff vor. Die Steuer soll von 2011 bis 2016 erhoben werden. Die erheblichen Belastungen für unser Ergebnis haben wir in unseren Planungen vollständig berücksichtigt. Im November 2013 hat das Hamburger Finanzgericht diesen Fall aufgrund von Zweifeln an der Vereinbarkeit mit dem Europarecht dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorgelegt. Der Generalanwalt am EuGH, dessen Einschätzung der EuGH meist folgt, hat in seinem Plädoyer vom 3. Februar 2015 die Kernbrennstoffsteuer für rechtens erachtet. Die von den Kernkraftwerks-Betreiber-gesellschaften eingereichten Klagen zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Kernbrennstoffsteuer sind ebenfalls noch anhängig. Hier besteht grundsätzlich weiterhin die Chance auf Rückerstattung, die wir allerdings als sehr gering beurteilen.

Endlagerung hochradioaktiver Abfälle

Am 27. Juli 2013 ist das Standortauswahlgesetz zur Suche eines Endlagers für hochradioaktiven Abfall in Kraft getreten. Gemäß der Verordnung über Vorausleistungen für die Einrichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle (Endlager VIV) sind die Kosten für die Erkundung von Lagerstätten durch die die Kernkraft nutzenden Unternehmen zu tragen. Die rechtliche Verpflichtung der Betreiber, die Kosten einer zu Grunde alternativen Standort-suche zu tragen, ist strittig. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich durch die Kosten der Erkundung und des Ausbaus von Endlagerstätten sowie für die Endlagerung selbst künftig weitere nicht in der Planung berücksichtigte Belastungen ergeben.

Energiewende

Durch die Energiewende ergeben sich Chancen, da neben der Bundespolitik insbesondere auch die Landesregierung verbesserte Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien verabschiedet hat. Die aktive Mitgestaltung der Energiewende, die wir insbesondere durch den Bau von Windenergieanlagen in der Region – im Konsens und unter Beteiligung der Bürger – vorantreiben wollen, stellt einen wesentlichen Eckpfeiler unserer Strategie dar. Das reformierte EEG 2014 ist zum 1. August 2014 in Kraft getreten. Für unsere aktuell 15 genehmigten und in Realisierung befindlichen WEA, die aus heutiger Sicht 2015 in Betrieb gehen sollen, herrscht damit eine erhöhte Planungssicherheit. Für ab 2016 in Betrieb gehende WEA sehen wir hingegen erhöhte Risiken, da sich zum einen die Basisdegression auf die Einspeisevergütung von 0,4 % je Quartal bei einer Überschreitung des Ausbaukorridors auf bis zu 1,2 % erhöhen kann. Eine weitere Verminderung der Planungssicherheit resultiert daraus, dass für ab 2016 in Betrieb gehende WEA die Vergütung komplett entfällt, wenn die Preise am Spotmarkt an mehr als sechs aufeinander folgenden Stunden negativ sind. Der Ausfall der Vergütung betrifft dann jeweils den gesamten Zeitraum, in dem die

Strompreise ohne Unterbrechung negativ sind. Gleichwohl gehen wir davon aus, dass es künftig trotzdem möglich sein wird, Windenergieanlagen in Baden-Württemberg zu wirtschaftlichen Bedingungen bauen und betreiben zu können.

Wirtschaftlichkeit von Investitionen

Mit dem Beschluss des Aufsichtsrats, die inzwischen 15 genehmigten WEA zu errichten, beabsichtigt die ZEAG in 2015 ein Investitionsvolumen umzusetzen, das zumindest in ihrer jüngeren Historie außergewöhnlich ist. Für das Budgetjahr 2015 sehen wir dabei eine deutlich höhere Risiko- als Chancenausprägung. Risiken bestehen insbesondere durch erhöhte Investitionskosten, die sich bei solchen Projekten aus einer Vielzahl von exogenen Faktoren ergeben können. Durch Verzögerungen bei der Erstellung der Anlagen oder bei der Herstellung der Netzanbindung besteht zudem das Risiko, dass die bereits für 2015 geplanten Einspeisevergütungen nur in geringerem Umfang realisiert werden können. Den möglichen Risiken sind wir vor der endgültigen Investitionsentscheidung mit Sensitivitätsanalysen begegnet. Diese zeigen, dass auch bei ungünstigeren Rahmenbedingungen die Wirtschaftlichkeit noch gegeben sein kann. Für den Zeitraum nach der Inbetriebnahme wird die Wirtschaftlichkeit maßgeblich von dem Winddargebot bestimmt. Hierfür sehen wir eine ausgewogene, niedere Chancen- und Risikoausprägung. Weitere diesbezügliche Risiken bestehen bei den noch in Entwicklung befindlichen Projekten. Sofern diese nicht realisiert werden können, würden die bis dahin aufgelaufenen Projektierungsaufwendungen die künftigen Ergebnisse belasten.

Regulatorisches Umfeld

Im Rahmen der Anreizregulierung werden für alle Strom- und Gasnetzbetreiber in Deutschland individuelle Erlösobergrenzen für die Netznutzungsentgelte in der jeweiligen Regulierungsperiode festgelegt. Für die Regulierungsperiode der Stromnetze ab 2014 wurden in 2012 die Anträge zur Kostenprüfung eingereicht; der diesbezügliche Bescheid hierzu steht allerdings immer noch aus. Das Risiko bzw. die Chance besteht darin, dass die in unserer Planung berücksichtigte Erlösobergrenze sowohl nach oben wie nach unten von dem finalen Bescheid der Landesregulierungsbehörde abweichen kann.

Die weitere Ausgestaltung der Anreizregulierung und die Einführung weiterer möglicher Regulierungsmaßnahmen seitens der Bundesnetzagentur beziehungsweise der für uns zuständigen Landesregulierungsbehörde verfolgen wir weiterhin aufmerksam.

Rechtliche Grundlagen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 23. Oktober 2014 in zwei Vorlageverfahren entschieden, dass die bisherigen Preisanpassungsvorschriften der Grundversorgungsverordnungen Gas und Strom (GVV) nicht europarechtskonform sind. Der EuGH hat die Urteilswirkungen nicht auf die Zukunft beschränkt. Es obliegt nun dem

Bundesgerichtshof (BGH), die rechtlichen Konsequenzen für das deutsche Recht und die Auswirkungen auf die Kundenebene zu klären. Die Fragen sind von branchenweiter Bedeutung, da bis zur gesetzlichen Neuregelung alle Grundversorger verpflichtet waren, die nun vom EuGH beanstandeten Regelungen der Grundversorgungsverordnungen anzuwenden. Mit einer Entscheidung des BGH wird bis Mitte des laufenden Geschäftsjahres gerechnet. Hinsichtlich der sich hieraus möglicherweise ergebenden Risiken für die Vertriebe im Privatkundenbereich bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten.

Finanzwirtschaftliche Perspektiven und Derivate

Aus dem operativen Geschäft ergeben sich Zinsrisiken sowie Kurs- und Preisänderungsrisiken. Zinsrisiken begegnen wir durch Anlage freier liquider Mittel zu einem Festzinssatz über einen festen Zeitraum. Den Anlageentscheidungen liegt die jeweils gültige Treasury-Richtlinie zugrunde. Ziel dieser Richtlinie ist es unter anderem, das Unternehmen gegen finanzielle Risiken abzusichern. Bei weiterhin volatilen Notierungen an den Finanzmärkten könnte es zu weiteren Abschreibungen auf Wertpapiere in unserem Wertpapierdepot bzw. Wertpapierspezialfonds kommen. Aufgrund der Entwicklung der Finanzmärkte ist eine Kurssicherung unter Berücksichtigung des Marktumfelds und der deshalb erhöhten Risikoprämien gegenwärtig wirtschaftlich nicht sinnvoll, so dass zum Bilanzstichtag keine Finanzderivate zu bilanzieren waren. Das Marktumfeld wird hinsichtlich einer Kurssicherung laufend geprüft und ggf. wieder aufgenommen. Risikomindernd wirkt die umgesetzte Anlagestrategie, nach der Aktien und ähnliche Anlagen mittelfristig in risikoärmere Assetklassen umgeschichtet werden sollen. Die Risiko- und Chancenausprägung aus der weiteren Kursentwicklung sehen wir ausgewogen. Zum Bilanzstichtag wurde – mit jeweils geringer Eintrittswahrscheinlichkeit – der diesbezügliche Höchstschaten mit 7,1 Mio. €, die Höchstchance mit 11,8 Mio. € bewertet.

Wie bei dem Risiko „Preis- und Mengenentwicklung im Energiebereich“ ausgeführt, werden Mengenrisiken durch unser Beschaffungsmodell weitgehend vermieden. Die nicht vermeidbaren Mengenrisiken aus der Beschaffung von Strom und Erdgas werden als Energiederivate ausgewiesen. Deren Nominalwert betrug per 31. Dezember 2014 rund 0,9 Mio. €. Der Marktwert dieser Derivate belief sich zum Bilanzstichtag auf 0,8 Mio. € und lag damit geringfügig unter deren Nominalwert.

Um die Kreditrisiken zu steuern, erfolgt eine laufende Überwachung der Außenstände, so dass der Konzern keinen wesentlichen Ausfallrisiken ausgesetzt ist.

Gesamtbeurteilung

Die Risikolage des ZEAG-Konzerns bleibt weiterhin angespannt. Im Jahresverlauf 2014 haben sich zwar Risiken reduziert oder sind wie das Risiko auf Wiederabschluss von Konzessionsverträgen entfallen, gleichzeitig sind

jedoch zusätzliche Risiken aufgetreten bzw. haben sich bestehende Risiken verschärft. Durch die Energiewende haben sich die Rahmenbedingungen gravierend verändert und zu einer deutlichen Reduzierung der Planungssicherheit geführt. Sie bietet aber auch zahlreiche neue Chancen, die wir im Rahmen unserer strategischen Ausrichtung nutzen wollen.

Rückläufige Großhandelspreise gefährden die Eigenerzeugungsmargen und bergen, wie das Geschäftsjahr 2014 gezeigt hat, zunehmende Risiken bezüglich der Werthaltigkeit der entsprechenden Assets. Die infolge der Staatsschuldenkrise anhaltend hohe Volatilität an den Finanzmärkten könnte auch künftig zu Wertberichtigungen auf Kapitalanlagen führen. Zudem haben sich die Investitionsrisiken aufgrund der reduzierten Planungssicherheit für die weiteren, noch in Entwicklung befindlichen Windenergieprojekte durch das reformierte EEG erhöht.

Bestandsgefährdende Risiken bestanden und bestehen derzeit nicht.

6. Prognosebericht

In unserem Prognosebericht gehen wir, soweit möglich, auf die erwartete künftige Entwicklung der ZEAG Energie AG, des ZEAG-Konzerns und des Umfelds des Unternehmens sowie des Konzerns ein. Den Prognosezeitraum haben wir entsprechend dem Wahlrecht des DRS 20.127 wie im Vorjahr auf ein Geschäftsjahr begrenzt, so dass der Prognosezeitraum mit dem Zeitraum der vom Aufsichtsrat verabschiedeten Budgetplanung korreliert.

Künftige gesamtwirtschaftliche Situation

Nach einer Stagnationsphase im zweiten und dritten Quartal 2014 ist die Konjunktur in Deutschland wieder aufwärtsgerichtet. Diese positive Entwicklung dürfte sich nach der in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2015 geäußerten Einschätzung der Bundesregierung fortsetzen und zu einem Anstieg des BIP in 2015 von 1,5% führen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostiziert in seinen Wintergrundlinien vom 17. Dezember 2014 mit 1,4% eine vergleichbare Wachstumsrate. Für den Euroraum erwartet das DIW mit einem Anstieg des BIP um 0,9% eine weiterhin schwache Konjunktorentwicklung. Der IWF prognostiziert für 2015 in seinem Ausblick vom 19. Januar 2015 bei einer stabilen Weltkonjunktur (+3,5%) Wachstumsraten von 1,3% für Deutschland sowie von 1,2% für die Eurozone.

Die Jahre 2009 und 2010 haben gezeigt, dass starke Schrumpfungs- bzw. Wachstumsphasen der Wirtschaft einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Energieverbrauch der Industrieunternehmen haben. Seither wurden bei unseren Industriekunden die verbrauchssteigernden Einflüsse des relativ geringen Wirtschaftswachstums durch kundenspezifische Entwicklungen sowie erhöhte Energieeffizienz überkompensiert. Bei den Privatkunden werden hingegen Änderungen im Energieverbrauch in

wesentlichem Umfang durch Witterungseffekte beeinflusst, allerdings erwarten wir auch bei diesen durch eine erhöhte Energieeffizienz einen grundsätzlich rückläufigen Strom- und Gasbedarf. Für 2015 erwarten wir hingegen — bei einem unterstellten durchschnittlichen Witterungsverlauf — eine im Vergleich zum überdurchschnittlich warmen Vorjahr erhöhte Nachfrage unserer Strom- und Gaskunden. Die erhöhte Nachfrage wird vor dem Hintergrund der zunehmenden Einspeisung von erneuerbaren Energien voraussichtlich nicht zu einem Anstieg der Großhandelspreise für Strom führen.

Künftige Auswirkungen der Energiepolitik

Wie wohl kaum eine andere Branche wird die Energiewirtschaft durch politische Entscheidungen geprägt. Wie bereits im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung ersichtlich wurde, nehmen die Energiepolitik im Allgemeinen sowie die Ausgestaltung der Energiewende im Besonderen breiten Raum ein. Als erster Schritt hierzu wurde 2014 eine grundlegende Reform des EEG in Kraft gesetzt (siehe Lagebericht Kap. 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen). Wie bereits ausgeführt, sind für unsere in Realisierung befindlichen Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien, die bereits 2015 fertig gestellt werden sollen, dadurch stabile Rahmenbedingungen gegeben. Eine verminderte Planungssicherheit ergibt sich hingegen für die 2016ff geplanten diesbezüglichen Investitionen.

Künftige Entwicklung des Konzerns

☉ Konzern-Prognosen 2015

in Mio. €	Ist 2014	Prognose 2015	Tendenz
Finanzielle Leistungsindikatoren			
Umsatzerlöse	194,3	ca. 190	→
Operatives Ergebnis (EBIT)	7,4	ca. 6	↘
Finanzergebnis	2,1	ca. 1	↘
Ergebnis vor Steuern (EBT)	11,8	ca. 8	↘
Investitionen	21,8	ca. 96	↑
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren			
Absatz an Endkunden im Segment Strom (GWh)	720	ca. 730	→
Absatz an Endkunden im Segment Gas (GWh)	303	ca. 390	↗
Mitarbeiterkapazitäten (ohne Auszubildende) (Anzahl)	164	ca. 167	→

→ gleichbleibend ↗ leicht steigend ↗ erheblich steigend
 ↑ stark steigend ↘ leicht fallend ↘ erheblich fallend

Unsere Wachstumsstrategie in der Endkundenbelieferung mit Strom und Gas, die bereits in den letzten beiden abgelaufenen Geschäftsjahren signifikante Erfolge ausweisen konnte, wollen wir sowohl im Segment Strom, insbesondere aber im Segment Gas fortführen. Die rückläufigen Umsatzerlöse aus der Vermarktung von Eigenerzeugungskapazitäten aufgrund der weiter rückläufigen Großhandelspreise sowie die preisbedingt rückläufigen Umsatzerlöse im Bereich der B2B-Kunden Strom können durch die mengenbedingt steigenden Erlöse aus Gaslieferungen nicht vollständig kompensiert werden.

In den Ausbau unserer erneuerbaren Erzeugungskapazitäten, in unsere Netze, die Erneuerung unseres Heizwerks und in sonstige Anlagegüter wollen wir im Konzern 2015 rund 96 Mio. € investieren. Bis auf rund 2,2 Mio. € für die Erschließung und Erweiterung unserer Gasverteilernetze sind die Investitionen im Segment Strom vorgesehen. Dominiert wird die Investitionstätigkeit mit allein rund 75 Mio. € durch die vorgesehene Errichtung von 15 Windenergieanlagen. In den weiteren Ausbau unserer Stromverteilernetze wollen wir rund 12 Mio. € investieren. Weitere Investitionen betreffen die Erneuerung unseres Heizwerks sowie sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Wie bereits ausgeführt, unterscheiden wir die Investitionen nach „Muss“- und „Kann“-Investitionen. Aufgrund bereits eingetragener vertraglicher Regelungen sind die Investitionen außerhalb der Verteilungsnetze weitgehend ebenfalls verpflichtend.

Gesamtbeurteilung der voraussichtlichen Entwicklung 2015

Für 2015 erwarten wir ein gegenüber 2014 verringertes Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit. Ursächlich hierfür sind die weiterhin unbefriedigenden Erzeugungsmargen, die insbesondere durch die Kernbrennstoffsteuer, aber auch durch das nochmals niedrigere Strompreisniveau an den Strombörsen belastet sein werden. Auch können im verschärften Wettbewerb trotz vorgesehener Absatzsteigerungen voraussichtlich keine höheren Margen erzielt werden. Aus dem für die Umsetzung der Wachstumsprojekte vorgenommenen Personalaufbau sind zunächst Ergebnisbelastungen zu erwarten, da die für 2015 vorgesehenen Investitionen voraussichtlich erst ab 2016 positive Beiträge zum Konzernergebnis leisten können. Das Ergebnis vor Steuern wird 2015 nur noch in deutlich geringerem Umfang von dem erheblich rückläufigen Finanzergebnis profitieren können. Im Jahr 2015 erwarten wir für den ZEAG-Konzern bei Umsatzerlösen in Höhe von ca. 190 Mio. € ein Ergebnis vor Steuern von rund 8 Mio. €.

Prognose für den Einzelabschluss nach HGB der ZEAG Energie AG

Entgegen den Vorjahren wird die ZEAG Energie AG in 2015 voraussichtlich ein gegenüber dem Konzernergebnis reduziertes Ergebnis erreichen. Ursächlich sind insbesondere die handelsrechtlich deutlich erhöhten Zuführungen zu den Personalrückstellungen. Bei geplanten Umsatzerlösen von rund 147 Mio. € erwarten wir für die ZEAG Energie AG ein Ergebnis vor Steuern von rund 5 Mio. €.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der ZEAG beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen.

Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft wesentlich von den hier abgegebenen Einschätzungen abweicht. Die ZEAG übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichtete Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

7. Übernahmerelevante Angaben

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft in Höhe von 19.400.000 € ist eingeteilt in 3.778.000 nicht einzeln verbrieft, voll stimmberechtigte Inhaber-Stückaktien. Eine Stückaktie entspricht rechnerisch einem Anteil von jeweils 5,13 € am gezeichneten Kapital.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG ist über folgende Gesellschaften unmittelbar und mittelbar am Konzern ZEAG Energie AG beteiligt:

☉ Beteiligungsverhältnisse

	in %
EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart	87,26
EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe	11,00

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands obliegt gemäß § 84 AktG dem Aufsichtsrat. Diese Kompetenz wird in § 6 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der Gesellschaft abgebildet. Das Recht zu Satzungsänderungen liegt gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 5 AktG bei der Hauptversammlung; die entsprechenden konkretisierenden Verfahrensregeln sind in den §§ 179, 181 AktG enthalten. Aus Praktikabilitätsgesichtspunkten wurde die Kompetenz zu Änderungen der Satzung, die lediglich die Fassung betreffen, dem Aufsichtsrat übertragen. Diese durch § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG gesetzlich eröffnete Möglichkeit wurde in § 12 Abs. 6 der Satzung verankert.

Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Beschlüsse zur Ausgabe neuer Aktien oder zu deren Rückkauf sind nicht gefasst.

Darüber hinaus liegen keine weiteren nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB berichtspflichtigen Sachverhalte vor.

8. Vergütungsbericht

Vergütung des Vorstands

Die Struktur des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen der Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Angemessenheit der Vergütung wird regelmäßig überprüft. Herr Eckard Veil ist seit 1. April 2011 zum Vorstand der ZEAG und seit 1. August 2011 als alleiniger Vorstand der ZEAG bestellt. Sofern nicht explizit vermerkt, betreffen alle nachfolgenden Angaben die Vergütung von Herrn Veil.

Der Aufsichtsrat hat am 25. März 2011 ein geändertes Vergütungssystem beschlossen, das für Neu- und Wiederbestellungen ab 2011 Gültigkeit hat. Es setzt sich aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente zusammen. In der 664. Aufsichtsratssitzung am 17. März 2014 hat der Aufsichtsrat die vom Personalausschuss vorbereitete Beschlussempfehlung zur Zielvereinbarung als Bemessungsgrundlage zum erfolgsabhängigen Teil der Vergütung für das Geschäftsjahr 2014 verabschiedet.

Der erfolgsunabhängige Teil der Vergütung umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung, von der nur ein Teil ruhegehaltsfähig ist, sowie sonstige Bezüge.

Die erfolgsabhängige Vergütung beträgt höchstens 45 % des Jahresgrundgehalts und orientiert sich an der Zielerreichung im Geschäftsjahr. Der sich hieraus ergebende Tantiemeanspruch wird zu 75 % im Folgejahr ausbezahlt. Die restlichen 25 % werden nach Feststellung des Jahresabschlusses des 2. Folgejahres unter Berücksichtigung der Zielerreichung der Folgejahre ausgezahlt.

Neben der festen und variablen Vergütung werden dem Vorstand als Nebenleistungen ein Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung gewährt und ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt.

☉ *Zieleinkommen des Vorstands*

in €	2013	2014	min.	max.
Festvergütung	200.833	195.000	195.000	195.000
Nebenleistungen	11.476	11.008	11.008	11.008
Summe	212.309	206.008	206.008	206.008
einjährige variable Vergütung	50.625	50.625	–	50.625
mehrfährige variable Vergütung*				
Nachhaltigkeitskomponente 2013	16.875			
Nachhaltigkeitskomponente 2014		16.875	–	16.875
Summe	279.809	273.508	206.008	273.508
Versorgungsaufwand	35.745	51.374	51.374	51.374
Gesamtvergütung	315.554	324.882	257.382	324.882

*Planlaufzeit 3 Jahre

☉ *Zufluss an den Vorstand*

in €	2014	2013
Festvergütung	195.000	200.833
Nebenleistungen	11.008	11.476
Summe	206.008	212.309
einjährige variable Vergütung	37.901	38.543
mehrfährige variable Vergütung		
Nachhaltigkeitskomponente 2011	9.331	
Summe	253.240	250.852
Versorgungsaufwand	51.374	35.745
Gesamtvergütung	304.614	286.597

Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden dem Vorstand Leistungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung gewährt. Dabei handelt es sich um Leistungen, die bei Erreichen der Altersgrenze von 65 Lebensjahren bzw. im Falle einer dauerhaften Arbeitsunfähigkeit sowie bei Tod an die Hinterbliebenen erbracht werden.

Für die Ansprüche des Vorstands hat die Gesellschaft Rückstellungen gebildet. Die hierfür im Konzernabschluss 2014 berücksichtigten Kosten der erworbenen Versorgungsansprüche (Dienstzeit- und Zinsaufwand) beliefen sich auf insgesamt 51 T€ (Vorjahr 36 T€). Der Barwert des Verpflichtungsumfangs zum 31. Dezember 2014 erhöhte

sich von 200 T€ im Vorjahr auf 340 T€. Die nach den handelsrechtlichen Bestimmungen ermittelte Rückstellung im Einzelabschluss der ZEAG Energie AG beträgt zum 31. Dezember 2014 184 T€ (Vorjahr 150 T€).

Der Verpflichtungsumfang für frühere Mitglieder des Vorstands lag im Konzern zum 31. Dezember 2014 bei 6.364 T€ (Vorjahr 5.645 T€). Die diesbezügliche Verpflichtung beträgt im Einzelabschluss nach HGB 4.709 T€ (Vorjahr 4.941 T€). An ehemalige Vorstandsmitglieder erfolgten Zahlungen in Höhe von 289 T€ (Vorjahr 357 T€).

Weitergehende Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit sind dem Vorstand nicht zugesagt worden.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Kredite an Mitglieder des Vorstands gewährt.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten nach § 15 der Satzung neben dem Ersatz ihrer Reisekosten und sonstigen Auslagen folgende nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung:

- a) einen festen Betrag von je 1.600 €
- b) sowie eine veränderliche Vergütung von je 400 € für jedes volle Prozent Ausschüttung auf das Grundkapital, das über 4 % des Grundkapitals hinausgeht. Die veränderliche Vergütung ist auf max. 8.400 € begrenzt.
- c) Der Vorsitzende erhält das Doppelte, seine Stellvertreter das Eineinhalbfache der Vergütung zu a) und b). Die veränderliche Vergütung des Aufsichtsratsvorsitzenden ist auf max. 16.800 €, die seiner Stellvertreter ist auf jeweils max. 12.600 € begrenzt.
- d) Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehört haben, erhalten die Vergütungen zu a) bis c) zeitanteilig. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten von der Gesellschaft zusätzlich die auf ihre Vergütung entfallende Umsatzsteuer. Auch im Geschäftsjahr 2014 haben die Aufsichtsratsmitglieder keine sonstigen Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, sowie keine Kredite und Vorschüsse erhalten.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind in eine im EnBW-Konzern bestehende und in angemessener Höhe abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe einbezogen. Für diese D&O-Versicherung beträgt der Selbstbehalt seit 1. Juli 2010 für den Vorstand und die Mitglieder des Aufsichtsrats unserer Gesellschaft jeweils 10 % des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der jeweiligen festen jährlichen Vergütung.

9. Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Als börsennotierte Aktiengesellschaft sind wir verpflichtet, eine Erklärung zur Unternehmensführung abzugeben und wahlweise durch Aufnahme in den Lagebericht oder auf der Internetseite der Gesellschaft öffentlich zugänglich zu machen.

Die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a Abs. 1 Satz 3 HGB wird auf unserer Homepage „www.zeag-energie.de“ unter „Unternehmen“ — „Investoren“ — „Corporate Governance“ veröffentlicht und ist dort abrufbar.

Heilbronn, 6. März 2015

ZEAG Energie AG



Der Vorstand

6 Erklärung zur Unternehmensführung

einschließlich Corporate Governance Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat	45
Compliance	47
Aktionäre und Hauptversammlung	47
Transparenz	47
Rechnungslegung und Abschlussprüfung	48
Vergütungsbericht	48
Entsprechenserklärung	48

Eine verantwortungsbewusste und transparente Unternehmensführung stärkt das Vertrauen von Anlegern, Kunden, Mitarbeitern sowie der Öffentlichkeit in das Unternehmen und ist Voraussetzung für eine nachhaltige Wertschaffung. Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG bekennen sich deshalb zu einer verantwortungsvollen auf Bestandserhaltung und nachhaltige Wertsteigerung ausgerichteten Führung und Überwachung des Unternehmens, welche im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft steht. Eine gute Corporate Governance, die bei der ZEAG Energie AG ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenskultur ist, ist hierfür Voraussetzung. Von wenigen unternehmensspezifischen Ausnahmen abgesehen entspricht daher die ZEAG Energie AG auch den Empfehlungen des von der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex im Jahr 2002 entwickelten und zuletzt in der Fassung vom 24. Juni 2014 überarbeiteten Deutschen Corporate Governance Kodex.

Wie in den Vorjahren überwachte der Vorstand die Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex bei der ZEAG Energie AG und berichtete in der Sitzung des Aufsichtsrats am 24. März 2015 ausführlich über die Corporate Governance der Gesellschaft im Berichtszeitraum. Nach eingehender Erörterung verabschiedeten Vorstand und Aufsichtsrat die am Ende dieses Berichts wiedergegebene Entsprechenserklärung.

Die nicht mehr aktuellen Entsprechenserklärungen zum Kodex werden entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex fünf Jahre lang auf der Internetseite www.zeag-energie.de unter „Investoren“ zugänglich gehalten.

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten als Teil unseres unternehmerischen Selbstverständnisses eng und vertrauensvoll zusammen. Dies ist Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft.

Der Vorstand der ZEAG Energie AG leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Es ist seine Aufgabe, die ZEAG Energie AG und ihre Konzerngesellschaften und Beteiligungen strategisch zu führen. Der Vorstand sorgt im ZEAG-Konzern für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling. In Übereinstimmung mit § 6 Abs. 1 der Satzung besteht der Vorstand aus einer Person. Seit 1. April 2011 gehört Herr Eckard Veil dem Vorstand der Gesellschaft an. Bei der Führung des Unternehmens wird der Vorstand durch zwei Prokuristen jeweils für den kaufmännischen und den technischen Bereich unterstützt. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft allein. Die Prokuristen vertreten die Gesellschaft jeweils gemeinsam mit dem Vorstand oder dem jeweils anderen Prokuristen.

Für Vorstandsmitglieder besteht bei der ZEAG Energie AG eine Altersgrenze von 63 Jahren. Beim Vorstand traten im Geschäftsjahr 2014 keine Interessenkonflikte auf. Der Vorstand nahm keine Aufsichtsratsmandate bei konzernexternen börsennotierten Gesellschaften wahr. Die vom Vorstand wahrgenommenen Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien von nicht börsennotierten Gesellschaften sind auf Seite 109 des Geschäftsberichts aufgeführt.

Bei der Besetzung von Führungspositionen achtet der Vorstand der ZEAG Energie AG auf Vielfalt: Dabei wird insbesondere auch eine angemessene Berücksichtigung von Frauen angestrebt. Vielfalt bedeutet bei der ZEAG Energie AG unter anderem, unterschiedliche Lebenswelten und -phasen unserer Führungskräfte zu beachten und als Bereicherung zu fördern. Der Vorstand hält es entsprechend den strategischen Personalzielen des EnBW-Konzerns für sinnvoll und erstrebenswert, Frauen auf allen Hierarchieebenen einzusetzen und unterstützt deshalb diese Initiative. Bei der Endauswahl für die Führungsebenen bis einschließlich dem mittleren Management wird deshalb darauf geachtet, dass unter den Bewerbern mindestens eine geeignete Kandidatin ist, um den Anteil von Frauen auf allen Führungsebenen sukzessive zu erhöhen.

Der Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG besteht gemäß § 8 Abs. 1 der Satzung aus neun Mitgliedern. Sechs Mitglieder werden von den Aktionären nach dem Aktiengesetz und drei Mitglieder von den Arbeitnehmern nach dem Drittelbeteiligungsgesetz gewählt. Nähere Informationen zum Aufsichtsrat und seinen Mitgliedern können den Angaben auf den Seiten 7 und 108–109 des Geschäftsberichts entnommen werden.

Entsprechend der dualen Führungs- und Kontrollstruktur des deutschen Aktienrechts ist es wesentliche Aufgabe des Aufsichtsrats, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens fortlaufend zu beraten und zu überwachen. Dabei haben alle Mitglieder des Aufsichtsrats grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Die wesentlichen Aspekte der Zusammenarbeit im Gremium hat der Aufsichtsrat in einer Geschäftsordnung festgelegt. Nach dieser Geschäftsordnung wird der Aufsichtsrat nach Bedarf – mindestens jedoch zweimal im Kalenderhalbjahr – zu Sitzungen einberufen, welche vom Vorsitzenden geleitet werden. Der Vorstand nimmt grundsätzlich an den Sitzungen teil, soweit der Aufsichtsratsvorsitzende nichts anderes bestimmt. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend entsprechend den Regelungen der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats insbesondere über die in § 90 AktG aufgeführten Gegenstände. Er berichtet darüber hinaus über alle wesentlichen Finanzkennzahlen und Risiken und Chancen der Gesellschaft und des Konzerns und über deren Entwicklung, die Strategie, die Planung, das Risikomanagement, das interne

Kontrollsystem, die Compliance sowie über sonstige wichtige Anlässe. Die Berichte werden in der Regel in Textform erstattet. Darüber hinaus informiert der Vorstand in den Sitzungen des Aufsichtsrats mündlich. Bestimmte Geschäfte und Maßnahmen des Vorstands, die in einem Katalog in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmt sind, bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Neben der Festlegung der jährlichen Unternehmensplanung betrifft der auf den ZEAG-Konzern bezogene Katalog insbesondere verschiedene Geschäfte des laufenden Betriebs wie Investitionen, Finanzgeschäfte und wichtige operative Verträge sowie außerordentliche Aktivitäten, die teils generell, teils ab jeweils festgelegten Wertgrenzen der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats regelt ferner die Beschlussfassung im Aufsichtsrat nach dem Mehrheitsprinzip, wobei die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden gemäß § 12 Abs. 4 der Satzung bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt. Auf Anordnung des Aufsichtsratsvorsitzenden können Beschlüsse auch außerhalb von Sitzungen gefasst werden, sofern dem nicht eine Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder widerspricht. Der Aufsichtsrat informiert über die Schwerpunkte seiner Tätigkeit und den Inhalt der Beratungen im Geschäftsjahr 2014 in seinem Bericht auf den Seiten 8–11 des Geschäftsberichts.

Zur Steigerung der Effizienz seiner Arbeit und zur Beratung über komplexe Sachverhalte hat der Aufsichtsrat fachlich qualifizierte Ausschüsse gebildet. Es sind ein Personalausschuss, ein Prüfungsausschuss sowie ein Nominierungsausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse des Aufsichtsrats waren im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt besetzt: Dem Personalausschuss gehörten im Berichtszeitraum die amtierenden Aufsichtsratsvorsitzenden Herr Dr. Dirk Mausbeck (bis 30.09.2014) bzw. Herr Steffen Ringwald (ab 20.11.2014) jeweils als Ausschussvorsitzende sowie die Aufsichtsratsmitglieder Walter Böhmerle und Helmut Engelhardt an. Mitglieder des Prüfungsausschusses waren im Berichtszeitraum die Aufsichtsratsmitglieder Herr Klaus Brändle als Ausschussvorsitzender sowie die Herren Gerhard Kleih (bis 30.06.2014), Walter Böhmerle (ab 23.07.2014) und Steffen Pfisterer an. Dem gemäß Ziffer 5.3.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex aus Vertretern der Anteilseigner gebildeten Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats gehörten im Geschäftsjahr die amtierenden Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Dirk Mausbeck (bis 30.09.2014) bzw. Herr Steffen Ringwald (ab 20.11.2014) als Ausschussvorsitzende sowie die Aufsichtsratsmitglieder Walter Böhmerle, Helmut Himmelsbach (bis 30.04.2014) und Harry Mergel (ab 20.11.2014) an. Über die Arbeit der vom Aufsichtsrat gebildeten Ausschüsse wird im Bericht des Aufsichtsrats auf den Seiten 8–11 des Geschäftsberichts näher informiert. Der Vorsitzende eines Ausschusses oder ein beauftragtes Mitglied berichten in den jeweils folgenden Sitzungen des Plenums des Aufsichtsrats über die Beschlüsse, Empfehlungen und Ergebnisse des jeweiligen Ausschusses. Die

Verfahrensregelungen der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat gelten auch für die Ausschüsse des Aufsichtsrats. Der Vorstand nimmt an den Sitzungen der Ausschüsse teil, soweit der Vorsitzende des jeweiligen Ausschusses dies wünscht.

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Herr Klaus Brändle, Leiter kaufmännische Angelegenheiten der Netze BW GmbH, verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren. Er ist unabhängig. Herr Brändle war im Zeitraum vom 1. Oktober 2007 bis 6. Mai 2008 Mitglied des Vorstands der ZEAG Energie AG. Damit wird bei der ZEAG Energie AG die Empfehlung aus Ziffer 5.3.2 Satz 3 des Deutschen Corporate Governance Kodex beachtet, dass der Vorsitzende des Prüfungsausschusses unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied sein sollte, dessen Bestellung vor weniger als zwei Jahren endete.

Der Aufsichtsrat hat sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr mit den Unabhängigkeitskriterien des Aktiengesetzes und des Deutschen Corporate Governance Kodex, insbesondere dessen Änderungen, befasst. Dabei ist er zu der Einschätzung gelangt, dass diese nach wie vor erfüllt werden und ihm insbesondere eine angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehören. Die Aufsichtsratsmitglieder üben keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens aus. Zwischen Mitgliedern des Aufsichtsrats und der Gesellschaft existierten im abgelaufenen Geschäftsjahr zudem keine Berater- oder sonstigen Dienstleistungs- bzw. Werkverträge.

Mit Ausnahme von Herrn Klaus Brändle, der Mitglied des Vorstands der ZEAG Energie AG in der Zeit vom 1. Oktober 2007 bis zum 6. Mai 2008 war, gehörten dem Aufsichtsrat der Gesellschaft im Berichtsjahr keine ehemaligen Vorstandsmitglieder an. In der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats ist festgelegt, dass bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung darauf geachtet wird, dass die Wahlbewerber zum Zeitpunkt der Wahl nicht älter als 70 Jahre sind. Der Aufsichtsrat achtet bei seinen Vorschlägen an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern auf die zur Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie auf die Berücksichtigung der zuvor genannten Vorgaben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden bei den für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durch die Gesellschaft angemessen unterstützt. Die ZEAG Energie AG informiert sie beispielsweise regelmäßig über aktuelle rechtliche oder finanzwirtschaftliche Entwicklungen sowie bedarfsgerecht über die für ihre Aufsichtsrats-tätigkeit relevanten Themen. Neu eintretende Mitglieder erhalten zudem für sie relevante Unterlagen zu allen

wichtigen, die Arbeit des Aufsichtsrats betreffenden Regelungen sowie alle wesentlichen Informationen über die Gesellschaft und den ZEAG-Konzern.

Die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen sowie freiwillig aufgestellten Grundsätzen und konzerninternen Richtlinien (Compliance) bestimmen das Handeln des Vorstands und des Aufsichtsrats der ZEAG Energie AG. Der Vorstand hat sich im vergangenen Jahr fortlaufend mit Compliance-Themen befasst und diese mit dem Aufsichtsrat bzw. dem Prüfungsausschuss eingehend erörtert. Im nachfolgenden Kapitel wird näher auf die Compliance bei der ZEAG Energie AG eingegangen. Dort sind auch die wesentlichen relevanten Unternehmensführungspraktiken angegeben, die über die gesetzlichen Anforderungen und die Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex hinaus angewandt werden.

Weitere Informationen zur Arbeitsweise des Vorstands und des Aufsichtsrats und dessen Ausschüsse können dem Bericht des Aufsichtsrats auf den Seiten 8–11 des Geschäftsberichts, sowie den §§ 6 bis 14 und 20 der Satzung der Gesellschaft entnommen werden, die auf der Internetseite der ZEAG Energie AG (www.zeag-energie.de) im Bereich „Das Unternehmen“ unter der Rubrik „Investoren“ und dort im Abschnitt „Corporate Governance“ allgemein zugänglich ist.

Compliance

Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) ist zentrales Element der Leitung und Überwachung bei der ZEAG Energie AG. Als Bestandteil einer risikopräventiven Strategie orientiert sich die ZEAG Energie AG an den Aktivitäten der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) im Bereich der Compliance.

Die Gesamtverantwortung für Compliance bei der ZEAG Energie AG obliegt dem Vorstand. Der Vorstand wiederum wird dabei vom Aufsichtsrat beraten und überwacht.

Mit ZEAG-internen Richtlinien, die für alle Mitarbeiter der ZEAG Energie AG bzw. des ZEAG-Konzerns verbindlich sind, ist ein Verhaltenskodex vorgegeben. Er bildet für jeden Mitarbeiter eine Grundlage und Orientierungshilfe bei der täglichen Arbeit. Der Kodex enthält Regeln für die interne Zusammenarbeit und den Umgang mit Kunden, Wettbewerbern, Amtsträgern sowie öffentlichen Einrichtungen. Eine konzernweite Richtlinie zum Compliance-Management regelt zusätzlich den Aufbau und den Ablauf des Compliance-Management-Systems und definiert die Rollen, Verantwortlichkeiten und Prozesse bei der Bearbeitung von Compliance-Themen. Das Compliance-Management System wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Nach den intensiven Schulungen aller Mitarbeiter im Vorjahr wurden im Berichtsjahr vertiefende bzw. ergänzende Schulungsmaßnahmen vorbereitet, welche im Geschäftsjahr 2015 mitarbeiter- bzw. aufgabenspezifisch erfolgen sollen. Darüber hinaus werden Wettbewerbskontakte erfasst und Hinweise für richtlinienkonformes Verhalten gegeben.

Aktionäre und Hauptversammlung

Im Vorfeld der Hauptversammlung werden durch die ZEAG Energie AG die Tagesordnung und alle zu ihrer Beurteilung relevanten Berichte und Unterlagen einschließlich des aktuellen Geschäftsberichts leicht zugänglich im Internet unter www.zeag-energie.de veröffentlicht. Auf Anforderung werden den Aktionären die Unterlagen auch zugesandt. Fristgerecht eingehende Gegenanträge zur Tagesordnung der Hauptversammlung werden zusammen mit einer Stellungnahme des Vorstands ebenfalls auf den Internetseiten zugänglich gemacht. Anhand von der Gesellschaft bestellte Stimmrechtsvertreter, die auch während der Hauptversammlung erreichbar sind, wird es Aktionären, die an der Hauptversammlung nicht persönlich teilnehmen können, ermöglicht, nach entsprechender Bevollmächtigung ihr Stimmrecht wahrzunehmen.

Transparenz

Die Aktionäre, der Kapitalmarkt, Finanzanalysten, Aktionärsvereinigungen und die interessierte Öffentlichkeit werden mittels regelmäßiger Finanzberichte bzw. Zwischenmitteilungen durch die ZEAG Energie AG informiert. Über wesentliche Entwicklungen im Unternehmen erfolgen bei aktuellen Anlässen Veröffentlichungen. Damit wird die vom Deutschen Corporate Governance Kodex geforderte Transparenz erreicht. Um eine zeitnahe und gleichberechtigte Information aller Interessengruppen zu gewährleisten, nutzt die Gesellschaft hierfür hauptsächlich das Internet.

Über die Geschäftslage der ZEAG Energie AG wird insbesondere durch den jährlichen Geschäftsbericht, den Halbjahresfinanzbericht und durch Zwischenmitteilungen zum Ende des ersten und dritten Quartals des jeweiligen Geschäftsjahres informiert. Auf den Internetseiten wird ein Finanzkalender veröffentlicht, der alle Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen enthält.

Außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung auftretende, nicht öffentlich bekannte Umstände, die sich auf die ZEAG Energie AG oder die ZEAG-Aktie beziehen und geeignet sind, den Börsenkurs erheblich zu beeinflussen, werden durch eine Ad-hoc Mitteilung bekannt gemacht. Im Geschäftsjahr 2014 erfolgten keine Ad-hoc Mitteilungen.

Im Geschäftsjahr 2014 sind der Gesellschaft keine Meldungen von Personen mit Führungsaufgaben oder mit diesen in einer engen Beziehung stehenden Personen

über Geschäfte in ZEAG-Aktien oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten zugegangen. Mitteilungspflichtiger Wertpapierbesitz des Vorstands und von Mitgliedern des Aufsichtsrats im Sinne von Ziffer 6.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag nicht vor.

Die gesetzlichen Bestimmungen zum Insiderrecht und zu Directors Dealings werden beachtet. Insbesondere wurden alle Personen mit potenziellem Zugang zu Insiderinformationen in das Insiderverzeichnis aufgenommen und über ihre Pflichten belehrt.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung der Gesellschaft erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 gewählte KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, wurde durch den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats mit der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses für das am 31. Dezember 2014 abgelaufene Geschäftsjahr beauftragt und hat eine Honorarvereinbarung hierzu getroffen. Im Vorfeld der Hauptversammlung hat sich der Prüfungsausschuss darüber vergewissert, dass keine Zweifel an der Unabhängigkeit der zu beauftragenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestehen, und hat sich mit den von dieser zusätzlich erbrachten Dienstleistungen befasst.

Entsprechend der Empfehlung in Ziffer 7.1.2 Satz 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex wird der Halbjahresfinanzbericht vom Prüfungsausschuss mit dem Vorstand erörtert.

Aktioptionsprogramme und ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme existieren bei der ZEAG Energie AG nicht.

Im Zeitraum von Oktober 2013 bis Mai 2014 hat die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V. (DPR) den Konzernabschluss und Konzernlagebericht sowie den Jahresabschluss und Lagebericht des Geschäftsjahres 2012 von der ZEAG Energie AG einer Stichprobenprüfung unterzogen und dabei keine fehlerhafte Rechnungslegung festgestellt. Vorstand und Aufsichtsrat sind mit dem zeitnahen Abschluss und dem positiven Ergebnis der Prüfung sehr zufrieden, zumal es für die ZEAG Energie AG die erste Prüfung dieser Art war.

Vergütungsbericht

Eine detaillierte Darstellung der Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats ist im Vergütungsbericht enthalten, der gemäß Ziffer 4.2.5 des Kodex als Teil in den Lagebericht aufgenommen wurde und auf den hiermit verwiesen wird. Der Vergütungsbericht befindet sich auf den Seiten 41–42 des Geschäftsberichts.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG erklären gemäß § 161 AktG:

Die ZEAG Energie AG hat den im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex seit der letzten Entsprechenserklärung vom 17. März 2014 in der jeweils geltenden Fassung mit folgenden Ausnahmen entsprochen und wird ihnen in der Fassung vom 24. Juni 2014 auch künftig mit folgenden Ausnahmen entsprechen:

Ziffer 4.2.1 Satz 1 des Kodex:

Anzahl der Vorstandsmitglieder

Der Vorstand der ZEAG Energie AG besteht gemäß § 6 der Satzung aus einer oder mehreren Personen. Angesichts der Größe und der Struktur des Unternehmens hält es der Aufsichtsrat bisher und auch für die nächste Zukunft für ausreichend, wenn der Vorstand der Gesellschaft grundsätzlich mit einer Person besetzt ist, die bei der Leitung des Unternehmens von zwei Prokuristen unterstützt wird. Der Vorstand besteht dementsprechend seit dem 6. Mai 2008 – mit Ausnahme von Übergangsphasen bei einem Vorstandswechsel – aus einer Person. Herr Eckard Veil ist seit dem 1. August 2011 alleiniger Vorstand der ZEAG Energie AG.

Ziffer 4.2.2 Absatz 2 Satz 3 des Kodex:

Verhältnis der Vorstandsvergütung zum oberen Führungskreis und der relevanten Belegschaft insgesamt und in der zeitlichen Entwicklung

Die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden Anforderungen seit des im Jahr 2013 geänderten Kodex konnten im Zuge des damals parallel laufenden Verfahrens zur Verlängerung des Anstellungsvertrags mit dem amtierenden Vorstandsmitglied nicht berücksichtigt werden. Es wurde dabei insbesondere kein gesonderter Vergleich mit den in der Kodexempfehlung genannten Personengruppen und auch keine Erhebung zur zeitlichen Entwicklung des Lohn- und Gehaltsgefüges vorgenommen. Unabhängig davon befasste sich der Aufsichtsrat pflichtgemäß mit der Angemessenheit der Vorstandsvergütung und berücksichtigte hierbei unter anderem die Üblichkeit der Vergütung des Vergleichsumfeldes und die in der ZEAG Energie AG bestehende Vergütungsstruktur.

Der Aufsichtsrat beabsichtigt, bei künftigen Neufassungen der Anstellungsverträge auch die vertikale Angemessenheit der Vergütung des Vorstands entsprechend der Kodexempfehlung aus Ziffer 4.2.2 Absatz 2 Satz 3 zu überprüfen.

**Ziffer 4.2.3 Absatz 2 Satz 6 des Kodex:
Betragsmäßige Höchstgrenzen der Vorstandsvergütung insgesamt und hinsichtlich der variablen Vergütung**

Der laufende Anstellungsvertrag des amtierenden Vorstandsmitglieds sieht neben der Festvergütung eine variable Vergütung vor, die der Höhe nach begrenzt ist. Auch die Nebenleistungen sind kraft ihrer gegenständlichen Festlegung der Höhe nach begrenzt. Auch wenn somit die einzelnen Vergütungsbestandteile materiell der Höhe nach begrenzt sind, sieht die Vorstandsvergütung insgesamt keine Höchstgrenze vor. Nach Ansicht des Aufsichtsrats erübrigt sich aufgrund der Gestaltung der einzelnen Vergütungsbestandteile eine solche ausdrückliche betragsmäßige Höchstgrenze für die Vorstandsvergütung insgesamt.

**Ziffer 5.4.1 Abs. 2 und Abs. 3 des Kodex
Benennung von konkreten Zielen für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats**

Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass aufgrund der geringen Zahl der Aufsichtsratsmitglieder und der Struktur der Gesellschaft für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats wie bisher auch weiterhin vordergründig die fachliche Eignung maßgeblich sein soll. Die Festlegung von Zielen für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats einschließlich einer Quote für den Anteil weiblicher bzw. unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder wird daher nicht für zweckmäßig erachtet. Auch ohne eine konkrete Zielfestsetzung achtet der Aufsichtsrat darauf, dass dem Gremium eine nach seiner Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

**Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 2 des Kodex
Erfolgsorientierte Vergütung des Aufsichtsrats**
Gemäß § 15 der Satzung der ZEAG Energie AG erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats neben einer festen Vergütung eine variable Vergütung, die sich nach der jeweils ausgeschütteten Dividende bemisst und der Höhe nach begrenzt ist. Mit dieser Struktur entspricht die Aufsichtsratsvergütung nicht mehr der im Jahr 2012 geänderten Empfehlung in Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 2 des Kodex, welche eine Ausrichtung der erfolgsorientierten Aufsichtsratsvergütung an eine nachhaltige Unternehmensentwicklung fordert. Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG sind der Auffassung, dass die in § 15 der Satzung vorgegebene Bemessung des variablen Teils der Aufsichtsratsvergütung aufgrund der langjährigen Dividendenkontinuität der Gesellschaft gleichermaßen auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet ist. Die positive

Entwicklung der ZEAG Energie AG, zu der auch die Arbeit des Aufsichtsrats maßgeblich beigetragen hat, zeigt dass der Aufsichtsrat eine nachhaltige Entwicklung der ZEAG Energie AG im Blick hat. Es wird daher derzeit kein Anlass gesehen, das bewährte System der Aufsichtsratsvergütung bei der ZEAG Energie AG zu ändern. Vorstand und Aufsichtsrat werden wie bisher auch künftig das System der Aufsichtsratsvergütung auf für die ZEAG Energie AG sinnvolle Weiterentwicklungsmöglichkeiten hin überprüfen.

**Ziffer 5.4.6 Abs. 3 Satz 1 des Kodex:
Individualisierter Ausweis der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder**

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats der ZEAG Energie AG ist in § 15 der Satzung festgelegt und kann dort eingesehen werden. Sie wird daher bislang nicht individualisiert und aufgegliedert nach festen und erfolgsabhängigen Bestandteilen ausgewiesen. Es ist wie bisher auch künftig nicht beabsichtigt, die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder individualisiert auszuweisen.

Heilbronn, 24. März 2015

ZEAG Energie AG



Der Vorstand

Der Aufsichtsrat

7 Konzernabschluss

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	51
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	52
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	53
Konzernbilanz	54
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	56
Konzern-Kapitalflussrechnung	57
Konzernanhang	58

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der ZEAG Energie AG, Heilbronn, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzern-Gewinn- und -Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzernanhang – sowie den mit dem Lagebericht der ZEAG Energie AG zusammengefassten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 6. März 2015

Stratmann
Wirtschaftsprüfer

Kröning
Wirtschaftsprüferin

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014



in T€	Anhang	2014	2013
Umsatzerlöse¹	(1)	194.317	181.324
Andere aktivierte Eigenleistungen		887	606
Gesamtleistung¹		195.204	181.930
Sonstige Erträge ¹	(2)	5.651	4.553
Materialaufwand	(3)	-160.313	-153.043
Aufwendungen für Leistungen an Arbeitnehmer	(4)	-14.720	-14.062
Abschreibungen	(6)	-9.635	-7.622
Sonstige Aufwendungen ¹	(7)	-8.751	-8.794
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit¹		7.436	2.962
Ergebnis aus at equity bewerteten Beteiligungen	(8)	1.869	341
Übriges Beteiligungsergebnis	(9)	352	531
Finanzerträge ¹	(10)	8.469	11.037
Finanzaufwendungen ¹	(10)	-6.357	-6.534
Ergebnis vor Steuern¹		11.769	8.337
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ¹	(11)	-3.181	-1.109
Ergebnis nach Steuern¹		8.588	7.228
davon den Anteilseignern der ZEAG Energie AG zustehend ¹		8.588	7.228
Ergebnis je Aktie^{1,2}	(12)	2,27 €	1,91 €

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

² verwässert und unverwässert

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

für das Geschäftsjahr 2014



Anhang (28) in T€	1. Januar bis 31. Dezember 2014	1. Januar bis 31. Dezember 2013
Ergebnis nach Steuern ¹	8.588	7.228
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – Nettoveränderungen des beizulegenden Zeitwerts	3.525	2.225
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – Umgliederungen in den Gewinn oder Verlust	-4.110	-4.508
Ertragsteuern	-325	89
In den Folgeperioden in den Gewinn oder Verlust umzugliedern	-910	-2.194
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-9.793	-184
Ertragsteuern	2.921	55
Nicht in den Folgeperioden in den Gewinn oder Verlust umzugliedern	-6.872	-129
Sonstiges Ergebnis	-7.782	-2.323
Gesamtergebnis ¹	806	4.905
davon den Anteilseignern der ZEAG Energie AG zustehend ¹	806	4.905

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Konzernbilanz

zum 31. Dezember 2014



in T€	Anhang	2014	2013
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	(14)	7.144	9.751
Sachanlagen	(15)	138.785	129.524
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(16)	608	640
Wertpapiere	(17)	75.071	83.124
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	(18)	11.850	10.565
Andere finanzielle Vermögenswerte	(19)	3.721	3.895
Steuererstattungsansprüche	(20)	1.105	1.632
Latente Steuern	(31)	5.054	–
		243.338	239.131
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	(21)	847	952
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(22)	17.696	19.725
Wertpapiere	(23)	3.292	2.216
Andere finanzielle Vermögenswerte	(24)	10.398	22.352
Steuererstattungsansprüche Ertragsteuern		1.643	3.150
Sonstige Vermögenswerte	(25)	3.563	2.476
Zahlungsmittel	(26)	87.892	61.383
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(27)	5.069	–
		130.400	112.254
		373.738	351.385

in T€	Anhang	2014	2013
PASSIVA			
Eigenkapital			
	(28)		
Gezeichnetes Kapital		19.400	19.400
Kapitalrücklage		23.849	23.849
Gewinnrücklagen ¹		178.842	181.588
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen		-8.852	-1.070
		213.239	223.767
Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Langfristige Schulden und Passivische Abgrenzungsposten			
Rückstellungen ¹	(29)	51.793	41.325
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	(30)	17.533	772
Ertragsteuerschulden		121	114
Latente Steuerschulden ¹	(31)	2.852	6.256
Passivischer Abgrenzungsposten	(32)	37.437	35.527
		109.736	83.994
Kurzfristige Schulden und Passivische Abgrenzungsposten			
Rückstellungen	(29)	2.340	2.820
Andere finanzielle Verbindlichkeiten		1.820	1.035
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	(33)	37.757	38.057
Ertragsteuerschulden		7.488	468
Passivischer Abgrenzungsposten	(32)	1.358	1.244
		50.763	43.624
Summe Schulden		160.499	127.618
		373.738	351.385

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Konzern-Eigenkapital- veränderungsrechnung

für das Geschäftsjahr 2014



in T€	Anhang (28)	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklagen	Gewinn- rücklagen	Neubewer- tung von Pensionen und ähnlichen Verpflich- tungen	Kumulierte erfolgs- neutrale Verände- rungen gem. IAS 39	Eigen- kapital
Stand 01.01.2014¹		19.400	23.849	181.588	-7.178	6.108	223.767
Konzernüberschuss		-	-	8.588	-	-	8.588
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse nach Ertragsteuern		-	-	-	-6.872	-910	-7.782
Periodenergebnis		-	-	8.588	-6.872	-910	806
davon Aktionäre ZEAG		-	-	-	-6.872	-910	-7.782
Gezahlte Dividenden		-	-	-11.334	-	-	-11.334
Stand 31.12.2014		19.400	23.849	178.842	-14.050	5.198	213.239
davon Aktionäre ZEAG		19.400	23.849	178.842	-14.050	5.198	213.239
Stand 01.01.2013¹		19.400	23.849	185.694	-7.049	8.302	230.196
Konzernüberschuss ¹		-	-	7.228	-	-	7.228
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse nach Ertragsteuern ¹		-	-	-	-129	-2.194	-2.323
Periodenergebnis¹		-	-	7.228	-129	-2.194	4.905
davon Aktionäre ZEAG		-	-	7.228	-129	-2.194	4.905
davon nicht beherrschende Anteile ¹		-	-	-	-	-	-
Gezahlte Dividenden		-	-	-11.334	-	-	-11.334
Stand 31.12.2013¹		19.400	23.849	181.588	-7.178	6.108	223.767
davon Aktionäre ZEAG		19.400	23.849	181.588	-7.178	6.108	223.767

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Konzern-Kapitalflussrechnung

für das Geschäftsjahr 2014



in T€	Anhang (34)	2014	2013
I. Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit			
Ergebnis vor Steuern ¹		11.769	8.337
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte		9.635	7.622
Zins- und Dividendenerträge		-3.012	-3.560
Zinsaufwendungen		2.249	1.747
Ergebnis aus Abgang von Finanzinstrumenten		-1.816	-4.836
Beteiligungsergebnis		-2.198	-873
Einzahlungen von/Auszahlungen an at equity bilanzierte Unternehmen		584	562
Zu-/Abschreibungen auf Finanzinstrumente		467	2.146
Veränderung der langfristigen Rückstellungen (ohne Zinseffekte) ¹		-896	-542
Ergebnis aus Anlageabgängen		-378	-55
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		-1.462	-1.725
Veränderung Working Capital und der kurzfristigen Rückstellungen		2.415	19.365
Gezahlte Ertragsteuern		-409	-1.926
Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit		16.948	26.262
II. Cashflow aus der Investitionstätigkeit			
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	(14), (15)	-16.776	-9.725
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen		879	238
Kapitalrückzahlung aus Beteiligungen		83	441
Zugänge von Baukostenzuschüssen		3.389	1.030
Investitionen in finanzielle Vermögenswerte		-50.191	-46.198
Erwerb von zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten		-5.051	-
Einzahlungen aus dem Verkauf finanzieller Vermögenswerte		57.883	60.342
Einzahlungen aus Verkauf von Beteiligungen		-	812
Einzahlungen aus dem Verlust der Beherrschung über Tochtergesellschaften		-	426
Ein-/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		10.000	32
Erhaltene Zinsen		2.202	2.649
Erhaltene Dividenden	(10)	1.349	1.146
Darlehensauszahlungen		-50	-500
Einzahlungen aus Darlehensrückzahlungen		120	-
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		3.837	10.693
III. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit			
Gezahlte Zinsen		-371	-57
Minderheitenanteile bei Personengesellschaften		17.449	9
Auszahlung Finanzverbindlichkeiten		-19	-10
Dividendenausschüttung	(13)	-11.334	-11.334
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		5.725	-11.392
IV. Finanzmittelbestand			
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands		26.510	25.563
Finanzmittelbestand am 1. Januar		61.382	35.819
Finanzmittelbestand am 31. Dezember = Zahlungsmittel	(26)	87.892	61.382

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

⑧ Konzernanhang

für das Geschäftsjahr 2014

Allgemeine Grundsätze und Angaben

Die ZEAG Energie AG ist ein in Heilbronn, Deutschland, ansässiges Unternehmen, das in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführt wird. Es hat seinen Sitz in 74076 Heilbronn, Weipertstraße 41. Die Gesellschaft wird im Handelsregister Abteilung B des Amtsgerichts Stuttgart unter der Nummer 100322 geführt. Die Aktien der Gesellschaft sind zum Handel an der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart, im regulierten Markt zugelassen.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 wurde durch den Vorstand am 06. März 2015 aufgestellt und zur Veröffentlichung freigegeben.

Die Hauptaktivitäten des Konzerns werden im Rahmen der Segmentberichterstattung dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss der ZEAG Energie AG (im Folgenden auch „ZEAG“ genannt) wurde nach den am Abschlussstichtag in Kraft getretenen und in der Europäischen Union verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) erstellt. Darüber hinaus kommen ergänzend die nach §315a Abs. 1 HGB zu berücksichtigenden Vorschriften zur Anwendung. Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS/IFRIC-Standards kommen nicht zur Anwendung.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfolgte wie in den Vorjahren grundsätzlich auf Basis der historischen Anschaffungskosten. Bestimmte Positionen, wie z. B. zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und derivative Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Den Jahresabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegen einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze zugrunde. Der Stichtag der Einzelabschlüsse der Beteiligungen entspricht dabei dem des Konzernabschlusses.

Im Konzernabschluss, der in Euro aufgestellt ist, werden die Beträge aus Gründen der Übersichtlichkeit (soweit nicht anders vermerkt) kaufmännisch gerundet in Tausend Euro (T€) dargestellt. Dadurch kann es zu Rundungsdifferenzen von 1 T€ kommen.

Im Rahmen des Jahresfinanzberichts werden neben der Gewinn- und Verlustrechnung die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Kapitalflussrechnung sowie die Eigenkapitalveränderungsrechnung des ZEAG-Konzerns gesondert dargestellt und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Einzelne Posten der Konzernbilanz und der Konzerngewinn- und Verlustrechnung werden zum besseren Verständnis zusammengefasst dargestellt. Diese Posten werden im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert. Vom Wahlrecht, bestimmte Angaben im Anhang zu machen wird aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit grundsätzlich Gebrauch gemacht.

Neue und geänderte Standards und Interpretationen

Die angewandten Rechnungslegungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich unverändert geblieben. Das International Accounting Standards Board (IASB) und International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) haben folgende neue Standards und Interpretationen verabschiedet, die ab dem Geschäftsjahr 2014 verpflichtend anzuwenden sind:

- IFRS 10 – „Konzernabschlüsse“
- IFRS 11 – „Gemeinschaftliche Tätigkeiten“
- IFRS 12 – „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“
- Änderungen zu IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 – „Übergangsregelungen“
- Änderungen zu IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27 – „Investmentgesellschaften“
- Änderungen zu IAS 27 – „Einzelabschlüsse“
- Änderungen zu IAS 28 – „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“
- Änderungen zu IAS 32 – „Saldierung von Finanzinstrumenten“
- Änderungen zu IAS 36 – „Angaben über nicht finanzielle Vermögenswerte“
- IAS 39 – „Novationen von Derivaten und Fortsetzung der Sicherungsbilanzierung“

Hiervon haben folgende Standards und Interpretationen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Gesellschaft:

- IFRS 10 – „Konzernabschlüsse“
Mit diesem Standard wird der Begriff der Beherrschung („control“) neu und umfassend definiert. Beherrscht ein Unternehmen ein anderes Unternehmen, hat das Mutterunternehmen das Tochterunternehmen zu konsolidieren. Nach dem neuen Konzept ist Beherrschung gegeben, wenn das potentielle Mutterunternehmen die Entscheidungsgewalt aufgrund von Stimmrechten oder anderer Rechte über das potentielle Tochterunternehmen hat, es an positiven oder negativen variablen Rückflüssen aus dem Tochterunternehmen partizipiert und diese Rückflüsse durch seine Entscheidungsgewalt beeinflussen kann.

An der am 23. April 2014 neu gegründeten Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG ist die ZEAG Energie AG mit einem Kapitalanteil von 49,9% beteiligt. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen, die dem ZEAG-Konzern über Mehrfachstimmrechte im Aufsichtsrat der Beteiligungsgesellschaft zubilligen, kann der ZEAG-Konzern die Verfügungsgewalt über die relevanten Tätigkeiten in dieser Gesellschaft ausüben. Sie wird deshalb vollkonsolidiert in den ZEAG-Konzernabschluss einbezogen.

- IFRS 12 – „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“
Dieser Standard regelt die Angabepflichten in Bezug auf Anteile an anderen Unternehmen. Die erforderlichen Angaben sind erheblich umfangreicher gegenüber den bisher nach IAS 27, IAS 28 und IAS 31 vorzunehmenden Angaben.

Der ZEAG-Konzern ist den erweiterten Angabepflichten nachgekommen.

Veröffentlichte, noch nicht verpflichtend anzuwendende Standards

Außer den im Folgenden aufgeführten neuen Standards und Interpretationen, die einen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben können, wurden eine Reihe weiterer Standards und Interpretationen verabschiedet, die jedoch erwartungsgemäß keinen wesentlichen Einfluss auf den ZEAG-Konzernabschluss haben werden.

Für die folgenden neuen oder geänderten Standards und Interpretationen, die verpflichtend erst in späteren Geschäftsjahren anzuwenden sind, plant der ZEAG-Konzern keine frühzeitige Anwendung. Soweit nicht anders angegeben, werden die Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss derzeit geprüft.

EU Endorsement ist bereits erfolgt

- Änderungen zu IFRS 2011 – 2013

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an vier Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Betroffen sind die Standards IFRS 1, IFRS 3, IFRS 13 und IAS 40.

Die Änderungen sind erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen.

EU Endorsement ist noch ausstehend

- IFRS 9 – „Finanzinstrumente“

Der im Juli 2014 herausgegebene IFRS 9 ersetzt die bestehenden Leitlinien in IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung. IFRS 9 enthält überarbeitete Leitlinien zur Einstufung und Bewertung von Finanzinstrumenten, darunter ein neues Modell der erwarteten Kreditausfälle zur Berechnung der Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten, sowie die neuen allgemeinen Bilanzierungsvorschriften für Sicherungsgeschäfte. Er übernimmt auch die Leitlinien zur Erfassung und Ausbuchung von Finanzinstrumenten aus IAS 39.1.

IFRS 9 ist – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

- IFRS 14 – „Preisregulierungen“

Im Rahmen eines umfassenden Gesamtprojekts des IASB ist dieser Standard zunächst nur eine Zwischenlösung, die preisregulierten Unternehmen den Übergang auf eine Bilanzierung nach IFRS erleichtern soll, bis das IASB für alle IFRS-Bilanzierer gültige Regelungen herausgegeben hat.

Preisregulierungen sind insbesondere in Branchen mit Unternehmen, die eine erhebliche Marktmacht haben, vorzufinden – beispielsweise im Verkehrswesen oder im Versorgungsbereich (Strom, Wasser, Gas). Diese Regulierungen können zum Beispiel dazu führen, dass aufgrund einer Erhöhung bzw. Minderung von Mengen im aktuellen Geschäftsjahr eine Pflicht zur Preisminderung bzw. ein Recht auf Preiserhöhung im Folgejahr entsteht. Die Frage, ob diese Rechte bzw. Pflichten die Definition von Vermögenswerten bzw. Schulden nach IFRS erfüllen, wird heute mangels konkreter IFRS-Regelungen in der Literatur diskutiert, jedoch überwiegend verneint. Um die Regelungslücke zu schließen, hat das IASB hierzu ein umfassendes Projekt initiiert, dessen Abschluss jedoch erst in einigen Jahren zu erwarten ist.

Der Interim-Standard erlaubt nun IFRS-Erstanwendern, regulatorische Abgrenzungsposten auch im IFRS-Abschluss bilanziell zu erfassen. Voraussetzung ist, dass diese Bilanzposten bereits im bisherigen Abschluss nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften erfasst wurden.

Der neue Standard ist – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

- IFRS 15 – „Umsatzerlösrealisierung mit Kunden“

IFRS 15 legt einen umfassenden Rahmen zur Bestimmung fest, ob, in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt Umsatzerlöse erfasst werden. Er ersetzt bestehende Leitlinien zur Erfassung von Umsatzerlösen, darunter IAS 18 Umsatzerlöse, IAS 11 Fertigungsaufträge und IFRIC 13 Kundenbindungsprogramme.

IFRS 15 ist – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Eine frühzeitige Anwendung ist zulässig.

- Änderungen zu IFRS 10 und IAS 28 – „Veräußerung von Vermögenswerten an ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen“

Die Änderungen adressieren eine bekannte Inkonsistenz zwischen den Vorschriften des IFRS 10 und des IAS 28 (2011) für den Fall der Veräußerung von Vermögenswerten an ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen bzw. der Einlage von Vermögenswerten in ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen.

Nach IFRS 10 hat ein Mutterunternehmen den Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung eines Tochterunternehmens bei Verlust der Beherrschungsmöglichkeit in voller Höhe in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Demgegenüber verlangt der aktuell anzuwendende IAS 28.28, dass der Veräußerungserfolg bei Veräußerungstransaktionen zwischen einem Investor und einer at-equity bewerteten Beteiligung – sei es ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen – lediglich in der Höhe des Anteils der anderen an diesem Unternehmen zu erfassen ist.

Künftig soll der gesamte Gewinn oder Verlust aus einer Transaktion nur dann erfasst werden, wenn die veräußerten oder eingebrachten Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 darstellen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Transaktion als share oder asset deal ausgestaltet ist. Bilden die Vermögenswerte dagegen keinen Geschäftsbetrieb, ist lediglich eine anteilige Erfolgserfassung zulässig.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

- Änderungen zu IAS 1 – „Anhangangaben“
Die Änderungen betreffen verschiedene Ausweisfragen. Es wird klargestellt, dass Anhangangaben nur dann notwendig sind, wenn ihr Inhalt nicht unwesentlich ist. Dies gilt explizit auch dann, wenn ein IFRS eine Liste von Minimum-Angaben fordert. Zudem werden Erläuterungen zur Aggregation und Disaggregation von Posten in der Bilanz und der Gesamtergebnisrechnung aufgenommen. Des Weiteren wird klargestellt, wie Anteile am sonstigen Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen in der Gesamtergebnisrechnung darzustellen sind. Schließlich erfolgt die Streichung einer Musterstruktur des Anhangs hin zur Berücksichtigung unternehmensindividueller Relevanz.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

- Änderungen zu IAS 16 und IAS 38 – „Festlegung akzeptabler Abschreibungsmethoden“
Mit diesen Änderungen stellt das IASB weitere Leitlinien zur Festlegung einer akzeptablen Abschreibungsmethode zur Verfügung. Umsatzbasierte Abschreibungsmethoden sind demnach für Sachanlagen nicht und für immaterielle Vermögenswerte nur in bestimmten Ausnahmefällen (widerlegbare Vermutung der Unangemessenheit) zulässig.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

- Änderungen zu IAS 19 – „Zuordnung von Arbeitnehmerbeiträgen“
Mit den Änderungen werden die Vorschriften klargestellt, die sich mit der Zuordnung von Arbeitnehmerbeiträgen bzw. Beiträgen von dritten Parteien zu den Dienstleistungsperioden beschäftigen, wenn die Beiträge mit der Dienstzeit verknüpft sind. Darüber hinaus werden Erleichterungen geschaffen, wenn die Beiträge von der Anzahl der geleisteten Dienstjahre unabhängig sind.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen.

- Verbesserungen zu IFRS 2010 – 2012

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an sieben Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Daneben gibt es Änderungen mit Auswirkungen auf Anhangangaben. Betroffen sind die Standards IFRS 2, IFRS 3, IFRS 8, IFRS 13, IAS 16, IAS 24 und IAS 38.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen bzw. die Änderungen zu IFRS 2 und IFRS 3 auf Transaktionen, die am oder nach dem 1. Juli 2014 stattfinden.

- Verbesserungen zu IFRS 2012 – 2014

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an vier Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS/IAS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Betroffen sind die Standards IFRS 5, IFRS 7, IAS 19 und IAS 34.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

Anpassung der Vorjahreszahlen

Bei der Rückstellung für die Erneuerungsverpflichtung eines Wasserkraftwerks handelt es sich um eine Verpflichtung, die nach IAS 37.19 künftiger Geschäftstätigkeit zuzuordnen ist. Aufgrund dieser Neueinschätzung wurde die unter den langfristigen Rückstellungen ausgewiesene Erneuerungsrückstellung in Höhe von 2.387 T€ unter Berücksichtigung latenter Steuern in Höhe von 711 T€ retrospektiv aufgelöst.

Der Buchwert der langfristigen Rückstellungen zum 1. Januar 2014 verminderte sich dadurch von 43.712 T€ auf 41.325 T€. Die latenten Steuern erhöhten sich von 5.545 T€ auf 6.256 T€. Durch die Anpassung der Vorjahreszahlen verminderten sich die langfristigen Rückstellungen zum 1. Januar 2013 um 2.367 T€ auf 40.704 T€ gegenläufig hierzu erhöhten sich die latenten Steuern um 705 T€ auf 7.151 T€.

Darüber hinaus erfolgte hinsichtlich der Minderheitenanteile bei Personengesellschaften eine Ausweisanpassung nach IAS 32. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst. Die Ausweisänderung führte zu einer Verminderung bei den nicht beherrschenden Anteilen zum 1. Januar 2013 in Höhe von 104 T€ und einer entsprechenden Erhöhung bei den sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2013 beträgt der entsprechende Korrekturbetrag 12 T€.

Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen werden im Berichtsjahr erstmalig vollständig in den Umsatzerlösen nach IFRIC 12 ausgewiesen. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde der Vorjahresausweis angepasst und 910 T€ von den sonstigen betrieblichen Erträgen in die Umsatzerlöse zugewiesen.

Die Vorjahresangaben wurden entsprechend den oben dargestellten Ausführungen retrospektiv angepasst.

Die kumulierten Auswirkungen sind wie folgt aufgeführt:

☉ **Konzerngewinn- und Verlustrechnung**

in T€	2013 angepasst	2013 Anpassung	2012 angepasst	2012 Anpassung
Umsatzerlöse	181.324	910	156.514	912
Sonstige betriebliche Erträge	4.553	-910	4.999	-912
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.794	189	-9.020	-122
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	2.962	189	8.306	-122
Finanzerträge	11.037	-171	12.974	1
Finanzaufwendungen	-6.534	-	-6.363	353
Ergebnis vor Steuern	8.337	18	15.475	232
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.109	-6	-3.547	-69
Ergebnis nach Steuern	7.228	12	11.928	163
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallendes Ergebnis	-	2	-	1
davon den Anteilseignern der ZEAG Energie AG zustehend	7.228	10	11.928	163

☉ **Konzernbilanz**

in T€	31.12.2013	31.12.2012
AKTIVA		
Langfristige Vermögenswerte		
Immaterielle Vermögenswerte	9.751	10.512
Sachanlagen	129.524	127.664
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	640	641
Wertpapiere	83.124	95.463
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	10.565	10.833
Andere finanzielle Vermögenswerte	3.895	3.965
Steuererstattungsansprüche	1.632	2.171
Latente Steuern	-	-
	239.131	251.249
Kurzfristige Vermögenswerte		
Vorräte	952	1.094
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19.725	17.836
Wertpapiere	2.216	3.897
Andere finanzielle Vermögenswerte	22.352	22.429
Steuererstattungsansprüche Ertragsteuern	3.150	2.987
Sonstige Vermögenswerte	2.476	1.755
Zahlungsmittel	61.383	35.819
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-	-
	112.254	85.817
Summe Vermögenswerte	351.385	337.066

in T€	31.12.2013	31.12.2012
PASSIVA		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	19.400	19.400
Kapitalrücklage	23.849	23.849
Gewinnrücklagen ¹	181.588	185.695
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen	-1.070	1.253
	223.767	230.197
Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten		
Langfristige Schulden und Passivische Abgrenzungsposten		
Rückstellungen ¹	41.325	40.704
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	772	874
Ertragsteuerschulden	114	582
Latente Steuerschulden ¹	6.256	7.151
Passivischer Abgrenzungsposten	35.527	35.740
	83.994	85.051
Kurzfristige Schulden und Passivische Abgrenzungsposten		
Rückstellungen	2.820	2.096
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	1.035	1.067
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	38.057	16.747
Ertragsteuerschulden	468	720
Passivischer Abgrenzungsposten	1.244	1.188
	43.624	21.818
Summe Schulden	127.618	106.869
	351.385	337.066

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Konsolidierungskreis und Änderungen des Konsolidierungskreises

In den Konzernabschluss der ZEAG Energie AG werden alle wesentlichen Tochterunternehmen einbezogen, bei denen die ZEAG unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik ausüben kann. Dies ist in der Regel bei einem Anteilsbesitz oder Stimmrechtsanteil von mehr als 50 % der Fall.

Nach dem neuen Konzept von IFRS 10 ist Beherrschung gegeben, wenn das Mutterunternehmen die Entscheidungsgewalt aufgrund von Stimmrechten oder anderer Rechte über das Tochterunternehmen hat, es an positiven oder negativen variablen Rückflüssen aus dem Tochterunternehmen partizipiert und diese Rückflüsse durch seine Entscheidungsgewalt beeinflussen kann.

An der am 23. April 2014 neu gegründeten Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG ist die ZEAG Energie AG mit einem Kapitalanteil von 49,9 % beteiligt. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen, die dem ZEAG-Konzern über Mehrfachstimmrechte im Aufsichtsrat der Beteiligungsgesellschaft zubilligen, kann der ZEAG-Konzern die Verfügungsgewalt über die relevanten Tätigkeiten in dieser Gesellschaft ausüben und wird deshalb vollkonsolidiert in den ZEAG-Konzernabschluss einbezogen.

Darüber hinaus wird ein Wertpapierspezialfonds in den Konzernabschluss einbezogen.

Beteiligungen werden nach der Equity-Methode bilanziert, wenn der Konzern einen maßgeblichen Einfluss auf diese ausübt. In der Regel ist dies bei einem Anteilsbesitz zwischen 20 % und 50 % der Fall.

Insgesamt setzt sich der Konsolidierungskreis wie folgt zusammen:

☉ Art der Konsolidierung und Anzahl

	2014	2013
Vollkonsolidierte Unternehmen	17	16
at equity bewertete Unternehmen	2	2
	19	18

Die in den Konzernabschluss einbezogenen vollkonsolidierten Gesellschaften werden im Rahmen der Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen aufgeführt.

Konsolidierungsmethoden

Alle konzerninternen Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Erträge und Aufwendungen sowie Zwischenergebnisse werden im Konzernabschluss eliminiert.

Die Konsolidierung der wesentlichen Tochtergesellschaften erfolgt ab dem Zeitpunkt, ab dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss ausüben kann, d. h. ab dem Erwerb bzw. der Gründung der Tochtergesellschaften. Sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen endet wird die entsprechende Gesellschaft nicht mehr in den Konzernabschluss einbezogen.

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Anschaffungskosten der Beteiligungen mit dem auf sie entfallenden, neu bewerteten Eigenkapital zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung verrechnet. Im vorliegenden Konzernabschluss ergaben sich nach der Zuordnung zu Vermögenswerten keine Unterschiedsbeträge.

Minderheitsanteile an deutschen Personengesellschaften werden als finanzielle Verbindlichkeit ausgewiesen. Die Erstbewertung der finanziellen Verbindlichkeit erfolgt mit dem Barwert der Abfindungsverpflichtung. Unterschiedsbeträge zwischen dem Transaktionspreis und dem Barwert der Abfindungsverpflichtung werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. In der Folgebewertung werden Gewinnanteile, die auf Fremdgegesellschafter entfallen im Finanzergebnis erfasst und die Verbindlichkeit entsprechend erhöht.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert. Diese Anteile werden zunächst mit den Anschaffungskosten und in den Folgeperioden entsprechend dem fortgeschriebenen anteiligen Nettovermögen angesetzt. Die Buchwerte werden jährlich um die anteiligen Ergebnisse, die Gewinnausschüttungen und die sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht oder reduziert.

Anteile an Unternehmen für die kein Einbezug im Rahmen der Vollkonsolidierung oder at equity-Methode erfolgt werden gemäß IAS 39 bilanziert.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Entgeltlich erworbene **Immaterielle Vermögenswerte** mit bestimmbarer Nutzungsdauer werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bilanziert. Ein Strombezugsrecht wird leistungsbezogen beschrieben. Den Abschreibungen auf geleistete Baukostenzuschüsse liegt eine Nutzungsdauer von 20 Jahren zugrunde. Die Wassernutzungsrechte werden entsprechend ihres Nutzungszeitraums über bis zu 83 Jahre beschrieben. Die Abschreibungsdauer entgeltlich erworbener Software beträgt drei Jahre. Ein im Rahmen eines früheren Unternehmenszusammenschlusses erworbener Kundenstamm wird entsprechend der Laufzeit der zugrunde liegenden Konzessionsverträge beschrieben. Immaterielle Vermögensgegenstände mit unbestimmter Nutzungsdauer bestehen nicht.

Abschreibungsmethoden, Nutzungsdauern und Restwerte werden an jedem Abschlussstichtag überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Gegenstände des **Sachanlagevermögens** werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der kumulierten planmäßigen Abschreibungen bewertet. Den Abschreibungen liegt die lineare Abschreibungsmethode zugrunde.

Fremdkapitalkosten die direkt oder indirekt beim Erwerb oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts anfallen, der einen Erstellungszeitraum von mehr als zwölf Monaten erfordert, werden als Teil der Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert. Sowohl im Berichtsjahr als auch im Vorjahr wurden keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Wartungs- und Reparaturkosten werden aufwandswirksam erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, die eine Erweiterung oder wesentliche Verbesserung eines Vermögenswerts bewirken, werden aktiviert.

Investitionszuschüsse mindern die Anschaffungs- und Herstellungskosten der entsprechenden Vermögenswerte nicht. Sie werden passivisch abgegrenzt.

Das Sachanlagevermögen wird konzerneinheitlich nach der linearen Methode über folgende geschätzten Nutzungsdauern abgeschrieben:

☉ **Nutzungsdauern**

	Jahre
Gebäude	25 – 50
Kraftwerke	15 – 50
Stromverteilungsanlagen	25 – 45
Gasverteilungsanlagen	15 – 55
Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 – 14

Die als **Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien** betreffen nicht betriebsnotwendige unbebaute Grundstücke des 2003 aufgegebenen Zementbereichs. Diese sind zu Anschaffungskosten aktiviert. Der im Anhang ausgewiesene Marktwert der Immobilien wurde nach der in Deutschland anerkannten Methode aus den Bodenrichtwerten abgeleitet. Auf eine Bewertung durch einen unabhängigen Gutachter wurde aus Gründen der Wesentlichkeit verzichtet.

Die Vermögenswerte werden regelmäßig auf **Wertminderungen** überprüft. Bei Hinweisen auf eine mögliche Wertminderung wird im Rahmen eines Werthaltigkeitstests festgestellt, welcher Betrag für den betreffenden Vermögenswert erzielt werden kann. Der erzielbare Betrag ist dabei der höhere aus Nutzungswert und Nettoveräußerungswert. Sofern der erzielbare Betrag des Vermögenswertes den Buchwert unterschreitet, wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Ist der Vermögenswert Teil einer Zahlungsmittel generierenden Einheit, wird der erzielbare Betrag auf Ebene der jeweiligen Einheit ermittelt. Dabei werden die mittelfristig zu erwartenden Cashflows je Zahlungsmittel generierender Einheit auf Basis von Planungsrechnungen unter Einbeziehung aktueller Marktzinsen ermittelt. Wertaufholungen bei Wegfall der Gründe erfolgen maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Die **Wertpapiere** werden der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet und sind zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Von der Option, finanzielle Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten, wird kein Gebrauch gemacht. Bei Kauf oder Verkauf von Wertpapieren werden diese zum Handelstag angesetzt bzw. ausgebucht.

Die **sonstigen finanziellen Vermögenswerte** beinhalten im Wesentlichen Darlehensforderungen und sonstige Beteiligungen; diese werden der Kategorie „Kredite und Forderungen“ zugeordnet.

Darlehensforderungen werden zu Anschaffungskosten, unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Darlehen zum Barwert angesetzt.

Es besteht kein aktiver Markt für die nicht nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen. Da deren beizulegender Wert gegenwärtig nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden sie zu Anschaffungskosten bewertet.

Die **Vorräte** werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder dem niedrigeren Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag aktiviert. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Risiken aus einer geminderten Verwertbarkeit werden mittels angemessener Abschläge berücksichtigt.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dieser entspricht grundsätzlich den Anschaffungskosten unter Abzug etwa erforderlicher Wertberichtigungen.

Andere finanzielle Vermögenswerte werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die übrigen sonstigen Vermögenswerte werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert bewertet.

Die **Zahlungsmittel** umfassen die Kassenbestände, die Guthaben bei Kreditinstituten und kurzfristige Einlagen mit ursprünglichen Fälligkeiten von weniger als drei Monaten.

Passiva

Rückstellungen werden gebildet, wenn rechtliche oder faktische Verpflichtungen entstanden sind, die sich auf ein vergangenes Ereignis beziehen, künftig zu einem wahrscheinlichen Ressourcenabfluss führen und deren Höhe zuverlässig geschätzt werden kann. Die Bewertung erfolgt mit dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag.

Langfristige Rückstellungen werden mit dem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bewertet. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach IAS 19 angesetzt. Eine durch Zeitablauf bedingte Erhöhung wird im Zinsaufwand berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IAS 19 (revised 2011) bewertet. Dabei kommt das Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) zur Anwendung. Bei diesem Verfahren werden auch künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen berücksichtigt. Veränderungen des Rechnungszinsfußes und der sonstigen Rechnungsparameter sowie Abweichungen zwischen den verwendeten Parametern und den tatsächlichen Veränderungen führen zu versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten. Diese werden im sonstigen Ergebnis erfasst. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand, der Zinsanteil der Rückstellungszuführung im Finanzergebnis ausgewiesen.

Aktive und passive **latente Steuern** werden gemäß dem Temporary Concept (IAS 12) auf sämtliche zeitliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede zwischen dem Wertansatz eines Vermögenswerts bzw. einer Schuld in der IFRS-Bilanz und dem steuerlichen Wertansatz gebildet. Dabei werden die zum Bilanzstichtag geltenden Steuersätze zugrunde gelegt. Der Konzernsteuersatz beträgt wie im Vorjahr 29,8 %.

Latente Steuerschulden, die sich auf direkt im Eigenkapital erfasste Posten beziehen, werden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, sofern der Konzern einen einklagbaren Anspruch auf die Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjekts beruhen und von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Schulden sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und werden nachfolgend mit den fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Die Baukostenzuschüsse und vorausgezahlte Erbbauzinsen werden als **Passivischer Abgrenzungsposten** ausgewiesen. Die Baukostenzuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögenswerte über einen Zeitraum von in der Regel 40–45 Jahren ertragswirksam aufgelöst. Der Rechnungsabgrenzungsposten für vorausgezahlte Erbbauzinsen wird in jährlich gleichbleibenden Raten entsprechend der Laufzeit des Erbbaurechts aufgelöst.

Die Erträge aus der Auflösung des passivischen Abgrenzungspostens für im Voraus gezahlte Erbbauzinsen werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst. Die Auflösungsbeträge für die vereinnahmten Baukostenzuschüsse werden unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Finanzinstrumente sind alle Vertragsverhältnisse, die bei der einen Partei zu einem finanziellen Vermögenswert und bei der anderen Partei zu einer finanziellen Schuld oder zu einem Eigenkapitalinstrument führen. Bei den Finanzinstrumenten wird zwischen originären und derivativen Finanzinstrumenten differenziert.

Originäre Finanzinstrumente werden bei ihrem erstmaligen Ansatz grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierzu gehören Finanzinvestitionen des Anlage- und Umlaufvermögens, ausgereichte Kredite und Forderungen sowie finanzielle Verbindlichkeiten. Finanzinstrumente, die als zu Handelszwecken gehalten (Held for trading) klassifiziert sind, werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Finanzinvestitionen des Anlage- und Umlaufvermögens, die gemäß IAS 39 „als zur Veräußerung verfügbar“ kategorisiert sind, werden regelmäßig zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wenn dieser verlässlich bestimmbar ist. Die aus der Folgebewertung resultierenden unrealisierten Gewinne und Verluste werden erfolgsneutral über das sonstige Ergebnis im Eigenkapital erfasst. Als beizulegender Zeitwert wird der Börsenkurs zum Bilanzstichtag zugrunde gelegt. Fallen die beizulegenden Zeitwerte von „als zur Veräußerung verfügbar“-klassifizierten Finanzinvestitionen unter die Anschaffungskosten und liegen objektive Hinweise für eine signifikante oder dauerhafte Wertminderung vor, werden die bislang im Eigenkapital erfassten kumulierten Gewinne und Verluste unmittelbar erfolgswirksam erfasst.

Finanzinvestitionen in Eigenkapitaltitel, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis existiert und deren beizulegende Zeitwerte nicht mit vertretbarem Aufwand verlässlich ermittelbar sind, werden zu Anschaffungskosten bewertet. Hierbei handelt es sich um sonstige Beteiligungen, die nicht börsennotiert sind. Liegen objektive Hinweise für eine signifikante oder dauerhafte Wertminderung vor, werden diese Wertminderungen unmittelbar erfolgswirksam erfasst.

Kredite und Forderungen werden, sofern sie nicht mit Sicherungsinstrumenten im Zusammenhang stehen, zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Dabei handelt es sich um Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, verzinsliche Forderungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige kurzfristige operative Forderungen. Bei kurzfristigen Forderungen entsprechen die fortgeführten Anschaffungskosten grundsätzlich dem Nennwert bzw. dem Rückzahlungsbetrag.

Forderungen werden zu dem Zeitpunkt aus der Konzernbilanz ausgebucht, zu dem alle Chancen und Risiken übertragen wurden und der mit den Forderungen verbundene Zahlungseingang sichergestellt ist. Werden nicht alle Chancen und Risiken übertragen, werden die Forderungen dann ausgebucht, wenn die Verfügungsmacht über die Forderungen übergegangen ist. Bestehen objektive Hinweise darauf, dass bei den Krediten und Forderungen Wertminderungen eingetreten sind (z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder negative Veränderungen des Marktumfelds des Schuldners), werden diese erfolgswirksam erfasst. Bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgen die Wertminderungen unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos. Eine Ausbuchung erfolgt, sobald eine Forderung tatsächlich ausgefallen ist. Wertaufholungen werden vorgenommen, wenn die Gründe für die vorgenommenen Wertminderungen entfallen sind.

Der erstmalige Ansatz von originären finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt zum beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung bzw. zum Wert der erhaltenen Zahlungsmittel abzüglich ggf. angefallener Transaktionskosten. Die Folgebewertung dieser Instrumente erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Hierunter fallen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige kurzfristige operative Verbindlichkeiten sowie kurz- und langfristige Finanzschulden.

Langfristige finanzielle Verbindlichkeiten werden abgezinst. Bei kurzfristigen finanziellen Verbindlichkeiten entsprechen die fortgeführten Anschaffungskosten grundsätzlich dem Nennwert bzw. dem Rückzahlungsbetrag.

Ein **derivatives Finanzinstrument** ist ein Vertrag, dessen Wert sich in Abhängigkeit von einer Variablen ändert, der in der Regel keine Anschaffungsauszahlung erfordert oder eine, die im Vergleich zu anderen Vertragsformen, von denen zu erwarten ist, dass sie in ähnlicher Weise auf Änderungen der Marktbedingungen reagieren, geringer ist, und der zu einem späteren Zeitpunkt beglichen wird. Alle derivativen Finanzinstrumente werden bei ihrer erstmaligen Erfassung am Handelstag mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die beizulegenden Zeitwerte sind auch für die Folgebewertungen relevant. Der beizulegende Zeitwert gehandelter derivativer Finanzinstrumente

entspricht dem Marktwert. Dieser Wert kann positiv oder negativ sein. Bei derivativen Finanzinstrumenten entspricht der beizulegende Zeitwert dem Betrag, den der Konzern bei vorzeitiger Beendigung des Finanzinstruments zum Abschlussstichtag entweder erhalten würde oder zahlen müsste.

Dabei steht die Absicherung gegen Marktpreisrisiken im Mittelpunkt. Die Marktbewertungen werden regelmäßig überwacht. Es werden keine derivativen Finanzinstrumente zu Spekulationszwecken kontrahiert oder gehalten.

Verträge, die für Zwecke des Empfangs oder der Lieferung nicht finanzieller Posten gemäß dem erwarteten Verkaufs- oder Nutzungsbedarf des Unternehmens abgeschlossen und in diesem Sinne gehalten werden (Own Use Contracts), werden nicht als derivative Finanzinstrumente, sondern als schwebende Geschäfte bilanziert.

Derivative Finanzinstrumente, für die keine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung angewendet wird, stellen betriebswirtschaftlich eine wirksame Absicherung im Rahmen der Konzernstrategie dar. Nach IAS 39 sind diese Instrumente für bilanzielle Zwecke als zu Handelszwecken gehalten zu qualifizieren. Die Zeitwerte dieser Derivate werden auf der Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Diese werden soweit möglich aus Notierungen auf aktiven Märkten abgeleitet. Liegen entsprechende Erkenntnisse nicht vor, werden bei der Bewertung unternehmensspezifische Planannahmen berücksichtigt.

Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte werden in der Bilanz gesondert ausgewiesen, wenn sie in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und die Veräußerung hochwahrscheinlich ist. Bei der Klassifizierung „als zur Veräußerung gehalten“ werden diese Vermögenswerte mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten angesetzt, sofern dieser geringer als deren Buchwert ist. Im Anhang werden hierzu zusätzliche Angaben gemacht.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse, bei denen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken am Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer übertragen werden, führen zur Aktivierung des Leasinggegenstands zu Beginn der Laufzeit des Leasingverhältnisses. Der Leasinggegenstand wird mit seinem beizulegenden Zeitwert angesetzt oder mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen, sofern dieser Wert niedriger ist. Leasingzahlungen werden derart in Finanzierungsaufwendungen und den Tilgungsanteil der Restschuld aufgeteilt, dass sich über die Laufzeit des Leasingverhältnisses ein konstanter Zinssatz auf die verbliebene Leasingverbindlichkeit ergibt. Finanzierungsaufwendungen werden erfolgswirksam erfasst. Leasinggegenstände werden über die Nutzungsdauer des Gegenstands abgeschrieben. Ist der Eigentumsübergang auf den Konzern am Ende der Laufzeit des Leasingverhältnisses jedoch nicht hinreichend sicher, wird der Leasinggegenstand über den kürzeren der beiden Zeiträume aus erwarteter Nutzungsdauer und Laufzeit des Leasingverhältnisses vollständig abgeschrieben.

Leasingzahlungen für Operating-Leasingverhältnisse werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Eventualverbindlichkeiten sind mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder gegenwärtige Verpflichtungen aus vergangenen Ereignissen, bei denen ein Ressourcenabfluss unwahrscheinlich ist oder deren Höhe nicht verlässlich ermittelt werden kann. Eventualverbindlichkeiten werden in der Bilanz nicht erfasst.

Ertragsrealisierung

Umsatzerlöse werden beim Risikoübergang auf den Kunden bzw. der Leistungserbringung realisiert. Mit dem Eigentums- oder Besitzübergang gehen die Chancen und Risiken grundsätzlich auf den Kunden über. Die Umsatzerlöse für Güter bzw. Dienstleistungen werden mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder zu erhaltenden Gegenleistung bewertet.

Die Umsatzerlöse werden um Erlösschmälerungen, wie z. B. Preisnachlässe oder Skonti vermindert und ohne Umsatzsteuer sowie nach Eliminierung konzerninterner Verkäufe ausgewiesen. Sie ergeben sich größtenteils aus Strom- und Gasverkäufen, aus den Entgelten für die Verteilung von Strom und Gas und aus energienahen Dienstleistungen.

Zinserträge werden mit Hilfe der Effektivzinsmethode zeitanteilig erfasst. Dividendenerträge werden erfasst, wenn das Recht auf den Empfang der Zahlung entsteht.

Annahmen und Schätzungsunsicherheiten bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses sind bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Ermessensentscheidungen und Schätzungen vorzunehmen, die sich auf die Wertansätze und Schulden, die Erträge und Aufwendungen sowie auf die Angaben der Eventualschulden auswirken können. Die dabei zugrunde gelegten Einschätzungen können sich verändern und können damit Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Ermessensentscheidungen:

Das Management hat bei der Anwendung der Rechnungslegungsmethoden des Konzerns folgende Ermessensentscheidungen getroffen, die die Bewertungsansätze im ZEAG-Konzernabschluss wesentlich beeinflussen:

- **Finanzielle Vermögenswerte** sind den Bewertungskategorien „zu Handelszwecken gehalten“, „zur Veräußerung verfügbar“, „bis zur Endfälligkeit gehalten“ und „Kredite und Forderungen“ zuzuordnen. Wertänderungen bei „zur Veräußerung verfügbaren“ finanziellen Vermögenswerten werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst, Wertänderungen bei „bis zur Endfälligkeit gehaltenen“ finanziellen Vermögenswerten werden dagegen nach der Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet (siehe dazu auch Erläuterung zu Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten).
- **Pensionsleistungen**
Der Barwert von Pensionsverpflichtungen wird anhand versicherungsmathematischer Berechnungen ermittelt. Dabei stellen insbesondere die Rechnungszinssätze, biometrische Wahrscheinlichkeiten sowie Trendannahmen für künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen und die Entwicklung der gesetzlichen Renten wesentliche Schätzgrößen dar. Abweichende tatsächliche Entwicklungen gegenüber diesen Schätzungen können zu Unterschieden zwischen dem bilanzierten Wert und den tatsächlich im Zeitablauf entstehenden Verpflichtungen führen. Aufgrund der Komplexität der Bewertung und ihrer Langfristigkeit reagiert eine leistungsorientierte Verpflichtung höchst sensibel auf Änderungen dieser Annahmen. Im Einklang mit den Bestimmungen des IAS 19 werden die sich hieraus ergebenden versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste vollständig im sonstigen Ergebnis erfasst. Änderungen dieser Schätzgrößen haben damit direkte Auswirkungen auf die Gesamtergebnisrechnung des ZEAG-Konzerns.

Die den Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen und Prognosen sind naturgemäß ungewiss und veränderlich. Diese stellen ein erhebliches Risiko dar, welches innerhalb des nächsten Geschäftsjahrs zu einer wesentlichen Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden führen könnte. Nachfolgend werden die wesentlichen zukunftsbezogenen Annahmen und sonstige am Stichtag existierende Quellen von Schätzungsunsicherheiten näher beschrieben:

Sachanlagen:

Wertminderungen durch technischen Fortschritt und Schäden können eine außerplanmäßige Abschreibung der Sachanlagen erforderlich machen. Deren Buchwerte betragen zum Bilanzstichtag 138.785 T€ (Vorjahr 129.524 T€).

Bewertung der at equity-Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG:

Im Rahmen eines Impairmenttests wurden die mit 5,4 % (Vorjahr 6,2 %) (nach Steuern) diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows der Gesellschaft abgezinst und dem Buchwert gegenübergestellt.

Der Differenzbetrag wurde als Zuschreibung (im Vorjahr Abschreibung) in Höhe von 1.468 T€ (Vorjahr 37 T€) auf den Beteiligungsbuchwert im Periodenergebnis erfasst. Der Buchwert des assoziierten Unternehmens beträgt zum Bilanzstichtag 11.456 T€ (Vorjahr 10.172 T€). Grundlage hierfür bildeten die abgeschlossenen Mietverträge, welche eine Laufzeit bis 31.12.2059 vorsehen.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:

Bei finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 78.363 T€ (Vorjahr 85.340 T€), die der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet sind, werden Wertänderungen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Wertminderungen, welche voraussichtlich dauerhaft sind, werden erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst. Nach herrschender Meinung bestehen bei Eigenkapitalinstrumenten objektive, substantielle Hinweise für das Vorliegen einer nachhaltigen Wertminderung, wenn der beizulegende Zeitwert um mindestens 20 % oder während der letzten neun Monate unter dem Wert der Anschaffungskosten liegt. Aus diesem Grunde waren im Geschäftsjahr 2014 außerplanmäßige Abschreibungen auf zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen in Höhe von 487 T€ vorzunehmen (Vorjahr 2.160 T€).

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

Der beizulegende Zeitwert der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird basierend auf Börsenkursen oder auf Grundlage anerkannter Bewertungsverfahren einschließlich der Discounted-Cashflow-Methode bestimmt. Soweit sich die in das Bewertungsverfahren eingehenden Parameter nicht auf beobachtbare Marktdaten stützen, sind entsprechende Annahmen zu treffen, die sich auf die Höhe des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auswirken können.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte:

Dem Kreditrisiko wird durch Bildung von Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen Rechnung getragen. Bei der Bemessung der Höhe der Wertberichtigung werden einzelne Forderungen, Fälligkeitsstrukturen, die Bonität der Kunden, Erfahrungen in Bezug auf Ausbuchungen von Forderungen der Vergangenheit und Veränderungen von Zahlungsbedingungen in Abhängigkeit von eigenen Einschätzungen und Beurteilungen berücksichtigt. Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 17.696 T€ (Vorjahr 19.725 T€) sowie den sonstigen Vermögenswerten insgesamt beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 107 T€ (Vorjahr 122 T€).

Pensionsrückstellungen:

Durch die Auswahl der Prämissen, wie Rechnungszins oder Trendannahmen, durch den Ansatz biometrischer Wahrscheinlichkeiten nach den Heubeck-Richttafeln 2005 G sowie durch die verwendeten Näherungsverfahren bei der Berechnung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bei der Ermittlung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen in Höhe von 49.652 T€ (Vorjahr 39.624 T€) können sich Abweichungen gegenüber den im Zeitablauf tatsächlich entstehenden Verpflichtungen ergeben.

Sonstige Rückstellungen:

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 3.340 T€ (Vorjahr 3.180 T€) betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus einem abgeschlossenen Stromliefervertrag, deren Bewertung vergangenheitsbezogene Erfahrungen zugrunde liegen. Abweichungen von diesen Erfahrungen und sonstigen Berechnungsgrundlagen von diesen Ansätzen können im Falle einer Inanspruchnahme zu Abweichungen der Verpflichtung führen.

Ertragsteuern:

Zur Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern werden das zukünftige voraussichtliche steuerpflichtige Einkommen, die Höhe und der Zeitpunkt der Inanspruchnahme von aktiven latenten Steuern berücksichtigt.

Segmentberichterstattung

Segmente

Dem Zweck der Unternehmenssteuerung folgend ist der ZEAG-Konzern nach Produkten in Geschäftseinheiten organisiert. Der Vorstand der ZEAG Energie AG verantwortet und steuert den ZEAG-Konzern. Dieser überwacht in regelmäßigen Abständen auf Basis der monatlichen Berichterstattung die Ergebnisse der internen Segmente und entscheidet über die Ressourcenallokation.

In Übereinstimmung mit den Ansatz- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss wurden die Daten für die Segmentberichterstattung ermittelt.

Daraus ergeben sich folgende berichtspflichtige Geschäftssegmente:

Der Verkauf von elektrischer Energie durch die ZEAG Energie AG sowie die Stromverteilung durch die NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH (NHF), Heilbronn, und die Erbringung von energienahen Dienstleistungen sind im **Geschäftssegment Strom** zusammengefasst. Das Versorgungsgebiet umfasst die Städte Heilbronn und Lauffen a. N. sowie die Gemeinden Neckarwestheim und Kirchheim a. N. und bildet räumlich den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit. Seit 2012 erfolgt der Vertrieb von elektrischer Energie auch außerhalb des konzessionierten Versorgungsgebiets.

Die Aktivitäten der Gasversorgung Unterland GmbH (GU), Heilbronn, im Vertrieb von Erdgas sowie der Betrieb des Gasverteilernetzes durch die NHF werden im **Geschäftssegment Gas** abgebildet.

Das Versorgungsgebiet im Segment Gas umfasst im Landkreis Heilbronn sechs Kommunen nordwestlich von Heilbronn sowie die Gemeinden Obersulm, Langenbrettach und Neckarwestheim, im Neckar-Odenwald-Kreis die Stadt Adelsheim und im Landkreis Ludwigsburg die Gemeinde Kirchheim a. N. Seit Anfang 2010 wird Erdgas auch außerhalb des Netzgebiets vertrieben. Das Heizwerk in Heilbronn, Badstraße, das dem Segment Strom zugeordnet ist, wird konzernintern durch das Segment Gas mit Erdgas versorgt. Deshalb sind konzerninterne Umsatzerlöse in Höhe von 1.204 T€ (Vorjahr 1.369 T€) zu berücksichtigen.

Um Entscheidungen über die Ressourcenverteilung zu treffen und die Ertragskraft der Einheiten zu bestimmen, wird das Betriebsergebnis der Geschäftseinheiten getrennt überwacht.

Die Entwicklung der Segmente wird anhand des Betriebsergebnisses gesteuert und im Zusammenhang mit dem Konzernbetriebsergebnis bewertet.

Die Leistungsverrechnung zwischen den Segmenten erfolgt zu marktüblichen Konditionen. Segmenterträge, Segmentaufwendungen und das Segmentergebnis beinhalten neben externen Erträgen und Aufwendungen auch die bei der Konsolidierung eliminierten Verrechnungen zwischen den Geschäftsbereichen. Für Konsolidierungszwecke werden Erlöse aus Geschäften mit anderen Segmenten neutralisiert. Erträge und Aufwendungen, werden den Segmenten direkt zugeordnet.

Das Tätigkeitsfeld des ZEAG-Konzerns hat seinen Schwerpunkt in Baden-Württemberg. Daher wird keine geografische Segmentierung vorgenommen. Im Segment Strom wurden mit einem Kunden Umsätze in einem wesentlichen Umfang in Höhe von 19,6 Mio. € (Vorjahr 25,9 Mio. €) getätigt. Im Segment Gas erreichten wie im Vorjahr die Umsätze mit keinem Kunden einen wesentlichen Umfang.

Nachfolgend werden weitere Informationen zu Erträgen und Ergebnissen, Vermögenswerte und Schulden der Geschäftsfelder des Konzerns tabellarisch für die Geschäftsjahre 2014 und 2013 dargestellt.

Das Segmentergebnis Strom wird durch eine außerplanmäßige Abschreibung auf ein Strombezugsrecht in Höhe von 2,0 Mio. € belastet.

☰ *Geschäftsjahr 2014*

in T€	Geschäfts- bereich Strom	Geschäfts- bereich Gas	Konsolidierung	Summe Geschäfts- bereiche
Umsatzerlöse	178.542	16.990	-1.215	194.317
davon intrasegmentär	9	1.206		
Segmentergebnis	5.973	2.144	17	8.134
davon zahlungsunwirksame Erträge	1.260	349		
Nicht zuordenbares Ergebnis				-324
Ergebnis vor Ertragsteuern und Finanzergebnis				7.810
Sonstiges Beteiligungsergebnis				-
Ergebnis at equity bewertete Beteiligungen				1.846
Zinserträge und Dividenden				3.012
Zinsaufwendungen				-2.248
Sonstiges Finanzergebnis				1.349
Ergebnis vor Ertragsteuern				11.769
Ertragsteuern				-3.181
Ergebnis nach Steuern				8.588
Vermögenswerte und Schulden				
Segmentvermögen	262.510	27.515	211	290.236
Nicht zuordenbare Vermögenswerte				83.502
Summe Vermögenswerte				373.738
Segmentsschulden	142.380	10.874	211	153.465
Nicht zuordenbare Schulden				7.034
Summe Schulden				160.499
Sonstige Segmentinformationen				
Investitionen				
Immaterielle Vermögenswerte	200	-		
Sachanlagen	15.841	734		
Abschreibungen auf				
immaterielle Vermögenswerte	2.793	14		
Sachanlagen	6.080	748		

☉ **Geschäftsjahr 2013**

in T€	Geschäfts- bereich Strom	Geschäfts- bereich Gas	Konsolidierung	Summe Geschäfts- bereiche
Umsatzerlöse¹	169.592	13.108	-1.376	181.324
davon intrasegmentär	7	1.369		
Segmentergebnis¹	2.205	1.623	8	3.836
davon zahlungsunwirksame Erträge	1.660	452		
Nicht zuordenbares Ergebnis				-319
Ergebnis vor Ertragsteuern und Finanzergebnis				3.517
Sonstiges Beteiligungsergebnis				-
Ergebnis at equity bewertete Beteiligungen				317
Zinserträge und Dividenden ¹				3.560
Zinsaufwendungen				-1.747
Sonstiges Finanzergebnis				2.690
Ergebnis vor Ertragsteuern				8.337
Ertragsteuern ¹				-1.109
Ergebnis nach Steuern				7.228
Vermögenswerte und Schulden				
Segmentvermögen	229.497	29.441	-5.969	252.969
Nicht zuordenbare Vermögenswerte				98.416
Summe Vermögenswerte				351.385
Segmentsschulden ¹	112.998	14.360	-5.969	121.389
Nicht zuordenbare Schulden				6.229
Summe Schulden				127.618
Sonstige Segmentinformationen				
Investitionen				
Immaterielle Vermögenswerte	81	-		
Sachanlagen	8.784	860		
Abschreibungen auf				
immaterielle Vermögenswerte	828	14		
Sachanlagen	6.025	755		

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die nicht zuordenbaren Vermögenswerte des Konzerns betreffen im Wesentlichen Wertpapiere. Die nicht zuordenbaren Schulden betreffen überwiegend Verbindlichkeiten für Ertragsteuern im Vorjahr. Verbindlichkeiten für Ertragsteuern und latente Steuern. Das nicht zuordenbare Ergebnis betrifft insbesondere Verwaltungsgebühren für Wertpapiere.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung sowie Angaben zu Beschäftigten und zum Dividendenvorschlag

(1) Umsatzerlöse

Die Erlöse aus der typischen Geschäftstätigkeit werden erfasst, wenn die maßgeblichen Risiken und Chancen auf den Kunden übergegangen oder die vereinbarten Leistungen erbracht sind. Die vereinnahmten Strom- und Energiesteuern werden offen von den Umsatzerlösen abgesetzt.



in T€	2014	2013
Umsatzerlöse inkl. Strom- und Energiesteuer ¹	184.188	173.553
(davon aus der Auflösung von Rückstellungen)	(-47)	(-30)
Strom- und Energiesteuer	-14.568	-13.643
Umsatzerlöse aus Energielieferungen	169.620	159.910
Umsatzerlöse aus netznahen Dienstleistungen	24.697	21.414
Umsatzerlöse	194.317	181.324

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Im Rahmen der Segmentberichterstattung werden die Umsatzerlöse den einzelnen Segmenten zugeordnet. Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland realisiert.

(2) Sonstige Erträge

Die Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen werden mit deren Erbringung erfasst, sofern deren Höhe verlässlich messbar ist. Die sonstigen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

☉ Sonstige Erträge

in T€	2014	2013
aus Anlageabgängen	460	63
aus Auflösung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten ¹	215	207
aus Kostenverrechnungen (Dienstleistungen)	2.045	2.108
Periodenfremde Erträge	34	229
Sonstige	2.897	1.946
	5.651	4.553

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

(3) Materialaufwand



in T€	2014	2013
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	132.958	128.394
(davon aus der Auflösung von Rückstellungen)	(-)	(-503)
Aufwendungen für bezogene Leistungen	27.355	24.649
(davon aus der Auflösung von Rückstellungen)	(-)	(-18)
(davon Konzessionsabgaben)	(5.524)	(5.556)
	160.313	153.043

Der Anstieg der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist insbesondere auf die erhöhte EEG-Umlage zurückzuführen. Diese steigerte sich mengen- vor allem aber preisbedingt um rund 25% auf 44,3 Mio. €. Auf den Verbrauch von Vorräten entfallen 1.013 T€ (Vorjahr 801 T€).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen umfassen insbesondere die Aufwendungen für die Netznutzung, die Fremdleistungen für den Betrieb und die Unterhaltung der Anlagen und Netze sowie die vom Konzern zu leistenden Konzessionsabgaben. Konzessionsabgaben sind für die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze zu entrichten.

(4) Aufwendungen für Leistungen an Arbeitnehmer



in T€	2014	2013
Löhne und Gehälter	11.996	11.640
Soziale Abgaben	1.999	1.832
(davon Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung)	(962)	(873)
Aufwendungen für Altersversorgung und ähnliche Verpflichtungen*	725	590
	14.720	14.062

* einschließlich Beiträge an den Pensionssicherungsverein a. G.

Die Summe der beitragsorientierten Pensionsaufwendungen betragen im Berichtsjahr 962 T€ (Vorjahr 873 T€) und betreffen die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung.

(5) Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt



	2014	2013
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	171	159
Auszubildende	22	20
	193	179

Die Altersstruktur der Mitarbeiter setzt sich dabei wie folgt zusammen:

Altersstruktur

in %	2014	2013
bis 25 Jahre	10	8
26 bis 35 Jahre	11	14
36 bis 45 Jahre	20	23
46 bis 55 Jahre	43	37
über 55 Jahre	16	18
	100	100

(6) Abschreibungen

Abschreibungen auf

in T€	2014	2013
immaterielle Vermögenswerte	2.807	842
Sachanlagen	6.828	6.780
	9.635	7.622

(7) Sonstige Aufwendungen



in T€	2014	2013
Verluste aus Anlageabgängen	82	1
Verwaltungs- und Vertriebskosten ¹	8.304	8.409
Periodenfremde Aufwendungen	92	-38
(davon aus der Auflösung von Rückstellungen)	(-103)	(-)
Sonstige Steuern	-12	62
Übrige	285	360
	8.751	8.794

¹Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

(8) Ergebnis aus at equity-bewerteten Beteiligungen

Das Ergebnis aus den at equity-bewerteten Beteiligungen resultiert im Wesentlichen aus den Gewinnanteilen unserer Beteiligungen an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG und der EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG, sowie der Zuschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG.



in T€	2014	2013
Laufendes Ergebnis aus at equity bewerteten Beteiligungen	401	380
Zuschreibungen at equity bewerteter Beteiligungen	1.468	-39
	1.869	341

(9) Übriges Beteiligungsergebnis

Im übrigen Beteiligungsergebnis werden die Erträge aus sonstigen Beteiligungen und Erträge aus dem Verkauf sonstiger Beteiligungen ausgewiesen.



in T€	2014	2013
Erträge aus Beteiligungen	352	187
(davon verbunden, nicht einbezogene Unternehmen)	(23)	(12)
Ergebnis aus Abgang von Beteiligungen	-	344
Ergebnis aus Beteiligungen	352	531

(10) Finanzergebnis



in T€	2014	2013
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge ¹	1.885	2.414
(davon aus Wertpapieren)	(1.765)	(2.246)
(davon aus der Auflösung von Rückstellungen)	(-)	(-171)
Dividenden	1.127	1.146
Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren, Optionen und Zuschreibungen auf Wertpapiere und Ausleihungen	5.457	7.477
(davon aus Zuschreibungen)	(-)	(18)
Finanzerträge	8.469	11.037
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-209	-271
Nicht beherrschte Gewinnanteile Personengesellschaften	-562	-2
Zinsanteil der Zuführungen zu den Personalrückstellungen ¹	-1.478	-1.474
Aufwendungen aus Bewertung sonstiger Finanzderivate ohne Sicherungsbezug	-	-4
Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren, Optionen und Abschreibungen auf Wertpapiere	-4.108	-4.783
(davon aus Abschreibungen)	(-487)	(-2.160)
Finanzaufwendungen	-6.357	-6.534
Finanzergebnis	2.112	4.503

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Zinsen und ähnlichen Erträge umfassen im Wesentlichen Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Bankguthaben.

Die ausgewiesenen Erträge aus Zinsen und Dividenden werden periodengerecht erfasst, sobald ein vertraglicher und rechtlicher Anspruch besteht.

Die Zinserträge für finanzielle Vermögenswerte, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert auszuweisen sind, belaufen sich auf 1.859 T€ (Vorjahr 2.572 T€). Von diesen Zinserträgen entfallen 1.543 T€ (Vorjahr 1.690 T€) auf Zinserträge nach der Effektivzinsmethode.

Zinsaufwendungen für finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert auszuweisen sind, betragen 771 T€ (Vorjahr 273 T€).

(11) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:



in T€	2014	2013
Laufende Ertragsteuern	9.016	1.582
Latente Steuern ¹	-5.835	-473
Ertragsteuern (- Ertrag / + Aufwand)¹	3.181	1.109

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für die Berechnung der latenten Steuern kommt unverändert ein Gesamtsteuersatz von 29,8 % zur Anwendung. Dieser ergibt sich aus dem Körperschaftsteuersatz von 15,0 % zuzüglich des Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer sowie einem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz von 14,0 %.

Im laufenden Steueraufwand sind aperiodische Steuererträge in Höhe von 209 T€ (Vorjahr 593 T€) enthalten.

Mit der folgenden Aufstellung wird vom erwarteten Steueraufwand auf den effektiv ausgewiesene Steueraufwand übergeleitet:



in T€	2014	2013
Ergebnis vor Steuern ¹	11.769	8.337
Theoretischer Steuersatz	29,8 %	29,8 %
Erwarteter Steueraufwand:	3.507	2.484
Steuereffekte durch		
Steuerfreie Erträge	-920	-1.983
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	435	927
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen	103	35
Periodenfremde Steuern	38	-603
Sonstige Effekte	18	249
Effektive Ertragsteuern (- Ertrag / + Aufwand)	3.181	1.109

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

(12) Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis des Konzerns in Höhe von 8.588 T€ (Vorjahr 7.228 T€) ist in vollem Umfang den Aktionären der Muttergesellschaft zuzurechnen.

Das Ergebnis je Aktie ergibt sich aus der Division des den Inhabern der Aktien des Mutterunternehmens zuzurechnenden Ergebnisses mit der Anzahl der während des Jahres 2014 ausgegebenen Aktien.

Bei ausgegebenen 3.778.000 Stück Inhaber-Stückaktien ergibt sich aus dem ausgewiesenen Periodenergebnis von 8.588 T€ (Vorjahr 7.228 T€) ein Ergebnis je Aktie von 2,27 € (Vorjahr 1,91 €). Wie im Vorjahr sind auch im Geschäftsjahr keine Verwässerungseffekte eingetreten.

(13) Dividendenvorschlag

Der voraussichtlich am 12. Mai 2015 stattfindenden Hauptversammlung werden Vorstand und Aufsichtsrat die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 2,90 € (Vorjahr 3,00 €) je Stückaktie für das Geschäftsjahr 2014 vorschlagen.



in T€	2014	2013
Dividende für 2014 2,90 € (Vorjahr: 3,00 €) je Aktie	10.956	11.334
Ausschüttungsvorschlag	10.956	11.334

Erläuterungen zur Bilanz und zur Kapitalflussrechnung

(14) Immaterielle Vermögenswerte

Die immateriellen Vermögenswerte entwickelten sich im Geschäftsjahr 2014 wie folgt:



in T€	Geleistete Baukosten- zuschüsse	Strom- bezugs- und sonstige Nutzungs- rechte	Software	Kunden- stamm*	Summe
Stand 1. Januar 2014					
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.912	14.835	1.874	2.362	22.983
Kumulierte Abschreibungen	-3.705	-5.528	-1.664	-2.335	-13.232
Buchwert 1. Januar 2014	207	9.307	210	27	9.751
Zugänge	-	-	200	-	200
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-	-
Wertminderungen nach IAS 36	-	-2.018	-	-	-2.018
Abschreibungen	-6	-616	-153	-14	-789
Buchwert 31. Dezember 2014	201	6.673	257	13	7.144
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.506	14.835	2.000	2.362	22.703
Kumulierte Abschreibungen	-3.305	-8.162	-1.743	-2.349	-15.559
Buchwert 31. Dezember 2014	201	6.673	257	13	7.144
Stand 1. Januar 2013					
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.912	14.835	1.876	2.362	22.985
Kumulierte Abschreibungen	-3.665	-4.855	-1.632	-2.321	-12.473
Buchwert 1. Januar 2013	247	9.980	244	41	10.512
Zugänge	-	-	81	-	81
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-	-
Abschreibungen	-40	-673	-115	-14	-842
Buchwert 31. Dezember 2013	207	9.307	210	27	9.751
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.912	14.835	1.874	2.362	22.983
Kumulierte Abschreibungen	-3.705	-5.528	-1.664	-2.335	-13.232
Buchwert 31. Dezember 2013	207	9.307	210	27	9.751

* im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworben

Die Restnutzungsdauer der Strombezugsrechte in Höhe von 6.152 T€ (Vorjahr 8.748 T€) beträgt zwischen acht und 27 Jahren und für Wassernutzungsrechte bis zu 29 Jahren.

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Abschreibungen enthalten zum Bilanzstichtag eine außerplanmäßige Abschreibung auf ein Strombezugsrecht in Höhe von 2,0 Mio. € im Segment Strom. Sinkende Strompreise führten zu einer anlassbezogenen Werthaltigkeitsprüfung eines konventionellen Strombezugsrechts. Der für den Vermögenswert erzielbare Betrag entspricht dabei dem Nutzungswert in Höhe von 1.236 T€. Der volatile Barwertzinssatz wurde nach der Svensson-Methode ermittelt.

(15) Sachanlagen

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Sachanlagen stellt sich wie folgt dar:



in T€	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	Technische Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Anlagen im Bau	Summe
Stand 1. Januar 2014				
Anschaffungs- und Herstellungskosten	20.215	240.745	2.785	263.745
Kumulierte Abschreibungen	-7.359	-126.862	–	-134.221
Buchwert 1. Januar 2014	12.856	113.883	2.785	129.524
Zugänge	807	11.274	9.563	21.644
Umbuchungen	-50	-37	87	–
Abgänge	-21	-465	–	-486
Abgänge Konsolidierungskreis	–	–	–	–
Umgliederung zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	–	-5.069	–	-5.069
Abschreibungen	-344	-6.484	–	-6.828
Buchwert 31. Dezember 2014	13.248	113.102	12.435	138.785
Anschaffungs- und Herstellungskosten	20.786	244.461	12.435	277.682
Kumulierte Abschreibungen	-7.538	-131.359	–	-138.897
Buchwert 31. Dezember 2014	13.248	113.102	12.435	138.785
Stand 1. Januar 2013				
Anschaffungs- und Herstellungskosten	17.644	237.168	746	255.558
Kumulierte Abschreibungen	-7.067	-120.827	–	-127.894
Buchwert 1. Januar 2013	10.577	116.341	746	127.664
Zugänge	2.514	4.263	2.867	9.644
Umbuchungen	57	391	-448	–
Abgänge	–	-182	–	-182
Abgänge Konsolidierungskreis	–	-442	-380	-822
Abschreibungen	-292	-6.488	–	-6.780
Buchwert 31. Dezember 2013	12.856	113.883	2.785	129.524
Anschaffungs- und Herstellungskosten	20.215	240.745	2.785	263.745
Kumulierte Abschreibungen	-7.359	-126.862	–	-134.221
Buchwert 31. Dezember 2013	12.856	113.883	2.785	129.524

(16) Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien



in T€	2014	2013
Stand 1. Januar		
Anschaffungs- und Herstellungskosten	1.032	1.033
Kumulierte Abschreibungen	-392	-392
Buchwert 1. Januar	640	641
Abgänge	-32	-1
Abschreibungen	-	-
Buchwert 31. Dezember	608	640
Anschaffungs- und Herstellungskosten	1.000	1.032
Kumulierte Abschreibungen	-392	-392
Buchwert 31. Dezember	608	640

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien betreffen unbebaute Grundstücke des ehemaligen Zementbereichs. Der Marktwert zum Bilanzstichtag reduzierte sich durch vorgenommene Verkäufe auf 1.176 T€ (Vorjahr 1.260 T€).

Die Pachterträge aus diesen Immobilien betragen 6 T€ (Vorjahr 6 T€). Die direkt zurechenbaren betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 1 T€ (Vorjahr 1 T€). Die Pachtverträge sind jährlich kündbar.

Verpflichtungen zum Erwerb von als Finanzinvestitionen zu haltenden Immobilien bestehen nicht.

(17) Wertpapiere (langfristig)

Die Wertpapiere werden der Kategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet. Sie werden zum „beizulegenden Zeitwert“ bewertet. Darunter fallen börsennotierte variabel und festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Anteile an Publikumsfonds.

Die im Bestand gehaltenen Wertpapiere werden entsprechend der längerfristigen Anlagestrategie, soweit diese bei fester Laufzeit am Bilanzstichtag noch eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, unter den langfristigen Vermögenswerten ausgewiesen.

Im Berichtsjahr waren bei verschiedenen Aktienbeständen aufgrund signifikanter bzw. länger andauernder Wertminderungen erfolgswirksam Abschreibungen vorzunehmen. Im Geschäftsjahr erfolgten Abschreibungen auf den Wertpapierbestand in Höhe von 487 T€ (Vorjahr 2.160 T€). Zum Bilanzstichtag besteht aus der erfolgsneutralen Bewertung zum Fair Value eine Neubewertungsrücklage in Höhe von 5,2 Mio. € (Vorjahr 6,1 Mio. €).

Weitere Erläuterungen hierzu erfolgen bei den Angaben zum Finanzrisikomanagement und den Finanzinstrumenten.

(18) At equity bewertete Unternehmen

Bei den nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen handelt es sich um die 44,11 %-ige Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG, Heilbronn, zum Zweck der Vermietung des Verwaltungsgebäudes und die 37 %-ige Beteiligung an der EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Eventualverpflichtungen der Gesellschaften belaufen sich auf 5.415 T€ (Vorjahr 1.970 T€).

Bei der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG bestehen Preis- und Belegungsrisiken. Mieteinnahmen können aufgrund leer stehenden, nicht vermieteten Gebäude wegfallen, so dass sich künftige Ergebnisse negativ entwickeln könnten.

Bei der EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG bestehen Risiken aus Witterungseinflüssen. Eine gegenüber den Planungsannahmen verminderte Sonneneinstrahlung führt zu Erzeugungseinbußen und damit zu verminderten Umsatzerlösen, welche sich negativ auf die Ergebnisse auswirken könnten.

In der folgenden Tabelle sind die Vermögenswerte und Schulden sowie die Umsatzerlöse und das Gesamtergebnis der at equity Beteiligungen dargestellt:

☉ *Ergebnis- und Bilanzdaten*

in T€	2014	2013	2014	2013
	ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG	ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG	Nicht wesentliche assoziierte Unternehmen	Nicht wesentliche assoziierte Unternehmen
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	3.217	3.304	445	363
Jahresüberschuss	858	805	61	64
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-
Gesamtergebnis	858	805	61	64
Den nicht beherrschenden Anteilen zuzurechnen	378	356	23	23
Den Anteilseignern des Beteiligungsunternehmens zuzurechnen	480	449	38	41
Bilanz				
Kurzfristige Vermögenswerte	842	389	289	460
Langfristige Vermögenswerte	23.909	24.713	3.701	3.604
Kurzfristige Schulden	-537	-296	-644	-284
Langfristige Schulden	-6.007	-6.184	-2.346	-2.780
Nettovermögen	18.207	18.622	1.000	1.000
Den nicht beherrschenden Anteilen zuzurechnen	8.031	8.214	370	370
Den Anteilseignern des Beteiligungsunternehmens zuzurechnen	10.176	10.408	630	630
Anteil des Konzerns am Nettovermögen des Beteiligungsunternehmens zum Jahresbeginn	10.172	10.391	393	370
Gesamtergebnis, dem Konzern zurechenbar	378	356	23	23
Erhaltene Dividenden	-562	-536	-22	-
Zuschreibungen	1.468	-39	-	-
Anteil des Konzerns am Nettovermögen des Beteiligungsunternehmens zum Jahresende	11.456	10.172	394	393
Buchwert des Anteils am Beteiligungsunternehmen zum Jahresende	11.456	10.172	394	393

Der Beteiligungsbuchwert wurde dabei auf der Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ermittelt und entspricht der Stufe 3 der Bewertungshierarchie des IFRS 13. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts erfolgt anhand eines Unternehmensmodells unter Zugrundelegung von Cashflow-Planungen, die auf der zum Zeitpunkt der Durchführung des Wertminderungsstests gültigen Mittelfristplanung basieren. Diese beruht auf Erfahrungen der Vergangenheit sowie Einschätzungen über die künftige Marktentwicklung.

(19) Andere finanzielle Vermögenswerte



in T€	2014	2013
Sonstige Beteiligungen	3.059	3.129
Forderungen an nahestehende Unternehmen	405	386
Forderungen an sonstige Beteiligungen	257	380
	3.721	3.895

Die sonstigen Beteiligungen im Strombereich, die zu Anschaffungskosten bewertet sind, betreffen im Wesentlichen die Beteiligung an der Baltic Windpark Beteiligungen GmbH & Co. KG, Stuttgart, an der der Konzern unverändert mit 8,3 % beteiligt ist.

(20) Steuererstattungsansprüche

Die Steuererstattungsansprüche resultieren aus der Umstellung auf das Halbeinkünfteverfahren nach dem Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000 durch die Neuregelung des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) vom 7. Dezember 2006. Das Körperschaftsteuerguthaben wird in zehn gleichen Jahresraten, beginnend ab dem Jahr 2008, zurückgezahlt.

(21) Vorräte

Die Vorräte betreffen die zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag bewerteten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 847 T€ (Vorjahr 952 T€). Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Vorräte in Höhe von 39 T€ (Vorjahr 20 T€) vorgenommen. Von den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind am Bilanzstichtag 160 T€ (Vorjahr 413 T€) zum Nettoveräußerungswert in der Bilanz aufgeführt.

(22) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen



in T€	2014	2013
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
– an Dritte	17.599	18.990
– an nahestehende Unternehmen	97	735
	17.696	19.725

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten unter anderem noch nicht abgerechnete Strom- und Gasbezüge unserer Kunden. Nach Abzug erhaltener Abschlagszahlungen in Höhe von 49,2 Mio. € (Vorjahr 42,6 Mio. €) werden abgegrenzte Forderungen in Höhe von 17,0 Mio. € (Vorjahr 16,6 Mio. €) ausgewiesen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind grundsätzlich kurzfristig fällig und nicht verzinslich. Im Berichtsjahr sind Forderungsverluste in Höhe von 285 T€ (Vorjahr 360 T€) zu verzeichnen.

Von den zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Forderungen waren Außenstände in Höhe von 171 T€ (Vorjahr 169 T€) wertgemindert, für die Einzelwertberichtigungen gebildet wurden. Aufgrund der Vielzahl der Forderungen werden Wertberichtigungen über ein Sammelwertberichtigungskonto erfasst.

Das Wertberichtigungskonto zeigt folgende Entwicklung:

⊖ Einzelwertberichtigungen

in T€	2014	2013
Stand 1. Januar	122	157
Auflösung	31	60
Zuweisung	16	25
Stand 31. Dezember	107	122

Die Altersstruktur der nicht einzelwertberichtigten Forderungen ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

⊖ Altersstruktur

in T€	31.12.2014	31.12.2013
weder überfällig noch wertgemindert	17.605	19.221
30–60 Tage	30	294
60–90 Tage	20	55
90–120 Tage	14	38
> 120 Tage	27	117
Summe	17.696	19.725

(23) Wertpapiere

Unter den Wertpapieren innerhalb der kurzfristigen Vermögenswerte werden als zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente zusammengefasst, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Die hierin enthaltenen festverzinslichen Wertpapiere sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.

(24) Andere finanzielle Vermögenswerte

Die anderen finanziellen Vermögenswerte umfassen unter anderem Festgeldanlagen bei Kreditinstituten, welche bei einer Laufzeit von mehr als drei Monaten als andere finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen werden.

(25) Sonstige Vermögenswerte

Bei dieser Position handelt es sich im Wesentlichen um geleistete Vorauszahlungen und Erstattungsansprüche aus sonstigen Steuern.

(26) Zahlungsmittel

Die Guthaben bei Kreditinstituten für täglich verfügbare Guthaben werden mit variablen Zinssätzen verzinst. Die kurzfristigen Einlagen werden zwischen einem Tag und mehreren Monaten angelegt. Die Tages- und Festgeldanlagen (ursprüngliche Anlagedauer unter drei Monaten) werden mit dem jeweils gültigen Zinssatz für kurzfristige Einlagen verzinst.

Zum 31. Dezember 2014 verfügt der Konzern über Kreditlinien in Höhe von 5,0 Mio. € (Vorjahr 5,0 Mio. €). Hiervon wurden 1,0 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €) für Bürgschaften in Anspruch genommen. Für die Inanspruchnahme der Kredite sind alle notwendigen Bedingungen erfüllt.

(27) Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte

Die zum 31. Dezember 2014 zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte betreffen eine Windkraftanlage in Ruppertshofen. Es ist beabsichtigt, den Vermögenswert innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag in eine gemeinsame Gesellschaft mit der Stadt Heilbronn einzubringen bzw. zu verkaufen. Die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte sind dem Segment Strom zugeordnet.

(28) Eigenkapital

Das **Grundkapital** der Gesellschaft beträgt unverändert 19.400.000 € und ist vollständig eingezahlt. Es ist in 3.778.000 Stück nicht einzeln verbriefte, voll stimmberechtigte, nennwertlose Inhaber-Stückaktien eingeteilt.

Wie im Vorjahr hält die EnBW Energie Baden-Württemberg AG und die mit ihr verbundenen Gesellschaften zum Bilanzstichtag 98,26 % des Grundkapitals der ZEAG Energie AG.

Für die Darstellung der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung nach IFRS/IAS wurden die Ansätze des Grundkapitals und der Kapitalrücklage aus dem Einzelabschluss der ZEAG Energie AG übernommen.

Die **Kapitalrücklage** umfasst ausschließlich Agiobeträge aus Kapitalerhöhungen früherer Jahre.

Die in der Vergangenheit erzielten Ergebnisse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen fließen, soweit diese nicht ausgeschüttet werden, in die **Gewinnrücklagen** ein.

Der Jahresabschluss der ZEAG Energie AG per 31. Dezember 2014 weist einen Jahresüberschuss nach § 58 Abs. 2 AktG in Höhe von 21,6 Mio. € (Vorjahr 12,9 Mio. €) aus. Nach Einstellung von 10,6 Mio. € (Vorjahr 1,5 Mio. €) in die anderen Gewinnrücklagen ergibt sich bei einem Gewinnvortrag von 0,2 Mio. € (Vorjahr 0,2 Mio. €) ein Bilanzgewinn in Höhe von 11,2 Mio. € (Vorjahr 11,6 Mio. €).

Die in der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung ausgewiesenen Ausschüttungen entsprechen einer Dividende in Höhe von 3,00 € (Vorjahr 3,00 €) je Stückaktie.

Die im Konzerneigenkapital erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus leistungsorientierten Versorgungsverpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

☰ **Kumulierte im Eigenkapital erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste**

in T€	2014	2013
Kumulierte im Eigenkapital erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste zum 01.01.	-7.178	-7.049
Erfasste versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+)	-6.872	-129
Barwert der Versorgungsansprüche zum 31.12.	-14.050	-7.178

Unrealisierte Gewinne und Verluste der „zur Veräußerung verfügbar“ klassifizierten Wertpapiere werden nach IAS 39 im Konzerneigenkapital unter der Position **kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen nach IAS 39** erfasst.

Sie zeigten im Berichtsjahr folgende Entwicklung:

☉ *kumulierte im Eigenkapital erfasste Veränderungen nach IAS 39*

in T€	2014	2013
Stand 01.01.	6.108	8.302
Abgang aufgrund von Verkäufen	-3.623	-6.189
Abgang für Wertminderungen	-487	1.681
Zu- / Abgang aufgrund von Marktänderungen	3.525	2.225
Latente Steuern (- Aufwand / + Ertrag)	-325	89
(davon aus Abgang)	(76)	(-8)
Stand 31.12.	5.198	6.108

(29) Rückstellungen

☉ *Rückstellungsspiegel*

in T€	Stand 01.01.2014	Zufüh- rungen	erfolgsneutr. Veränderung	Auflö- sungen	Übertra- gungen	Aufzin- sungen	Inanspruch- nahmen	Stand 31.12.2014
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	39.624	697	9.793	-	-320	1.453	1.595	49.652
Personal- rückstellungen	1.341	454	-	103	-	32	583	1.141
Sonstige Rückstellungen	3.180	629	-	47	-	117	539	3.340
	44.145	1.780	9.793	150	-320	1.602	2.717	54.133
davon langfristig	41.325							51.793
davon kurzfristig	2.820							2.340

Aufgrund einzelvertraglicher oder betrieblicher Regelungen gewährt der Konzern der Mehrzahl der Belegschaft und dem Vorstand nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses Ruhegelder und andere Leistungen. Für die Verpflichtungen aus den gegenüber den berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeitern sowie deren Hinterbliebenen gegebenen Versorgungszusagen sind Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gebildet. Die Übertragungen betreffen im Saldo Rückstellungen zu Gunsten von Mitarbeitern, die in andere EnBW-Gesellschaften gewechselt sind.

Die zugesagten Versorgungsleistungen sind von der Höhe der Vergütung der Mitarbeiter und der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig.

Gemäß IAS 19 (revised 2011) werden die Verpflichtungen mit dem nach versicherungsmathematischen Methoden berechneten Barwert angesetzt, der nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt wurde.

Der Berechnung liegen folgende Parameter zugrunde:



in %	2014	2013
Diskontierungszins	2,20	3,75
Zukünftig erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	2,25 ¹	2,5 ²
Zukünftig erwartete Rentensteigerung	2,0	2,0

¹ Ausnahmen 2015–2017 1,5 %

² Ausnahmen 2014 0,82 %, 2017 4,30 %

Die Berechnungen basieren auf den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Zur Ableitung des laufzeitkongruenten Diskontierungszinssatzes der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden wie in der Vergangenheit die auf Euro lautenden Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating des AA-Corporate Bond Universum von Bloomberg als Datengrundlage herangezogen.

Für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind im Berichtsjahr folgende Aufwendungen erfasst:



in T€	2014	2013
Dienstzeitaufwand	697	682
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	1.453	1.440
nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	-101
	2.150	2.021

Die nur durch den Arbeitgeber getragenen Aufwendungen für im Berichtsjahr erdiente und ggf. nachzuverrechnende Versorgungsansprüche werden im Personalaufwand, die Zinsaufwendungen für bereits erworbene Versorgungsansprüche unter den Finanzaufwendungen ausgewiesen. Für das Geschäftsjahr 2015 werden Mittelabflüsse in Höhe von 1,6 Mio. € prognostiziert.

Die Entwicklung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen wird in der folgenden Tabelle dargestellt:



in T€	2014	2013
Barwert der Versorgungsansprüche zum 01.01.	39.623	38.748
Laufender Dienstzeitaufwand	697	682
Aufzinsung der in Vorjahren erworbenen Ansprüche	1.453	1.440
Versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+)		
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	-528	1.071
aus Änderungen der finanziellen Annahmen	10.321	6
aus Änderung der demographischen Annahmen	–	-920
nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	-101
Übertragungen von Versorgungsverpflichtungen	-320	387
Gezahlte Versorgungsleistungen	-1.595	-1.690
Barwert der Versorgungsansprüche zum 31.12.	49.651	39.623

Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beträgt 18,8 Jahre (Vorjahr 16,8 Jahre).

Eine Veränderung der wesentlichen Parameter für die Berechnung des Barwerts der Versorgungsverpflichtungen wirkt sich auf deren Höhe aus. Im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse wurden die Auswirkungen eines Anstiegs bzw. Rückgangs um 0,5 % bzw. einer Veränderung der Lebenserwartung um jeweils 1 Jahr ermittelt, die in der nachfolgenden Tabelle dargestellt sind. Den Berechnungen liegt die durchschnittliche Laufzeit der zum 31. Dezember 2014 ermittelten Versorgungsverpflichtungen zugrunde.



in T€	Veränderung	Anstieg	Rückgang
Diskontierungszinssatz	0,5 %	-4.319	4.986
Gehaltstrend	0,5 %	1.365	-1.208
Rententrend	0,5 %	3.143	-2.861
Lebenserwartung	1 Jahr	2.601	-2.619

Die **Personalrückstellungen** umfassen Verpflichtungen aus dem Altersteilzeitarif der Elektrizitätswirtschaft und andere arbeits- und sozialrechtliche Verpflichtungen. Der wesentliche Teil der Personalrückstellungen hat eine Laufzeit von zwei bis fünf Jahren.

Unter den **sonstigen Rückstellungen** sind im Wesentlichen Verpflichtungen aus einem abgeschlossenen Stromliefervertrag und Rückstellungen von Kosten für zu erwartende Umweltschutzmaßnahmen im stillgelegten Steinbruch Lauffen ausgewiesen. Der wesentliche Teil der sonstigen Rückstellungen hat eine Laufzeit von über fünf Jahren.

(30) Andere finanzielle Verbindlichkeiten



in T€	2014	2013
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	735	742
Minderheitenanteile bei Personengesellschaften ¹	16.781	12
Sonstige Verbindlichkeiten	17	18
	17.533	772

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen beinhalten die langfristigen Verpflichtungen aus Leasingverpflichtungen gegenüber der Neckar AG. Hierbei handelt es sich um Vereinbarungen zur Nutzung eines Wasserkraftwerks, die gemäß den Bestimmungen des IFRIC 4 als eingebettetes Leasingverhältnis gewertet und bilanziert werden.

Die Neckar AG hat sich mit diesem Vertrag (Laufzeit bis 31. Dezember 2050) zur Lieferung des in diesem Kraftwerk hergestellten Stroms an die ZEAG verpflichtet. Die ZEAG trägt neben den vereinbarten laufenden Entgelten auch etwa anfallende Aufwendungen für die Erneuerung der baulichen und maschinellen Anlagen des Kraftwerks.

Am Bilanzstichtag bestehen ausstehende Leasingzahlungen in Höhe von 1.767 T€ (Vorjahr 1.816 T€), die mit einem Barwert (Zinssatz wie im Vorjahr 5,5 %) von insgesamt 783 T€ (Vorjahr 790 T€) bewertet sind. Der Buchwert des Gebäudes sowie der technischen Anlagen und Maschinen des Wasserkraftwerks beträgt 0 T€ (Vorjahr 0 T€).

Die Minderheitenanteile bei Personengesellschaften betreffen langfristige Abfindungsverpflichtungen gegenüber Fremdgesellschaftern.



in T€	Ausstehende Leasingraten		Barwert der Leasingzahlungen	
	2014	2013	2014	2013
davon fällig				
innerhalb eines Jahres	49	49	48	48
zwischen einem und fünf Jahren	196	196	168	168
länger als fünf Jahre	1.522	1.571	567	574
	1.767	1.816	783	790
Abzinsung	984	1.026		

Im Berichtsjahr wurden bedingte Leasingzahlungen in Höhe von 249 T€ (Vorjahr 252 T€) erfolgswirksam verrechnet. Diese werden entsprechend der Entwicklung des Index der Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte bestimmt.

(31) Latente Steuern



in T€	31.12.2014		31.12.2013	
	Aktive latente Steuer	Passive latente Steuer	Aktive latente Steuer	Passive latente Steuer
Immaterielle Vermögenswerte	1.832	–	2.345	–
Sachanlagen	661	9.642	370	16.637
Finanzielle Vermögenswerte	1.368	3.600	1.842	3.198
Vorräte	–	–	–	–
Forderungen und sonstige finanzielle Vermögenswerte	139	826	242	52
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	–	47	–	–
Wertpapiere	–	–	–	–
Rückstellungen	9.048	744	5.860	664
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	4.128	115	3.984	348
	17.176	14.974	14.643	20.899
Bilanzausweis nach Saldierung	5.054	2.852		6.256

Die als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten Wertpapiere wurden erfolgsneutral mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für diese erfolgte eine erfolgsneutrale Verrechnung der latenten Steueransprüche in Höhe von 278 T€ (Vorjahr 356 T€) und latenten Steuerschulden in Höhe von 1.167 T€ (Vorjahr 948 T€) mit dem Eigenkapital.

Der Gesamtbetrag der nicht passivierten temporären Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen beläuft sich auf 8.628 T€ (Vorjahr 8.116 T€). Diese Schuld wurde nicht angesetzt, da der Konzern die Dividendenpolitik des Tochterunternehmens bestimmt und gegen Dividendenzahlungen ein Veto einlegen kann. Der Konzern kann also die Auflösung der temporären Differenzen steuern. Der Vorstand geht davon aus, dass auf absehbare Zeit keine Auflösungen stattfinden werden.

Es bestehen gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 319 T€, für die keine aktiven latenten Steuern gebildet wurden.

(32) Passivischer Abgrenzungsposten



in T€	2014	2013
Baukostenzuschüsse	26.766	24.539
Im Voraus erhaltener Erbbauzins	12.029	12.232
	38.795	36.771
davon langfristig	37.437	35.527
davon kurzfristig	1.358	1.244

Für die im Eigentum des Konzerns befindlichen Vermögenswerte des Strom- und Gasbereichs wurden Baukostenzuschüsse vereinnahmt, die in Höhe von 26.766 T€ (Vorjahr 24.539 T€) passiviert wurden.

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um einen im Voraus erhaltenen Erbbauzins, der auf die Restlaufzeit des Erbbaurechts von 59 Jahren verteilt wird. Jährlich werden hiervon 207 T€ (Vorjahr 207 T€) ertragswirksam aufgelöst.

(33) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten



in T€	2014	2013
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.483	8.879
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	15.161	23.064
Verpflichtungen aus Finanzierungsleasing	48	48
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	8.065	6.066
	37.757	38.057

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich um nicht verzinsliche, in der Regel kurzfristige und innerhalb von 30 Tagen fällige Verpflichtungen.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen sind die Salden aus dem Liefer- und Leistungsverkehr mit den Gesellschaften des EnBW-Konzerns, die kurzfristig fälligen Ergebnisansprüche von Fremdgesellschaftern in Höhe von 667 T€ sowie der kurzfristige Anteil der Leasingverpflichtung gegenüber der Neckar AG (Tz 30) in Höhe von 48 T€ (Vorjahr 48 T€) ausgewiesen. Den Transaktionen lagen bei Vertragsabschluss jeweils marktübliche Konditionen zugrunde. In den sonstigen nicht finanziellen Verbindlichkeiten sind überwiegend Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern 5.232 T€ (Vorjahr 3.154 T€) sowie Personalverpflichtungen in Höhe von 1.670 T€ (Vorjahr 2.282 T€) enthalten.

Die finanziellen und nicht finanziellen Verbindlichkeiten sind nicht verzinslich und innerhalb des folgenden Geschäftsjahrs fällig.

(34) Erläuterungen zur Konzernkapitalflussrechnung

Mit der Konzernkapitalflussrechnung wird die Entwicklung des Finanzmittelbestands der ZEAG in der Berichtsperiode durch Mittelzu- und Mittelabflüsse dargestellt. Der Mittelzufluss wird ausgehend vom Ergebnis vor Steuern (EBT) indirekt abgeleitet. Nach Bereinigung um nicht ausgabewirksame Posten der im Investitions- bzw. Finanzierungsbereich auszuweisenden Posten des Finanzergebnisses und der Veränderung der Mittelbindung der betrieblichen Vermögenswerte und Schulden, ergibt sich der operative Cashflow aus der betrieblichen Geschäftstätigkeit.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit wird aus den Mittelab- und Mittelzuflüssen des Investitionsbereichs einschließlich der zahlungswirksamen Posten des Finanzergebnisses abgeleitet. Die Mittelzu- und -abflüsse aus dem Finanzierungsbereich werden im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ausgewiesen.

Die Summe der Cashflows gibt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes wieder.

Finanzrisikomanagement und Finanzinstrumente

Die ZEAG verfügt über unterschiedlichste, unmittelbar aus der Geschäftstätigkeit resultierende finanzielle Vermögenswerte wie Darlehensforderungen, Wertpapiere, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Zahlungsmittel und sonstige kurzfristige Einlagen.

Die wesentlichen im ZEAG-Konzern bestehenden finanziellen Verbindlichkeiten sind Schulden aus Lieferungen und Leistungen und Schulden aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen. Die finanziellen Verbindlichkeiten werden zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit des Konzerns eingesetzt.

Unter die wesentlichen Risiken der Finanzinstrumente fallen zinsbedingte Cashflowrisiken, Preis- sowie Kredit- und Liquiditätsrisiken.

Strategien und Verfahren zur Steuerung einzelner Risikoarten, die durch die Unternehmensleitung beschlossen wurden, werden wie folgt aufgeführt:

Zinsrisiko

In der Regel werden Ausleihungen oder Finanzanlagen nur mit festen Zinssätzen vereinbart. Schwankende Marktzinssätze stellen daher für den Konzern ein Fair-Value-Risiko dar. Aufgrund der Klassifizierung der Wertpapiere als „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden Wertschwankungen bis zur Veräußerung im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital in einer entsprechenden Rücklage erfasst.

Sonstige Preisrisiken

Aufgrund schwankender Börsenkurse ist der Konzern dem Risiko von Wertschwankungen der im Besitz des Konzerns befindlichen Aktien, festverzinslichen Wertpapiere und Anteile an Publikumsfonds ausgesetzt.

Hierbei handelt es sich überwiegend um Wertpapiere in Euro und Emittenten mit Sitz innerhalb der Europäischen Union. Schwankungen der Marktzinssätze haben unmittelbaren Einfluss auf die Börsenkurse für festverzinsliche Wertpapiere.

Bei Anlageentscheidungen für den ZEAG-Konzern wird die jeweils gültige Treasury-Richtlinie beachtet. Ziel der Richtlinie ist die Absicherung des Unternehmens gegen finanzielle Risiken und eine Optimierung des Finanzergebnisses.

Aufgrund der volatilen Marktsituation und dem ungünstigen Kosten-/Nutzenverhältnis wird von einer Absicherung der direkt gehaltenen Wertpapiere (Aktien) wie auch schon im Vorjahr abgesehen.

Im Rahmen der gültigen Anlagerichtlinien sichert das Assetmanagement des Spezialfonds den Wertpapierbestand auf der Basis eines Return-on-Investment-Ansatzes ab. Richtlinienkonform wird kein Handel mit diesen Derivaten betrieben.

Bei der Sensitivitätsanalyse werden Wertänderungen bei inländischen Aktien, bei Anteilen an Publikumsfonds und Genussscheinen unter der Prämisse von 15 %-igen Kursschwankungen (Vorjahr 15 %) ermittelt. Bei den festverzinslichen Wertpapieren wird hierbei eine Änderung des Zinsniveaus um 1 % angenommen.

Das Ergebnis und damit auch das Eigenkapital würde sich unter dem gegebenen Risikoszenario um 6,8 Mio. € erhöhen bzw. vermindern (Vorjahr 7,0 Mio. €). Von der hypothetischen Veränderung des Eigenkapitals entfallen 5,2 Mio. € (Vorjahr 5,1 Mio. €) auf Aktien und 1,6 Mio. € (Vorjahr 1,9 Mio. €) auf festverzinsliche und andere Wertpapiere.

Kreditrisiko

Gemäß den Vorschriften der Grundversorgungsverordnung ist die ZEAG verpflichtet, jedermann im Versorgungsgebiet mit elektrischer Energie bzw. Erdgas zu versorgen.

Der Kunde wird einer Bonitätsprüfung unterzogen, wenn die Versorgung außerhalb der Bestimmungen zur Grundversorgung erfolgt. Wenn Zweifel an der Bonität bestehen, wird die Energielieferung erst nach Leistung einer Vorauszahlung vorgenommen.

Eine laufende Überwachung der Forderungsbestände soll das Kreditrisiko senken, damit der Konzern keinen wesentlichen Ausfallrisiken ausgesetzt ist.

Bei Anlageentscheidungen im Zusammenhang mit den sonstigen finanziellen Vermögenswerten wie Zahlungsmitteln, zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen und Ausleihungen wird die Treasury-Richtlinie der Gesellschaft beachtet.

Ausfallrisiko

Das Gesamtvolumen der Finanzinstrumente in Höhe von 198,0 Mio. € (Vorjahr 192,7 Mio. €) entspricht dem maximalen Ausfallrisiko der Finanzinstrumente, da keine Absicherungen der Finanzinstrumente bestehen.

Von Kunden mit schlechter Bonität wurden Sicherheiten in Höhe von 412 T€ (Vorjahr 403 T€) gestellt, um das Ausfallrisiko zu minimieren. Die Sicherheiten wurden durch Einzahlungen geleistet, so dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht.

Zur Minimierung der Ausfallrisiken wurden Wertberichtigungen für Ausfallrisiken in Höhe von 107 T€ (Vorjahr 122 T€) durchgeführt. Es bestehen keine konkreten Anhaltspunkte für mögliche sonstige Ausfälle.

Das Forderungsportfolio ist branchenbedingt breit gestreut, so dass keine weiteren Risikokonzentrationen vorliegen. Das Risiko von Forderungsausfällen ist daher begrenzt.

Liquiditätsrisiko

Im Rahmen einer kurz- und mittelfristigen Planung überwacht der Konzern kontinuierlich das Risiko eines Liquiditätsengpasses. Laufzeiten der Finanzinvestitionen und der finanziellen Vermögenswerte sowie der erwartete Cashflow aus der Geschäftstätigkeit finden dabei Berücksichtigung.

Mittels Umschichtungen der finanziellen Vermögenswerte verfolgt der Konzern das Ziel, den Finanzmittelbedarf aus dem eigenen Bestand zu decken. Die Flexibilität wird durch die kurzfristige Nutzung von Kontokorrentkrediten sichergestellt. Durch die vorhandene Liquidität sowie die bestehenden Kreditlinien sieht sich der Konzern keiner Risikokonzentration ausgesetzt.

Die Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten auf Basis der vertraglichen nicht abgezinsten Zahlungen entwickelten sich wie folgt:



31. Dezember 2014 in T€	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Verbindlichkei- ten gegenüber nahestehenden Unternehmen	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten
bis 3 Monate	14.472	15.208	1.138
3–12 Monate	5	49*	3
1–5 Jahre	6	196*	11
über 5 Jahre	–	1.522*	16.781
Summe	14.483	16.975	17.933

* Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (Tz 30)



31. Dezember 2013 in T€	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten
bis 3 Monate	8.863	23.064	1.035
3–12 Monate	5	49*	–
1–5 Jahre	11	196*	–
über 5 Jahre ¹	–	1.571*	12
Summe	8.879	24.880	1.047

* Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (Tz 30)

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Kapitalsteuerung

Die Kapitalsteuerung zielt darauf ab, die Geschäftstätigkeit durch eine hohe Eigenkapitalquote zu unterstützen, um damit die Ertragskraft des Konzerns zu stärken.

Die Kapitalstruktur wird durch Anpassungen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesteuert. Um die Kapitalstruktur den geänderten wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen, kann der Konzern Dividendenzahlungen an die Anteilseigner verändern, Kapitalrückzahlungen an die Anteilseigner vornehmen oder neue Aktien ausgeben. Im Vergleich zum Vorjahr erfolgten keine Änderungen der Ziele, Richtlinien und Verfahren.

Der Kapitaldeckungsgrad entspricht dem Verhältnis des Eigenkapitals einschließlich der langfristig zur Verfügung stehenden Fremdmittel zum langfristig gebundenen Vermögen. Mithilfe des Kapitaldeckungsgrads überwacht der Konzern seine Kapitalausstattung.

Es wird beabsichtigt, das langfristig gebundene Vermögen zu mindestens 100 % durch langfristiges Kapital zu decken. Der Kapitaldeckungsgrad hat sich im Wesentlichen aufgrund der Steigerung des langfristigen Kapitals von 128,7 % im Vorjahr auf 132,7 % erhöht.



in T€	2014	2013
Langfristige Vermögenswerte	243.338	239.131
Eigenkapital	213.239	223.767
Langfristige Fremdmittel	109.736	83.994
Langfristiges Kapital	322.975	307.761
Kapitaldeckungsgrad	132,7 %	128,7 %

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

Die folgende Tabelle leitet die einzelnen Bilanzpositionen zu Klassen und Bewertungskategorien gemäß IAS 39 über. Die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten entsprechen im Wesentlichen deren Zeitwerten. Auf eine gesonderte Angabe der Zeitwerte kann deshalb verzichtet werden. Für die Beteiligungen ist eine Angabe der Zeitwerte nicht möglich, da hierfür kein aktiver Markt besteht.



in T€	Buchwerte nach Bewertungskategorien				Buchwert
	IAS 17	Zur Veräußerung verfügbar	Zu Handelszwecken gehalten	Kredite und Forderungen	
Aktiva per 31.12.2014					
Wertpapiere	-	78.363	-	-	78.363
Beteiligungen	-	-	-	3.059	3.059
Festgeld	-	-	-	5.000	5.000
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	-	-	17.696	17.696
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	-	6	6.054	6.060
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-	-	-	87.892	87.892
	-	78.363	6	119.701	198.070
Aktiva per 31.12.2013					
Wertpapiere	-	85.340	-	-	85.340
Beteiligungen	-	-	-	3.129	3.129
Festgeld	-	-	-	15.000	15.000
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	-	-	19.725	19.725
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	-	25	8.093	8.118
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-	-	-	61.383	61.383
	-	85.340	25	107.330	192.695

Die langfristigen Wertpapiere in Höhe von 75,1 Mio. € (Vorjahr 83,1 Mio. €) umfassen börsennotierte Aktien, Rentenfonds und Anteile an Publikumsfonds in Höhe von 35,4 Mio. € (Vorjahr 34,5 Mio. €), die Markt- und Preisrisiken unterliegen. Unter der gleichen Position werden variabel und festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 39,7 Mio. € (Vorjahr 48,6 Mio. €) ausgewiesen, die einem marktzinsabhängigen Risiko unterliegen.

Das maximale Ausfallrisiko je Klasse entspricht dem jeweiligen Buchwert. Hinsichtlich der Entwicklung des Wertberichtigungskontos sowie der überfälligen, nicht wertberichtigten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird auf die Angaben in Tz 22 verwiesen. In den übrigen Klassen sind keine überfälligen Forderungen zu verzeichnen.

Wertpapiere mit einem Buchwert von 25,2 Mio. € (Vorjahr 31,5 Mio. €) weisen eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren auf.

Für die Verwaltung der Wertpapiere sind Entgelte in Höhe von 324 T€ (Vorjahr 319 T€) aufgewendet worden.

Der Bilanzwert entspricht dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere und basiert auf den veröffentlichten Marktpreisen am Bilanzstichtag.

Bei festverzinslichen Finanzinstrumenten wird über die gesamte Laufzeit ein Marktzinssatz vereinbart. Bei Änderungen der Marktzinsen besteht das Risiko darin, dass sich der beizulegende Zeitwert des Finanzinstruments verändert (zinsbedingtes Kursrisiko). Der Zeitwert bestimmt sich aus dem Barwert der künftigen Zahlungen (Zinsen und Rückzahlungsbetrag). Die Zahlungen werden mit dem am Bilanzstichtag für die Restlaufzeit ermittelten Marktzinssatz abgezinst. Ein Gewinn oder Verlust aus dem zinsbedingten Risiko tritt nur bei Veräußerung des festverzinslichen Finanzinstruments vor Ende der Laufzeit ein.

Zum 31. Dezember 2014 hat der Konzern folgende mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewertende Finanzinstrumente im Bestand:

☉ *Bewertungskategorien nach IAS 39*

in T€	Hierarchie			Buchwert	Buchwert Vorjahr
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3		
Aktien	20.948	–	–	20.948	25.904
Anteile an Publikumsfonds	14.483	–	–	14.483	8.587
Festverzinsliche Wertpapiere	42.932	–	–	42.932	50.849
Derivate ohne Sicherungsbeziehung	–	6	–	6	25
	78.363	6	–	78.369	85.365

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten erfolgt auf folgender Bewertungshierarchie:

In der Stufe 1 erfolgt die Bewertung aufgrund notierter Preise für gleichartige Vermögenswerte auf aktiven Märkten.

Eine Bewertung, bei der sich die verwendeten beobachtbaren direkten oder indirekten Input-Parameter wesentlich auf den Zeitwert auswirken, ist der Stufe 2 zugeordnet.

Bei dem Bewertungsverfahren der Stufe 3 werden Input-Parameter verwendet, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken und nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren.

Einer EnBW-Konzerngesellschaft wird ein unverzinsliches Darlehen mit einem Buchwert in Höhe von 405 T€ (Vorjahr 386 T€) gewährt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entsprechen dem am Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwert, da sie meist kurzfristig fällig sind. Da der beizulegende Zeitwert der Finanzinstrumente auf der Passivseite keinem langfristigen Zinsänderungsrisiko unterliegt, deckt sich dieser mit dem Buchwert.

Mit der folgenden Tabelle werden die verschiedenen Bilanzpositionen zu Klassen und Bewertungskategorien gemäß IAS 39 übergeleitet und die entsprechenden beizulegenden Zeit- und Buchwerte dargestellt:



in T€	Buchwerte nach Bewertungskategorien			Buchwert
	IAS 17	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Zu Handels- zwecken gehalten	
Passiva per 31.12.2014				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	29.644	-	29.644
Finanzierungsleasing	783	-	-	783
Minderheitenanteile bei Personengesellschaften	-	17.448	-	17.448
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-	1.059	63	1.122
	783	48.151	63	48.997
Passiva per 31.12.2013				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	31.943	-	31.943
Finanzierungsleasing	791	-	-	791
Minderheitenanteile bei Personengesellschaften ¹	-	12	-	12
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-	1.004	-	1.004
	791	32.959	-	33.750

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten sind nicht verzinslich und innerhalb des folgenden Geschäftsjahrs fällig.

Die aktiven Finanzinstrumente dienen dazu, langfristige Verpflichtungen und teilweise auch das laufende Geschäft abzudecken.

Die Wertpapiere des Spezialfonds werden in der Konzernbilanz gesondert nach der jeweiligen Anlageart ausgewiesen. Der Wertpapierspezialfonds erzielte laufende Erträge in Höhe von 2.424 T€ (Vorjahr 2.549 T€).

Die Nettogewinne oder -verluste sind nach Bewertungskategorien nachfolgend dargestellt:



in T€	2014	2013
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.031	8.174
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte	-2.890	-2.077
Kredite und Forderungen	-285	-360
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	-559	3
	3.297	5.740

Die Nettogewinne der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ beinhalten neben Wertberichtigungen auch realisierte Verluste bzw. Erträge aus deren Abgang. Aufgrund dauerhafter Wertminderungen der Wertpapiere waren erfolgswirksame

Wertberichtigungen in Höhe von 487 T€ (Vorjahr 2.160 T€) vorzunehmen, davon waren bereits 487 T€ (Vorjahr 1.681 T€) erfolgsneutral in den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen erfasst.

Infolge der positiven Entwicklung der Marktwerte der Finanzinstrumente der Kategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ wurden 3,5 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €) erfolgsneutral erfasst.

Im Berichtsjahr wurden aus den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren Dividenden in Höhe von 1.127 T€ (Vorjahr 1.146 T€) vereinnahmt.

Die Nettoverluste (-gewinne) aus den „zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten“ betreffen im Wesentlichen unterjährige Kontrakte. Wertberichtigungen hierauf mussten, wie im Vorjahr, nicht vorgenommen werden. Zum Bilanzstichtag befanden sich Vermögenswerte in Höhe von 6 T€ und Schulden in Höhe von 63 T€ im Bestand, die zu Handelszwecken gehalten werden und betreffen im Wesentlichen innerhalb eines Jahres zu erfüllende Commodity-Derivate für Strom und Gas. Im Rahmen unserer Energiebeschaffung werden Energiehandelskontrakte (Forward) für Zwecke des Preisrisikomanagements geschlossen. Die geschlossenen Kontrakte weisen ein Nominalvolumen von 920 T€ auf, deren Marktwert sich im Vorjahr um 25 T€ erhöhte und zum Bilanzstichtag um 63 T€ minderte. Wäre der Marktpreis am Bilanzstichtag um 10 % höher oder niedriger angefallen, hätte sich der Jahresüberschuss um 45 T€ verbessert bzw. um 45 T€ reduziert.

Nettoverluste der Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“ ergeben sich aus Wertberichtigungen beziehungsweise im Vorjahr Wertberichtigungen und Abschreibungen.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Eventualverbindlichkeiten

Aus Leasing- und Mietverträgen für EDV-Anlagen, Anlagen in fremden Gebäuden und angemieteten Büro- und Werkstatträumen mit einer Laufzeit bis 2029, eingeräumten Grunddienstbarkeiten und Erneuerungsverpflichtungen bestehen folgende Zahlungsverpflichtungen:



in T€	2014	2013
Innerhalb eines Jahres	1.338	1.252
Zwischen einem und 5 Jahren	3.664	3.453
Über 5 Jahre	12.004	9.496

Im Zusammenhang mit angemieteten Büroräumen bestehen Mietverlängerungsoptionen bis zum Jahr 2059. Im Berichtsjahr wurden Miet- und Leasingzahlungen in Höhe von 1.338 T€ (Vorjahr 1.252 T€) geleistet. Für bereits bestellte, aber noch nicht gelieferte Sachanlagen ist zum Bilanzstichtag ein Bestellobligo über 17,1 Mio. € (Vorjahr 6,3 Mio. €) zu verzeichnen.

Eventuelle Ansprüche aus am Bilanzstichtag schwebenden Rechtsstreitigkeiten gegen Konzernunternehmen sind im vorliegenden Abschluss – soweit erforderlich – durch Bildung entsprechender Rückstellungen berücksichtigt.

Im Falle betriebsbedingter Kündigungen und/oder einer Überfremdung der betreffenden Gesellschaft bestehen im Zusammenhang mit Teilbetriebsübergängen – befristet bis 31. Dezember 2018 – Eventualverbindlichkeiten aus personalwirtschaftlichen Verpflichtungen von bis zu 7,8 Mio. € (Vorjahr 9,7 Mio. €). Nach derzeitiger Einschätzung ist mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen, da eine Überfremdung der betreffenden Gesellschaft in der Verpflichtungsperiode nicht absehbar ist.

Darüber hinaus bestehen Risiken aufgrund von Abweichungen zwischen Bilanzkreisabrechnungen und dem tatsächlichen Verbrauch unserer Kunden sowie aus möglichen Steuernachzahlungen nach steuerlichen Außenprüfungen.

Im Falle nuklearer Schäden bestehen Risiken aus Vereinbarungen zum Strombezug aus dem GKN.

Diese ergeben sich aus einer möglichen Inanspruchnahme im Rahmen der von den Betreibern der Kernkraftwerke zu erfüllenden Deckungsvorsorge nach dem Atomgesetz. Die finanziellen Auswirkungen können nicht eingeschätzt werden.

Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

In den Konzernabschluss der ZEAG Energie AG sind die Jahresabschlüsse der folgenden Gesellschaften einbezogen:



	Sitz	Fuß-note	Kapital-anteil %	Eigen-kapital T€	Ergebnis T€
Vollkonsolidierte Unternehmen					
Gasversorgung Unterland GmbH	Heilbronn	¹	100	8.225	1.397
NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH	Heilbronn	^{1,2}	100	1.000	–
Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG	Heilbronn	¹	49,9	33.692	-419
ZEAG Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH	Heilbronn	¹	100	27	2
BürgerEnergie Königheim GmbH & Co. KG	Königheim	¹	99	44	-20
Bürgerenergie Widdern GmbH & Co. KG	Widdern	¹	99	27	-44
EE BürgerEnergie Boxberg GmbH & Co. KG	Boxberg	¹	99	59	-33
EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG	Braunsbach	¹	99	38	-29
EE Bürgerenergie Bühlerzell GmbH & Co. KG	Bühlerzell	¹	99	93	-3
EE BürgerEnergie Forchtenberg GmbH & Co. KG	Forchtenberg	¹	99	85	-8
EE Bürgerenergie Frankenhardt GmbH & Co. KG	Frankenhardt	¹	99	91	-3
EE BürgerEnergie Hardthausen GmbH & Co. KG	Hardthausen	¹	98	31	-29
EE BürgerEnergie Jagsthausen GmbH & Co. KG	Jagsthausen	¹	99	72	-16
EE BürgerEnergie Krautheim GmbH & Co. KG	Krautheim	¹	99	68	-20
EE BürgerEnergie Möckmühl GmbH & Co. KG	Möckmühl	¹	99	78	-14
EE BürgerEnergie Neudenau GmbH & Co. KG	Neudenau	¹	99	88	-5
EE BürgerEnergie Sulzbach-Laufen GmbH & Co. KG	Sulzbach-Laufen	¹	99	93	-2

¹ Jahresabschlüssen entnommen und zeigen nicht den Beitrag der Gesellschaften zum Konzernergebnis.

² Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsvertrag

Die at equity-konsolidierten Beteiligungen an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG und der EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG, beide Heilbronn, sind mit einem Buchwert von 11.850 T€ (Vorjahr 10.565 T€) bilanziert.

Aus Wesentlichkeitsgründen wird die 2011 gegründete ZEAG Erneuerbare Energien GmbH, Heilbronn, nach IAS 39 bilanziert und nicht konsolidiert in den ZEAG-Konzernabschluss einbezogen.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe, ist dem Konzern übergeordnet, in deren Konzernabschluss werden die nach IFRS aufgestellten Jahresabschlüsse der ZEAG Energie AG, der NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH, der Gasversorgung Unterland GmbH, der Stromnetzgesellschaft Heilbronn GmbH & Co. KG sowie der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG einbezogen. Die EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart, ist direkte Muttergesellschaft.

Der Konzern EnBW Energie Baden-Württemberg hat sich zum 1. Januar 2014 umstrukturiert. In diesem Zusammenhang wurden die wesentlichen Tochtergesellschaften auf die Muttergesellschaft verschmolzen. Ab diesem Zeitpunkt sind die Geschäftsbeziehungen, die zuvor mit bestimmten Schwestergesellschaften bestanden auf das Mutterunternehmen übergegangen.

In der folgenden Tabelle werden die Transaktionen zwischen dem Konzern und den nahestehenden Unternehmen des EnBW-Konzerns und deren Einfluss auf den Konzernabschluss dargestellt:

☉ Gewinn- und Verlustrechnung

in T€	2014	2013	wesentlich zugrunde liegende Geschäfte
Umsatzerlöse	38.003	40.785	Strom- und Gaslieferungen
davon mit Mutterunternehmen	19.960	–	
davon mit Schwestergesellschaften	18.043	40.785	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>373</i>	<i>389</i>	
Sonstige Erträge	3.016	3.076	Dienstleistungen
davon mit Mutterunternehmen	193	10	
davon mit Schwestergesellschaften	2.823	3.066	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>450</i>	<i>451</i>	
Materialaufwand	116.835	123.397	Stromlieferungen
davon mit Mutterunternehmen	60.481	–	
davon mit Schwestergesellschaften	56.354	123.397	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>470</i>	<i>3</i>	
Sonstige Aufwendungen	2.938	2.867	Dienstleistungen, Mieten
davon mit Mutterunternehmen	550	–	
davon mit Schwestergesellschaften	2.388	2.867	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>1.637</i>	<i>1.481</i>	
Finanzergebnis	-25	415	Darlehensgewährungen
davon mit Mutterunternehmen	19	–	
davon mit Schwestergesellschaften	-44	415	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>14</i>	<i>341</i>	

☉ Bilanz

in T€	2014	2013	wesentlich zugrunde liegende Geschäfte
Lang- und kurzfristige Vermögenswerte	835	386	Darlehen
davon mit Mutterunternehmen	405	–	
davon mit Schwestergesellschaften	430	386	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>430</i>	<i>500</i>	
Sonstige Vermögenswerte	368	675	Lieferungen und Leistungen
davon mit Mutterunternehmen	33	–	
davon mit Schwestergesellschaften	335	675	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>302</i>	<i>117</i>	
Rückstellungen¹	2.672	4.771	Stromlieferungen
davon mit Mutterunternehmen	–	62	
davon mit Schwestergesellschaften	2.672	4.709	
Sonstige Verbindlichkeiten	783	790	Leasingverhältnis
davon mit Schwestergesellschaften	783	790	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.233	23.971	Lieferungen und Leistungen
davon mit Mutterunternehmen	16.025	23.971	
davon mit Schwestergesellschaften	4.208	–	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>310</i>	<i>62</i>	

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Den Transaktionen liegen bei Vertragsabschluss unter unabhängigen Geschäftspartnern übliche Konditionen zugrunde. Zum Geschäftsjahresende sind die Forderungen und Verbindlichkeiten nicht besichert; die Salden aus dem gegenseitigen Liefer- und Leistungsverkehr werden nicht verzinst.

Darlehen werden mit den Zinssätzen verzinst, die bei Vertragsabschluss unter unabhängigen Geschäftspartnern üblich waren. Als Äquivalent für die Gewährung eines Strombezugsrechts wurde einem Vertragspartner ein unverzinsliches Darlehen gewährt.

Es bestehen keine Garantien für Forderungen oder Schulden gegen nahestehende Unternehmen.

Alle Forderungen oder Verbindlichkeiten werden durch Geldleistungen beglichen. Wie im Vorjahr waren keine Wertberichtigungen auf diese Forderungen notwendig.

Aus ausstehenden Leasingraten besteht eine Verbindlichkeit, die mit dem Barwert angesetzt ist. Diese betrifft eine Vereinbarung über Stromlieferungen aus dem Wasserkraftwerk Heilbronn-Horkheim, die nach IFRIC 4 als Finanzierungsleasing einzustufen ist.

Mit nahestehenden Personen wurden keine wesentlichen Geschäfte getätigt.

Der Vergütungsbericht, der Bestandteil des Lageberichts ist, gibt Aufschluss über die Grundzüge des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen von Vorstand, Aufsichtsrat und früheren Vorstandsmitgliedern.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014 betragen 325 T€ (Vorjahr 316 T€). Von der variablen Vergütung in Höhe von 68 T€ (Vorjahr 68 T€) entfallen wie im Vorjahr 17 T€ auf die mehrjährige Nachhaltigkeitskomponente, welche langfristig fällig wird.

Die Pensionsverpflichtung (Defined Benefit Obligation) für den Vorstand belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 340 T€ (2013 200 T€, 2012 179 T€). Der Dienstzeit- und Zinsaufwand für diese Verpflichtung belief sich auf 51 T€ (Vorjahr 36 T€).

An ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 2014 Ruhegeldzahlungen in Höhe von 289 T€ (Vorjahr 358 T€) geleistet. Gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) in Höhe von 6.364 T€ (Vorjahr 5.645 T€).

Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung dem Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns zustimmt, belaufen sich die Vergütungen an den Aufsichtsrat auf 107 T€ (Vorjahr 114 T€).

An ehemalige Mitglieder des Aufsichtsrats werden keine Leistungen gewährt.

Wie im Vorjahr wurden im Geschäftsjahr 2014 keine Kredite an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gewährt.

Konzessionen

Für die Strom- und Gasversorgung bestehen Konzessionsverträge mit verschiedenen Städten und Gemeinden. Zwischen den Gesellschaften des Konzerns und den Gemeinden sind Konzessionsverträge im Strom- und Gasbereich geschlossen, deren Restlaufzeit zwischen acht und zwanzig Jahren betragen. Die Verträge werden nicht nach IFRIC 12 als Dienstleistungskonzessionsverträge klassifiziert. Das Verteilungsnetz wird daher im Sachanlagevermögen bilanziert.

Für den Anschluss an die Versorgungsnetze bestehen gesetzliche Regelungen. Der Konzessionsnehmer ist nach den Regelungen dieser Verträge verpflichtet, die zur allgemeinen Versorgung benötigten Anlagen herzustellen und zu unterhalten.

Für die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze für die Versorgungsanlagen ist eine Konzessionsabgabe an die Kommune zu entrichten.

Nach Beendigung eines Konzessionsvertrages sind die Versorgungsanlagen gegen eine angemessene Entschädigung an die Gemeinde bzw. den nachfolgenden Netzbetreiber zurück- bzw. abzugeben.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben könnten.

Honorare und Dienstleistungen des Abschlussprüfers

Für die Dienstleistungen des Abschlussprüfers, KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, wurden mit den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften folgende Honorare vereinbart bzw. abgerechnet:

☉ Honorare

in T€	2014	2013
Abschlussprüfung	76	76
Sonstige Beratungsleistungen	63	22
	139	98

Erklärung nach § 161 AktG

Der Deutsche Corporate Governance Kodex in der jeweils gültigen Fassung ist Grundlage für die Kommunikation mit den Aktionären, den Investoren und der Öffentlichkeit.

Vorstand und Aufsichtsrat haben die Entsprechenserklärung abgegeben. Entsprechend den Regelungen des § 161 Abs. 2 AktG wird diese auf der Homepage der ZEAG Energie AG (www.zeag-energie.de) unter der Rubrik „Investoren“ öffentlich zugänglich gemacht.

Heilbronn, 6. März 2015

ZEAG Energie AG



Der Vorstand

⑨ *Erklärung des gesetzlichen Vertreters*

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Heilbronn, im März 2015

ZEAG Energie AG



Der Vorstand

10 Jahresabschluss

per 31. Dezember 2014

☰ Bilanz zum 31. Dezember 2014

in T€	2014	2013
AKTIVA		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.096	10.631
Sachanlagen	25.409	62.867
Finanzanlagen	95.272	88.960
	127.777	162.458
Umlaufvermögen		
Vorräte	23	24
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	71.108	48.319
Wertpapiere	5.192	7.810
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	71.726	56.378
	148.049	112.531
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	6	8
	275.832	274.997

in T€	2014	2013
PASSIVA		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	19.400	19.400
Kapitalrücklage	23.849	23.849
Gewinnrücklagen	122.310	111.710
Bilanzgewinn	11.178	11.554
	176.737	166.513
Sonderposten	1.516	4.404
Rückstellungen	64.524	65.330
Verbindlichkeiten	21.030	26.518
Rechnungsabgrenzungsposten	12.025	12.232
	275.832	274.997

☰ Gewinn- und Verlustrechnung (1. Januar bis 31. Dezember 2014)

in T€	2014	2013
Umsatzerlöse	160.066	166.067
Andere aktivierte Eigenleistungen	23	16
Gesamtleistung	160.089	166.083
Sonstige betriebliche Erträge	18.167	9.120
Materialaufwand	-143.143	-146.704
Personalaufwand	-7.349	-7.027
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-6.711	-6.032
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.057	-5.622
Ergebnis der Betriebstätigkeit	14.996	9.818
Beteiligungsergebnis	14.073	-2.379
Finanzergebnis	-1.573	6.654
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27.496	14.093
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5.938	-1.202
Jahresüberschuss	21.558	12.891
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	220	163
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-10.600	-1.500
Bilanzgewinn	11.178	11.554

II Mandate von Vorstand und Aufsichtsrat

Aufsichtsrat

Steffen Ringwald,

Geschäftsführer der EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH (ab 07.08.2014)
Vorsitzender (ab 20.11.2014)

weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- EnBW Ostwürttemberg Donau-Ries AG³⁾ (ab 02.07.2014)
- Stadtwerke Karlsruhe GmbH⁴⁾ (ab 01.04.2014)
- Heilbronner Versorgungs GmbH (ab 19.08.2014)
- Neckar Netze GmbH & Co. KG
- NeckarCom Telekommunikation GmbH⁴⁾
- Stadtwerke Schramberg GmbH & Co. KG
- Stadtwerke Weinheim GmbH
- SWS Netzbetreiber GmbH (ab 21.10.2014)
- SWS Netzinfrastruktur GmbH (ab 21.10.2014)

Dr. Dirk Mausbeck,

Mitglied des Vorstands der EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Vorsitzender (bis 30.09.2014)

weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- EnBW Operations GmbH³⁾ (bis 30.04.2014)
- Netze BW GmbH³⁾ (bis 30.09.2014)
- EnBW Vertrieb GmbH³⁾ (bis 30.04.2014)
- European Energy Exchange AG (bis 05.06.2014)
- Gasversorgung Süddeutschland GmbH³⁾ (bis 30.09.2014)
- Pražská energetika a. s. (bis 30.09.2014)
- Stadtwerke Düsseldorf AG (bis 30.09.2014)

Walter Böhmerle,

Mitglied der Geschäftsführung und Arbeitsdirektor der Netze BW GmbH
1. stellv. Vorsitzender

weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Verwaltungsrat BKK VerbundPlus
- Elektrizitätswerk Mittelbaden AG & Co. KG
- Elektrizitätswerk Mittelbaden Verwaltungsaktiengesellschaft
- EnBW Perspektiven GmbH
- Energie Sachsenheim GmbH & Co. KG⁴⁾
- Esslinger Wohnungsbau GmbH⁴⁾
- Heilbronner Versorgungs GmbH⁴⁾
- Stadtwerke Nürtingen GmbH⁵⁾

Helmut Engelhardt,

Elektromeister^{1) 2)}
2. stellv. Vorsitzender

Tomislav Boras,

Elektrotechnikermeister^{1) 2)}

Klaus Brändle,

Leiter kaufm. Funktionen der Netze BW GmbH

weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Elektrizitätswerk Aach GmbH³⁾
- Elektrizitätswerk Weißenhorn AG³⁾
- e.wa riss GmbH & Co. KG
- Holzheizkraftwerk Scharnhäuser Park GmbH & Co. KG
- RBS wave GmbH
- Stadtwerke Esslingen am Neckar GmbH & Co. KG
- Heilbronner Versorgungs GmbH

Dirk Güsewell,

Leiter der Geschäftseinheit Erzeugung/Portfolioentwicklung der EnBW Energie Baden-Württemberg AG

weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Neckar Aktiengesellschaft (bis 16.04.2014)
- EnBW Vertrieb GmbH (bis 30.04.2014)
- Systeme Infrastruktur Support GmbH (bis 30.04.2014)
- Schluchseewerke AG³⁾ (ab 11.09.2014)
- Borusan EnBW Enerji A. S.
- Neckar Netze GmbH & Co. KG

Helmut Himmelsbach,

Oberbürgermeister a. D. der Stadt Heilbronn
(bis 30.04.2014)

weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Netze BW GmbH
- Verwaltungsrat Kreissparkasse Heilbronn⁴⁾ (bis 30.04.2014)
- Landesbank Baden-Württemberg
- Regionale Gesundheitsholding Heilbronn-Franken GmbH³⁾ (bis 30.04.2014)
- SLK-Kliniken Heilbronn GmbH³⁾ (bis 30.04.2014)
- Stadtsiedlung Heilbronn GmbH³⁾ (bis 30.04.2014)
- Südsalz GmbH⁴⁾ (bis 03.06.2014)
- Südwestdeutsche Salzwerke AG³⁾ (bis 03.06.2014)
- WGV Holding AG
- WGV Lebensversicherung AG
- Württembergische Gemeinde-Versicherung a. G.⁵⁾

Gerhard Kleih,

Leiter der Geschäftseinheit
Privatkunden der
EnBW Energie
Baden-Württemberg AG
(bis 30.06.2014)

weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren
Kontrollgremien:

- EnBW Operations GmbH
(bis 30.04.2014)
- EnBW Systeme Infrastruktur
Support GmbH (bis 30.04.2014)
- Erdgas Südwest GmbH
(bis 30.06.2014)
- Gasversorgung Pforzheim
Land GmbH (bis 30.06.2014)
- Heilbronner Versorgungs GmbH
(bis 30.06.2014)
- KEA Klimaschutz- und Energie-
agentur Baden-Württem-
berg GmbH (bis 30.06.2014)

Harry Mergel,

Oberbürgermeister der Stadt
Heilbronn (ab 11.06.2014)

weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren
Kontrollgremien:

- Südwestdeutsche Salzwerke AG ⁴⁾
(ab 03.06.2014)
- Südsalz GmbH ³⁾ (ab 03.06.2014)
- Stadsiedlung Heilbronn GmbH ³⁾
(ab 24.06.2014)
- SLK-Kliniken Heilbronn GmbH ³⁾
(ab 01.05.2014)
- Regionale Gesundheitsholding
Heilbronn-Franken GmbH ³⁾
(ab 01.05.2014)
- Kreissparkasse Heilbronn ⁴⁾
(ab 09.07.2014)
- Beteiligungsgesellschaft Stadt
Heilbronn mbH ³⁾ (ab 01.05.2014)
- Heilbronn Marketing GmbH ³⁾
(ab 01.05.2014)
- Regiowert Wohnungsprivatisie-
rungsgesellschaft mbH ³⁾
(ab 26.11.2014)
- SH Gebäudeservice GmbH ³⁾
(ab 24.06.2014)
- WTZ Heilbronn GmbH ³⁾
(ab 24.06.2014)
- Bundesparkensschau Heilbronn
2019 GmbH ³⁾ (ab 01.05.2014)
- Experimenta-Sciencecenter
der Region
Heilbronn-Franken gGmbH

Steffen Pfisterer,

Elektrotechnikermeister ¹⁾

weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren
Kontrollgremien:

- NHF Netzgesellschaft
Heilbronn-Franken mbH
- Netze BW GmbH
- Stromnetzgesellschaft Heilbronn
GmbH & Co. KG (ab 31.07.2014)

Vorstand

Eckard Veil

weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren
Kontrollgremien:

- EnBW Kernkraft GmbH
- Verwaltungsrat Energieversor-
gung Gaildorf OHG ³⁾
- Heilbronner Versorgungs GmbH
- NHF Netzgesellschaft Heil-
bronn-Franken mbH ³⁾
- Stromnetzgesellschaft Heil-
bronn GmbH & Co. KG
(ab 31.07.2014) ⁴⁾

Ausschüsse

Personalausschuss

- Steffen Ringwald (ab 20.11.2014),
Vorsitzender
- Dr. Dirk Mausbeck (bis 30.09.2014),
Vorsitzender
- Walter Böhmerle
- Helmut Engelhardt

Prüfungsausschuss

- Klaus Brändle, Vorsitzender
- Walter Böhmerle (ab 23.07.2014)
- Gerhard Kleih (bis 30.06.2014)
- Steffen Pfisterer

Nominierungsausschuss

- Steffen Ringwald (ab 20.11.2014),
Vorsitzender
- Dr. Dirk Mausbeck (bis 30.09.2014),
Vorsitzender
- Walter Böhmerle
- Helmut Himmelsbach (bis 30.04.2014)
- Harry Mergel (ab 20.11.2014)

¹⁾ Arbeitnehmervertreter

²⁾ keine weiteren Aufsichtsrats-
mandate und Mandate in
vergleichbaren Kontrollgremien

³⁾ Vorsitzender

⁴⁾ stellv. Vorsitzender

⁵⁾ 2. stellv. Vorsitzender

12 *Impressum*

Impressum

Herausgeber

ZEAG Energie AG

Weipertstraße 41

74076 Heilbronn

www.zeag-energie.de

Konzept, Gestaltung, Text und Satz

IR-One AG & Co.

Hamburg

www.ir-1.com

Druck

Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG

Calbe

www.cunodruck.de

Bildnachweis

Niels Schubert

www.schubert-fotograf.de

Shutterstock

ENERCON GmbH



ZEAG Energie AG

Weipertstraße 41
74076 Heilbronn
Telefon 07131 610-0
Telefax 07131 610-183
info@zeag-energie.de
www.zeag-energie.de